



Landtag von Baden-Württemberg

130. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 30. Oktober 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 13:01 Uhr

Schluss: 17:06 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	8119	Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Pandemie am 28. Oktober 2020	
Gedenken an die Opfer der Terroranschläge von Paris und Nizza	8119	und Aussprache	8122
Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Abläufe in Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes an der Weltausstellung 2020 (UsA Baden-Württemberg-Haus)“	8119	Ministerpräsident Winfried Kretschmann.	8122, 8154
Abg. Emil Sänze AfD (zur Geschäftsordnung).	8120	Abg. Bernd Gögel AfD	8127
Beschluss.	8121	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	8131
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	8121	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8135
Beschluss.	8122	Abg. Andreas Stoch SPD	8142
Abg. Udo Stein AfD (zur Geschäftsordnung).	8122	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8148
Beschluss.	8122	Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos).	8152
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	8153
		Beschluss.	8159
		Nächste Sitzung	8160
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Abläufe in Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes an der Weltausstellung 2020 (UsA Baden-Württemberg-Haus)“	8162

Protokoll

über die 130. Sitzung vom 30. Oktober 2020

Beginn: 13:01 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 130. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg. Ich danke Ihnen, dass wir so kurzfristig zusammenkommen können.

Die zweite Welle in der Coronapandemie hat uns erreicht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch!)

Die Zahl der Neuerkrankungen ist in den letzten Wochen erheblich gestiegen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch!)

Über die richtige Strategie zur Bekämpfung der Pandemie gibt es unterschiedliche Auffassungen.

(Zuruf: Richtig!)

Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, dass der Streit der Meinungen hier im Parlament, in Parlamenten in Deutschland geführt wird.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Es war mir daher außerordentlich wichtig, dass der Landtag so schnell wie möglich aus erster Hand über die Beschlüsse aus der Besprechung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und über das weitere Vorgehen seitens der Regierung im Land informiert wird. Auch dem Ministerpräsidenten war das sehr wichtig. Dafür danke ich Ihnen, Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr herzlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nur wenn das Parlament zeitnah informiert wird, kann es seine Aufgabe – in diesem Fall die Kontrolle der Regierung – effektiv wahrnehmen. Die heutige Sitzung findet zum organisatorisch frühestmöglichen Zeitpunkt statt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige wenige Sätze zu den terroristischen Angriffen in Frankreich sagen. Wir trauern mit unseren Nachbarn um die Opfer. Wir stehen solidarisch an ihrer Seite bei der Bekämpfung der Feinde von Liberté, Egalité, Fraternité.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war der Islam!)

Die islamistischen Morde von Paris und Nizza zeigen uns: Dies ist eine Auseinandersetzung von Demokraten und Nichtdemokraten, unabhängig von Herkunft oder Religion.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Kampf der Kulturen!)

Lassen wir nicht zu, dass Extremisten unser eigenes Denken vergiften. Engagieren wir uns für eine offene Gesellschaft, die Hass und Gewalt keinen Platz lässt.

Wir kommen nun zu den üblichen Bekanntmachungen.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Dr. Goll, Herr Abg. Maier, Herr Abg. Renkonen sowie Herr Abg. Walter.

Seitens der Regierung hat sich aus dienstlichen Gründen Frau Staatssekretärin Mielich entschuldigt.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Baden-Württemberg-Haus“ (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie nochmals auf die Pflicht zum Tragen einer Maske – nicht nur hier im Plenarsaal, sondern im ganzen Haus – hinweisen. Das Tragen der Maske ist nur dann nicht erforderlich, wenn Sie auf Ihrem Platz sitzen.

Ich werde es so halten wie in den beiden letzten Sitzungen: Bei Verstößen im Plenarsaal werde ich Sie zunächst an das Tragen der Maske erinnern. Bei weiteren Verstößen werde ich allerdings auch Ordnungsmaßnahmen ergreifen. Ich setze aber weiter auf Ihre Einsicht und auf Ihr Verantwortungsbewusstsein und bei denen, die das Maskentragen grundsätzlich ablehnen, auf ihre Rücksichtnahme.

Einige wenige Abgeordnete haben inzwischen ein Attest vorgelegt, das sie von der Maskenpflicht befreit. Nach meiner Allgemeinverfügung haben diese Abgeordneten verpflichtend den Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen einzuhalten. Bei Verstößen dagegen werde ich Ordnungsrufe erteilen, eventuell bis hin zu einem Sitzungsausschluss.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Hören Sie mit den Strafordrohungen auf! Das ist ja schrecklich! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Präsidentin Muhterem Aras)

Außerhalb des Plenarsaals – –

(Lebhafte Zurufe der Abg. Dr. Wolfgang Gedeon und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie sind jetzt bitte ruhig!

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Nein!)

Sie können sich gern nachher äußern.

Außerhalb des Plenarsaals wird bei Verstößen ein Zwangsgeld verhängt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ja wie im Reichstag!)

Auch hier setze ich aber auf Ihre Rücksichtnahme.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein. – Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abg. Sänze. Bitte.

(Abg. Emil Sänze AfD begibt sich ohne Mund-Nasen-Schutz zum Redepult. – Zurufe von den Grünen: Maske! – Virenschleuderer!)

Meine Damen und Herren – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] zu den Grünen: Haltet mal eure Klappe!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, wenn Sie weiterhin mit diesen Zwischenrufen kommen – die keine Zwischenrufe mehr sind, sondern Dauerrufe –, dann müssen Sie mit Ordnungsrufen rechnen. Vielen Dank.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben eine Liste, welche Abgeordneten von der Maskenpflicht befreit sind. Daher bitte ich Sie um Ruhe. Ich weiß genau, wer befreit ist. Herr Abg. Sänze gehört dazu. Vielen Dank.

Herr Abg. Sänze, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der AfD)

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gemäß § 84 der Geschäftsordnung stelle ich folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen, die von der Regierung beabsichtigten Corona-Verordnungen dem Plenum zur anschließenden Beratung vorzulegen und sich dann dem Parlament zu erklären – hilfsweise sie als zusätzlichen Tagesordnungspunkt für den 4. November aufzunehmen.

Ich begründe wie folgt: Die meisten Coronamaßnahmen beruhen auf Verordnungen statt Gesetzen. Die Parlamente bleiben außen vor – selbst bei Grundrechtseinschränkungen. Das wirft verfassungsrechtlich nicht nur die Frage auf, ob das alleinige Regieren über Rechtsverordnungen angemessen ist, sondern auch, ob dies einen angemessenen Umgang mit der Legislative bzw. der Demokratie darstellt.

Beim Regierungshandeln handelt es sich um Rechtsverordnungen, also um untergesetzliche Normen, über die ein Parlament nach Meinung der Regierung grundsätzlich nicht abstimmen muss – so jedenfalls die Meinung der Landesregie-

rung. Das heißt, die Landesregierung kann diese Verordnungen im Alleingang veranlassen. Das bedeutet: keine Anhörung von Experten, keine öffentliche Diskussion der Ergebnisse, keine Beratung mit allen gewählten Abgeordneten im Parlament – und zwar bevor eine solche Regel erlassen wird. So auch heute. Das Parlament wird zur Staffage der Exekutive herabqualifiziert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Das Parlament soll heute gnädigerweise vom Ministerpräsidenten per Regierungserklärung informiert werden und wird somit zum Statisten degradiert.

Vergessen wir nicht: Wir, die Parlamentarier, sind Vertreter der Bürger, und wir haben ihre Interessen zu wahren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich darf daran erinnern: Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor Jahrzehnten den Wesentlichkeitsgrundsatz entwickelt, der den Gesetzgeber verpflichtet, grundlegende Entscheidungen – insbesondere im Bereich der Grundrechtsausübung – selbst zu treffen und sie nicht der Exekutive, also der Regierung, zu überlassen.

Die von der Bundesregierung und der Landesregierung bereits getroffenen Regelungen schränken bereits heute wesentliche Grundrechte der Bürger ein. Nach Auffassung der AfD-Fraktion reichen diese Verordnungen weder als Rechtsgrundlage aus, noch sind sie angemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das betrifft streng genommen nicht nur Baden-Württemberg, sondern auch alle anderen 15 Bundesländer. Der Staat greift seit Mitte März über Verordnungen zur Eindämmung der Coronapandemie in den Alltag der Bürger ein, in ihre Familien, in ihre Freundschaften und vor allem in ihren wirtschaftlichen Erfolg – und das exorbitant –, und zwar zum Nachteil der Menschen in Baden-Württemberg und in Deutschland.

Was am Anfang wegen einer besonderen Notlage noch angemessen schien, wird, je länger die Maßnahmen andauern und je mehr Verschärfungen geplant sind – die wir allesamt ausschließlich der Presse entnehmen –, immer problematischer. Dies spaltet die Gesellschaft tiefer und tiefer. Und nun verlangt man von diesem Parlament, ohne Diskussion als Staffage für eine Inszenierung herzuhalten.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD-Fraktion, verlangen, vor einer willfährig vorgebrachten Regierungserklärung vollumfänglich informiert zu werden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Folgen Sie unserem Antrag, und werden Sie Ihrer Aufgabe gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Ich lasse jetzt über den Antrag des Herrn Abg. Sänze abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Sänze zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Und Sie halten sich für Demokraten!)

Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich habe nun eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Nach § 84 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag: Erstens werden sämtliche Coronamaßnahmen für das gesamte Land Baden-Württemberg mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben. Zweitens tritt die Landesregierung auf Betreiben und mit Zustimmung des Parlaments unmittelbar von ihrem Amt zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt ist er größenwahnsinnig geworden! – Weitere Zurufe)

– Herr Sckerl, Sie warten ja noch immer darauf, dass Sie endlich die Pistole bekommen, um wie Che Guevara handeln zu können. Das ist mir schon bekannt.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sag einmal!)

Zur Begründung: Diese Landesregierung hat von Anfang an in dieser Krise, die anfangs eine Gesundheitsproblematik, eine Viruskrise zu sein schien, sich mittlerweile aber zu einer Wirtschafts- und politischen Krise gewandelt hat, eklatant versagt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was ist eigentlich mit Ihrer Krise?)

Am Anfang, als man möglicherweise noch denken konnte, es wäre ein höchst gefährliches, höchst ansteckendes Virus, hat die Landesregierung noch nicht einmal Vorkehrungen getroffen gehabt, obwohl eine Bundestagsdrucksache im Jahr 2013 ein solches Szenario bereits vorgeschrieben hatte. Nichts war da; nichts hat die Regierung gemacht. Die Einzigen, die sich hier in diesem Parlament bedachtsam geäußert haben, waren Frau Dr. Baum, Herr Dr. Gedeon und ich.

(Vereinzelt Lachen – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir waren die Einzigen, die am Anfang mögliche mittel- und langfristige Schäden eines Virus in den Raum gestellt hatten. Wir waren die Ersten und Einzigen, die damals in Unkenntnis der Gesamtlage sogar die Maskenpflicht, Schließung der Schulen und Ähnliches gefordert hatten. Nichts ist geschehen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Später kam dann der große Schwenk. Die Informationen wurden klarer. Für mich wurde klar: Das angeblich gefährliche

Virus ist kein gefährliches Virus. Und spätestens seit zwei Wochen könnten wir alle von der Arbeit von John Ioannidis, veröffentlicht über die Centers for Disease Control, wissen, dass die Sterblichkeit der Corona-Infizierten bei 0,2 % liegt – mit hin im Rahmen dessen, was eine normale Grippe mit sich bringt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das erzählen Sie einmal in Bergamo!)

Mittlerweile könnten wir auch wissen – was die Landesregierung geflissentlich unterschlägt –, dass sogar die Weltgesundheitsorganisation Quarantäne und Lockdowns als untaugliche Maßnahmen beschrieben hat.

Aber was tut die Landesregierung? Sie zieht die Daumenschrauben immer enger. Nach einem ersten Lockdown, der unsere Wirtschaft, die ohnehin schon am Taumeln war, noch vollends in große Not gebracht hat, der viele Existenzen bereits vernichtet hat und der das Bruttoinlandsprodukt in unserem Land in tiefste Tiefen gebracht hat – schon jetzt so tief, wie wir es lange nicht mehr erlebt haben –, will man die Maßnahmen weiter perpetuieren.

Man benutzt den Unsinn eines Maskenzwangs. Kein Einziger hat jemals bewiesen, dass eine medizinische Wirksamkeit besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es gibt keinerlei Daten zur medizinischen Wirksamkeit, keinerlei Daten zur Arbeitsschutzwirksamkeit.

(Zuruf: Falsch!)

Da gibt es nichts. Das ist alles nicht untersucht. Alles ist Kaffeersatzleserei. Noch nicht einmal chirurgische Masken sind auf Virusdurchlässigkeit getestet.

Trotzdem nötigt man den Bürgern diesen Gesichtsverlust auf. Und zwar – wie macht man das? – durch eine gleichgeschaltete Presse. Die Ehefrau von Herrn Strobl – da sieht man den Nepotismus, die Korruption, die an allen Ecken und Enden herrscht – ist jetzt Programmchefin bei der ARD.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: „Gleichgeschaltete Presse“ – das ist unmöglich!)

Der sogenannte – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, mäßigen Sie sich bitte in Ihrer Wortwahl. Ansonsten muss ich – bis zum Wortentzug – eingreifen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es ist immer das Gleiche. Hier wird einfach zensiert.

(Widerspruch – Zurufe)

Der sogenannte Ehemann von Jens Spahn, D. F., ist in leitender Position bei der Burda-Mediengruppe. Kein Wunder, dass von allen Ecken und Enden diese Panik geschürt wird,

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

diese Panik über die Bevölkerung ausgegossen wird. Sie regieren nur aufgrund der Panik. Die Patienten, die zu mir kommen, haben Angst, sie kommen gebückten Hauptes in meine Praxis. Sie haben Angst,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hätte ich auch Angst!
– Abg. Andreas Stoch SPD: Vor Ihnen!)

weil Sie diese Angst schüren. Und weil Sie nur mit Angst und Panik regieren, haben Sie die Berechtigung, an den Hebeln der Macht zu sitzen, verspielt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie einen Funken Ehre hätten, dann würden Sie von selbst zurücktreten. Da aber leider zu erwarten ist, dass der Pol Pot der „Grünen Khmer“ auch seinem Namensvater irgendwann einmal gerecht wird –

(Lebhafte Zurufe, u. a.: Jetzt reicht's!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner! Herr Abg. Dr. Fiechtner, dafür bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf.

(Zurufe, u. a.: Von wegen freie Rede!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es ist halt immer das Gleiche: Verfassungsverstöße in Hülle und Fülle.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Und Abmarsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Tschüs!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gehört. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: In dieser Kroll-Oper will ich nicht länger sein! – Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie wollten doch gehen!)

Es gibt eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung, und zwar von Herrn Abg. Stein.

Abg. Udo Stein AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sie bitten uns, dass wir die Mindestabstände einhalten.

(Der Redner holt einen Zollstock hervor.)

Frau Präsidentin, ich möchte Sie einmal bitten, dass Sie die Mindestabstände hier nachmessen. Denn zwischen uns sind sie überhaupt nicht gegeben. Solange die Abstände, die Sie uns hier vorschreiben, nicht gegeben sind, beantrage ich eine Sitzungsunterbrechung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bei Ihnen reichen auch 10 m nicht!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben nicht das Wort. Seien Sie einfach einmal ruhig. Danke.

Ich lasse jetzt über den Antrag von Herrn Abg. Stein abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abg. Udo Stein AfD: Sie gefährden Ihre eigene Sicherheit! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Herr Abg. Stein, Sie müssen das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten nicht kommentieren. Danke.

(Zurufe von der AfD)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung – unseren einzigen Tagesordnungspunkt – auf:

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Pandemie am 28. Oktober 2020

und Aussprache

Zunächst erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Mittwoch haben sich die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin auf weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie verständigt. Dieser Schritt ist nötig, weil unser Land auf eine nationale Gesundheitsnotlage zusteuert. Trotz unseres Eingreifens in den letzten Wochen hat sich die Lage nicht gebessert.

(Zuruf von der AfD)

Im Gegenteil: Das Infektionsgeschehen spitzt sich dramatisch zu.

(Zuruf: Natürlich! Weil es kalt wird!)

Lassen Sie mich die Dramatik anhand zweier Landkarten veranschaulichen.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Vor genau einem Monat lag die Sieben-Tage-Inzidenz bei einem Wert von unter 15. In einer Woche gab es also 15 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner. Jetzt, vier Wochen später – Sie sehen es auf der Karte:

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sie testen auch viel mehr!)

rot bis dunkelrot –, sind wir bei einem Inzidenzwert von 99.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wahrscheinlich ist der Wert bereits noch höher, weil es die Daten von gestern sind. Dabei liegen wir noch unter dem Bundesdurchschnitt. Das zeigt, wir haben Alarmstufe Dunkelrot, die zweite Welle trifft uns mit voller Wucht. Vorgestern gab es in Baden-Württemberg über 2 400 Neuinfektionen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das ist der höchste Wert, den wir je hatten.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Was ist mit der Übersterblichkeitsrate?)

Uns droht eine akute nationale Gesundheitsnotlage. Um diese möglichst zu verhindern, haben die Bundesregierung und die Chefs der Landesregierungen die bekannten Beschlüsse gefasst. Wir müssen das Virus also noch entschiedener bekämpfen. Es geht jetzt um Schnelligkeit, Entschlossenheit und Konsequenz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Gedeon zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu. Nachher können die Fraktionen zu meiner Regierungsinformation Stellung nehmen und über sie debattieren.

(Abg. Udo Stein AfD: Er ist in keiner Fraktion!)

Ich gehe dann noch einmal ans Redepult, und dann können Sie gern Ihre Fragen, aber auch Ihre Kritik anbringen und mich in die Mangel nehmen.

Die Pandemie droht aus dem Ruder zu laufen, weil wir auf eine Situation zusteuern, in der wir die Kontrolle über das Infektionsgeschehen verlieren. Wie schnell das gehen kann, sehen wir an unseren europäischen Nachbarn. Die Intensivstationen in den Niederlanden und in Tschechien sind überlastet, sie können jetzt nicht mehr alle Covid-19-Patienten selbst behandeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Mal sehen, ob Sie noch Krankenhäuser schließen!)

In Belgien fehlt das medizinische Personal, um den Ansturm an Coronakranken zu bewältigen. Dort müssen sich mit Corona infizierte Ärzte um die Covidkranken kümmern. In Warschau wird das Fußballstadion zur Coronaklinik umfunktioniert.

Auch bei uns in Deutschland stoßen die Gesundheitsämter trotz Unterstützung durch die Bundeswehr an ihre Kapazitätsgrenzen. Mancherorts sind sie nicht mehr in der Lage, die Infektionsketten nachzuerfolgen.

Heute verdoppelt sich die Zahl der Infektionen alle zehn Tage. Die Zahl der Patienten auf den Intensivstationen verdoppelt sich derzeit alle acht Tage. Wenn wir diese Entwicklung jetzt nicht bremsen, dann sind die Intensivstationen in Deutschland noch vor dem Nikolaustag voll.

Das zwingt uns zu weiteren harten Maßnahmen. Dabei sind für mich ebenso wie für meine Länderkollegen und die Bun-

deskanzlerin die Prioritäten klar: Wir wollen unsere Kitas und Schulen offen halten

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Richtig!)

und die Wirtschaft so weit wie möglich am Laufen halten. Das heißt aber in der Konsequenz: Das Offenhalten dieser Kernbereiche der Gesellschaft erfordert in anderen Bereichen ein umso entschlosseneres Handeln, sonst funktioniert es einfach nicht. Ich denke, wer anderes behauptet, argumentiert nicht redlich. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, auf wie viele Kontakte wir bei einer Million Schülerinnen und Schülern allein in Baden-Württemberg kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Kreis der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin in einer kollektiven Kraftanstrengung ein Gesamtpaket geschnürt, um gemeinsam eine nationale Gesundheitsnotlage abzuwehren.

Ich will mich an dieser Stelle vor allem bei meinen Amtskollegen aus den Ländern bedanken, die ein geringeres Infektionsgeschehen haben. Sie haben diese Maßnahmen in einem Akt der Solidarität – der nationalen Solidarität – mitgetragen, obwohl der Druck bei ihnen im Moment bei Weitem noch nicht so hoch ist wie im Süden und im Südwesten. Das verdient unseren Respekt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU, Abgeordneten der SPD sowie auf der Regierungsbank)

Es war uns wichtig, dass wir in dieser schwierigen Lage deutschlandweit schnell, klar und einheitlich handeln, denn das bringt für die Bürgerinnen und Bürger bundesweit mehr Transparenz und schafft so Vertrauen. Das ist das wichtigste Gut, das wir in der Pandemie haben.

Vorab möchte ich außerdem betonen: Die Einschränkungen, die wir beschlossen haben, sind zeitlich befristet und gelten bis Ende November. In zwei Wochen werden die Kanzlerin und wir Länderchefs über die Wirkung der Maßnahmen beraten und mögliche Anpassungen vornehmen.

Nun zu den konkreten Beschlüssen. Wir haben uns auf folgende Maßnahmen verständigt, die am 2. November 2020 in Kraft treten werden – ich nenne die wichtigsten –:

Erstens: Es dürfen sich im öffentlichen Raum künftig nur noch Personen aus zwei Haushalten treffen, höchstens aber zehn Personen. In Baden-Württemberg setzen wir diese Vorgabe auch für den privaten Raum um.

Zweitens: Freizeiteinrichtungen werden geschlossen. Dazu gehören Theater, Museen, Konzerthäuser, Messen, Kinos, Freizeitparks, Spielhallen, Fitnessstudios, Schwimmbäder sowie der Freizeit- und Amateursportbetrieb in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen.

Sport alleine, zu zweit oder gemeinsam mit der Familie bleibt aber möglich.

(Abg. Anton Baron AfD: Müssen die Gerichte wieder einschreiten!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Drittens: Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt. Profisport darf nur ohne Zuschauer stattfinden.

Viertens: Gastronomiebetriebe sowie Bars, Clubs, Discos und Kneipen werden geschlossen.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Davon ausgenommen sind die Lieferung und Abholung von Speisen sowie Kantinen.

Fünftens: Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, auf private Reisen und Besuche – auch von Verwandten – möglichst zu verzichten, wenn diese nicht notwendig sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Rechtswidrigkeit! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vereinzelt! Genau das!)

Übernachtungen in Hotels, Pensionen und ähnlichen Einrichtungen für touristische Zwecke werden untersagt. Übernachtungen bei Geschäftsreisen bleiben möglich.

Sechstens: Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Kretschmann, wir sind soziale Wesen!)

wie Kosmetik- und Tattoostudios oder Massagepraxen werden geschlossen. Medizinische Behandlungen wie Krankengymnastik, Ergotherapie oder Fußpflege bleiben möglich.

(Abg. Anton Baron AfD: Coronawillkür pur!)

Auch Friseursalons bleiben unter den bestehenden strengen Hygieneauflagen offen.

Siebtens: Der Einzelhandel bleibt unter Hygieneregeln geöffnet. Allerdings darf sich nicht mehr als ein Kunde pro 10 m² Verkaufsfläche dort aufhalten.

Achtens: Wir fordern die Unternehmen eindringlich auf, wo immer möglich, ihren Beschäftigten Heimarbeit zu ermöglichen.

Neuntens: Kitas und Schulen bleiben grundsätzlich geöffnet.

Zehntens: Wir legen ein besonderes Augenmerk auf den Schutz vulnerabler Gruppen. Krankenhäuser, Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen sind besonders gefährdet. Deshalb gibt es dort besonders strenge Regelungen.

Ich sage aber auch mit aller Klarheit: Es geht um den Schutz dieser Menschen, nicht darum, sie zu isolieren, denn das hätte ebenso gravierende Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Wir führen dort deshalb mit Hochdruck Schnelltests ein, damit Angehörige weiterhin zu Besuch kommen können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Udo Stein AfD: Und wer bezahlt die?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns ist bewusst, dass die von uns beschlossenen Maßnahmen viele Unternehmen, Einrichtungen und Soloselbstständige treffen und verunsichern. Ich verstehe den Gastwirt, der empört ist, weil er sein Lokal

wieder zusperren muss, obwohl er sich unglaubliche Mühe bei den Hygienemaßnahmen gegeben hat.

(Beifall des Abg. Raimund Haser CDU – Abg. Anton Baron AfD: Verfassungswidrig bis zum Gehtnichtmehr!)

Ich verstehe die Pianistin, die verzweifelt ist, weil sie im November keine Konzerte geben kann. Ich verstehe den Vorstand im Sportverein, der sauer ist, weil er den Trainings- und Wettkampfbetrieb wieder einstellen muss.

(Abg. Anton Baron AfD: Und die Gerichte wieder einschreiten müssen!)

Ich sage all jenen aber: Wir haben sie nicht vergessen. Um ihnen in dieser schwierigen Zeit zu helfen, wird der Bund schnell und unbürokratisch eine Nothilfe an die betroffenen Unternehmen, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen auszahlen, um sie für ihre finanziellen Ausfälle zu entschädigen. Niemand muss aufgrund der Maßnahmen um seine wirtschaftliche Existenz fürchten.

(Unruhe bei der FDP/DVP)

Mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Milliarden € werden für kleinere Unternehmen, Vereine und Einrichtungen bis 50 Mitarbeiter 75 % der Umsätze des Vorjahresmonats – also vor Corona – erstattet,

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

für größere Unternehmen voraussichtlich in einer Größenordnung von 60 bis 70 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Ich will noch mal sagen – die Bundesminister Altmaier und Scholz haben sich ja gestern dazu erklärt –: Wir haben sehr darauf gedrungen, dass da Klarheit herrscht. Aber in der kurzen Zeit ist das wegen schwieriger beihilferechtlicher Regelungen nicht so schnell möglich gewesen. Sie haben uns aber versichert, dass sie alles tun werden, damit die Erstattung auch für die größeren Unternehmen in einem Korridor von 60 bis 70 % erfolgen kann. Darauf müssen sich ja alle verlassen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Hinzu kommt, dass der Bund seine Hilfsmaßnahmen für Unternehmen verlängern und die Konditionen für hauptsächlich betroffene Branchen verbessern wird. Ich weiß, das ist natürlich nicht dasselbe wie ein Geschäft im Normalbetrieb. Denn der Mensch ist ja mit Leib und Seele Wirt, Pianistin oder Vereinsvorstand. Aber ich glaube, das ist, wenn es so gemacht wird, wirklich eine großzügige Entschädigung.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Bei den Gastwirten war natürlich die Alternative eine sehr frühe Sperrstunde.

(Abg. Udo Stein AfD: Weil sich das Virus später ja anders verhält!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das hätte aber nach unserer Meinung bedeutet: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Wir waren uns deswegen einig, dass es besser ist, ihnen mit einer sehr großzügigen Entschädigung beizustehen,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ah!)

als sie sozusagen in eine Situation zu bringen, in der sie ihren Betrieb zwar aufrechterhalten, die Einnahmen sich aber naturgemäß sehr stark vermindern können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir setzen nun in Baden-Württemberg die Beschlüsse der Länderchefs und der Kanzlerin unter Hochdruck um. Gestern hat der Ministerrat grünes Licht gegeben. Die Corona-Verordnung wird nun entsprechend verändert, im Umlaufverfahren beschlossen und am Wochenende notverkündet. Am Montag treten dann die Beschränkungen in Kraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist sehr bewusst, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern und manchen Unternehmen mit den beschlossenen Maßnahmen viel abverlangen. Aber wir haben diese Maßnahmen nicht leichtfertig beschlossen, sondern weil sie notwendig sind. Wir entscheiden auf der Basis von Fakten, nicht auf der Basis von Emotionen.

(Lachen des Abg. Udo Stein AfD)

Die Tatsache ist eben: Das Virus lebt von Kontakten. Deshalb muss jetzt unser oberstes Ziel lauten, persönliche Kontakte um 75 % zu reduzieren. Das ist kein Wert, den wir Politiker uns ausgedacht haben, sondern das ist die Zielvorgabe, die uns die renommiertesten Experten mitgegeben haben:

(Abg. Anton Baron AfD: Wer denn?)

Kontaktverminderung um 75 %.

Wenn uns das gelingt – das wird uns nur gelingen, wenn die ganze Bevölkerung mitmacht –, dann haben wir die Chance, in diesem Monat die Welle zu brechen

(Abg. Anton Baron AfD: Zu welchem Preis?)

und wieder auf einen Inzidenzwert von unter 50 zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Emil Sänze AfD: So, wie Sie das Klima abschalten wollen!)

Klar ist: Es geht nicht ohne Zumutungen. Wir müssen auf Dinge verzichten, die wir gern tun. Denn das Problem ist ganz einfach: Das Virus fühlt sich besonders wohl und breitet sich besonders schnell dort aus, wo auch wir uns wohlfühlen, wo wir gesellig sind, wo wir in geschlossenen Räumen zusammenkommen. Deswegen müssen wir diese geselligen Kontakte jetzt konsequent einschränken, auch wenn uns als sozialen Wesen das logischerweise schwerfällt. Denn nur so können wir die zweite Infektionswelle brechen

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und das Infektionsgeschehen wieder auf ein Niveau drücken, das uns die Nachverfolgung der Infektionsketten ermöglicht.

Denn das ist das zweite Standbein: Bei der Eindämmung einer Pandemie sind einerseits die Kontakte zu verringern, andererseits sind die Kontakte nachzuverfolgen,

(Abg. Anton Baron AfD: Bei völlig offenen Grenzen! Da wünsche ich Ihnen viel Spaß!)

um so die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Auch dazu müssen wir wieder in der Lage sein.

(Zurufe)

Ich denke also, niemand wünscht sich solche Maßnahmen – ich am allerwenigsten. Aber es ist letztlich wie mit bitterer Medizin: Man nimmt sie nicht gern ein, muss das aber tun, um gesund zu werden. Es hilft nichts, wenn wir den Menschen vorgaukeln, dass wir so weitermachen können wie bisher. Wir erkennen: Trotz unseres entschiedenen Eingreifens hat sich die Lage nicht verbessert. Die Maßnahmen reichen nicht aus, um die Pandemie unter Kontrolle zu halten. Wir müssen jetzt handeln.

Ich sage es noch einmal: Die Schnelligkeit ist das Entscheidende.

(Abg. Udo Stein AfD: Treten Sie schnell zurück!)

Wir waren nicht klüger als andere, wir waren schneller. Das hat uns bislang in eine doch einigermaßen ordentliche Lage gebracht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir müssen also jetzt handeln. Wer sagt, es gehe mit milderen Maßnahmen, der verschweigt die Konsequenzen, nämlich dass wir schon in wenigen Wochen nicht mehr alle Erkrankten angemessen versorgen könnten,

(Abg. Emil Sänze AfD: Zahlen, Daten, Fakten!)

dass wir viele zusätzliche Tote zu beklagen hätten und dass zudem am Ende die wirtschaftlichen Einbußen deutlich größer wären, als sie es durch das sind, was wir jetzt tun.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist doch Unfug!)

Ich denke, dass das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit uns ein solches Handeln verbietet. Deshalb ist es, glaube ich, unsere Pflicht, zusammenzustehen und diejenigen zu schützen, die besonders gefährdet sind.

Ich will noch einmal sagen, meine Damen und Herren: Natürlich kann man den Sinn einzelner Maßnahmen hinterfragen und sagen, diese oder jene betroffenen Bereiche seien ja gar keine Infektionsherde.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ja, also!)

Aber die Infektionslage ist inzwischen so schwerwiegend und das Virus verbreitet sich so diffus, dass wir laut RKI bei drei von vier Ansteckungen gar nicht mehr genau nachvollziehen können, wo diese entstanden sind. Das bedeutet, wir können jetzt eben nicht mehr genau sagen, was derzeit die Hauptinfektionstreiber sind.

(Abg. Udo Stein AfD: Der Test sagt doch überhaupt nicht aus, ob jemand ansteckend ist!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das hat zur Folge, dass wir uns nicht mehr allein auf Hygienekonzepte stützen können. So ausgeklügelt diese auch sein mögen; sie entfalten bei einem exponentiellen Anstieg einfach nicht mehr die Kraft, die notwendig ist, um die Infektionswelle zu brechen.

Wir müssen jetzt wieder „vor die Lage“ kommen. Deshalb legen wir heute dieses Gesamtpaket vor, mit dem wir erstens die Kontakte schnell und massiv reduzieren, zweitens die Schulen und Kitas grundsätzlich offen halten und drittens ermöglichen, dass viele Menschen weiter ihrer Arbeit nachgehen können. Wir konzentrieren uns also auf die Kernbereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Das geht nicht ohne Härten, und viele empfinden das auch als ungerecht. Aber in einer solch schweren Situation muss das Gesamtinteresse ganz vorn stehen – auch wenn das für viele schmerzhaft ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie meinen Vorschlag für eine Sondersitzung aufgegriffen haben,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ihr Vorschlag! – Weitere Zurufe)

damit wir die Beschlüsse vom Mittwoch hier im Landtag diskutieren können. Denn diese Beschlüsse greifen tief in das Leben der Menschen ein. Es sind schmerzhaft Beschlüsse, und diese müssen wir im Landtag diskutieren.

Ich bin aber auch den Regierungsfractionen für ihren Entschließungsantrag außerordentlich dankbar; das möchte ich wirklich mit großem Respekt betonen. Denn durch einen Beschluss des Landtags bekommen diese Maßnahmen eine zusätzliche wichtige Legitimation, und die ist, glaube ich, sehr hilfreich, damit die Menschen das, was wir vorgeben, befolgen.

Ich bin auch froh, dass wir in Baden-Württemberg bei der Einbeziehung des Parlaments in die Pandemiebekämpfung deutlich weiter sind als andere Länder. Wir haben ja bereits im Sommer mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen eine frühzeitige Einbeziehung des Landtags bei dem Erlass von Coronaverordnungen sichergestellt. Baden-Württemberg ist da Vorreiter. Insofern kann ich auch verstehen, dass es im Bund jetzt eine ähnliche Debatte um eine stärkere Einbindung des Parlaments in der Coronapolitik gibt.

Wichtig ist mir aber die Handlungsfähigkeit der Exekutive. Die notwendige schnelle Handlungsfähigkeit muss erhalten bleiben. Ich denke, jeder sieht, dass wir hier unglaublich schnell reagieren müssen. Wir können uns Verzögerungen bei der Bekämpfung dieser Pandemie nicht leisten. Aber es ist wichtig, dass das Parlament in dieser schweren Krise jederzeit eingebunden wird – und auch die Bürgerinnen und Bürger. Gehört werden gilt auch in schwierigen Zeiten. Deshalb öffnen wir ganz bewusst ein Bürgerforum zu Corona, das auf langfristige Resonanz angelegt ist. Unsere Staatsrätin wird mit Zufallsbürgern so einen Resonanzraum schaffen,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

um auch dort die Punkte zu besprechen, die die Menschen bewegen. Die vorbereitende Onlinebeteiligung dazu haben wir in dieser Woche gestartet.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als politisch Verantwortliche können wir noch so harte Maßnahmen gegen die Pandemie beschließen – eine Wirkung entfalten diese nur, wenn sich möglichst alle Bürgerinnen und Bürger auch an diese Beschränkungen halten. Entscheidend ist jetzt wirklich, dass alle mitmachen und alle vermeidbaren Kontakte auch tatsächlich vermeiden, und das möglichst nicht erst ab dem kommenden Montag, wenn die Maßnahmen in Kraft treten, sondern jetzt und vor allem auch am kommenden Wochenende. Es kommt auf jeden Tag an.

Auch wenn es uns Ende November hoffentlich gelungen sein wird, die Zahl der Infektionen deutlich zu senken, ist die Pandemie noch lange nicht vorbei.

(Abg. Emil Sänze AfD: Dann machen wir noch einen Monat!)

Auch dann müssen wir alle die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Sonst besteht die Gefahr, dass wir im Februar oder März nächsten Jahres erneut einen starken Anstieg der Infektionszahlen bekommen.

Deshalb bitte ich Sie eindringlich, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich schließe auch jene ein, die nicht jede Beschränkung gutheißen –: Erklären Sie den Menschen die Brisanz der aktuellen Situation.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das machen wir!)

Werben Sie dafür, dass die Leute ihre Kontakte auf das Allernotwendigste beschränken. Denn es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Schaden vom Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.

Im Frühjahr haben wir gesehen, was wir erreichen können, wenn wir alle zusammenhalten. Zusammenhalt ist der größte Trumpf im Kampf gegen das Virus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Damit sind wir besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Länder der Welt. Wir sollten uns jetzt wieder auf die Tugenden besinnen, die unser Land stark machen: Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Solidarität. Lassen Sie uns das tun. So können wir es wieder schaffen, und so können wir die zweite Welle brechen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation haben die Fraktionen freie Redezeit vereinbart.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Nach § 83 a Absatz 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich in der Aussprache zunächst Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel für die AfD das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Gögel, Sie haben alles mit Gelb markiert! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst stellt sich für uns von der AfD die Frage, warum die Parlamentarier und andere Personen – insgesamt über 200 – heute nach Stuttgart beordert wurden.

Wir haben die von einem nicht legitimierten Gremium getroffenen Beschlüsse bereits zur Kenntnis genommen. Am Mittwoch konnte jeder die Beschlussvorlage und am Donnerstagabend die an die Beschlussvorlage geknüpfte Entscheidung der 16 Ministerpräsidenten und der Kanzlerin lesen. Das haben wir bereits zur Kenntnis genommen.

Der Herr Ministerpräsident hat in seinen Ausführungen vorhin hier im Plenum nichts anderes verkünden können als das, was bereits in dieser Beschlussvorlage von Mittwoch stand. Warum sind wir also hier? Wir sind hier, um das Bild einer Scheindemokratie abzuliefern, als ob wir heute hier etwas zu beschließen und abzustimmen hätten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Um das nicht ganz so schlimm wirken zu lassen, haben die Grünen und die CDU noch schnell einen Entschließungsantrag nachgereicht. Mit diesem sollen wir die Ausführungen im Prinzip noch einmal bestätigen und darum bitten, dass die Regierung ausgewogene, angemessene Verordnungen schreibt.

Nein, meine Damen und Herren, wir müssen Verordnungen hier im Parlament diskutieren. Wir müssen Änderungsanträge zu Verordnungen einbringen können. Darüber müssen wir abstimmen können. Das ist Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Das, was wir hier heute machen, ist ein reines Schauspiel für die Medien da draußen im Land. Wir sollen uns in den nächsten Stunden über die Kenntnisnahme dieser unverhältnismäßigen und unlogischen Coronabeschlüsse auseinandersetzen.

Kommen wir zum Ursprung dieser undemokratischen Verhältnisse. Dieser liegt 20 Jahre zurück, meine Damen und Herren. Wer von Ihnen erinnert sich noch an den 12. Mai des Jahres 2000? Es war ein sonniger Freitag. Damals fand im Bundestag unter Tagesordnungspunkt 16 die Dritte Lesung eines Gesetzentwurfs statt. Unter Tagesordnungspunkt 16 wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften, das Seuchenrechtsneuordnungsgesetz, verabschiedet. Schon bei dem Begriff hat es an diesem Freitag wahrscheinlich auch noch die letzten Parlamentarier ins Wochenende getrieben, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Laut Protokoll hat sich die Ministerin beschwert, dass nur noch wenige Parlamentarier anwesend gewesen seien.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ah!)

Die meisten hatten sich bereits – wie gesagt – ins Wochenende zurückgezogen.

Die Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben damals selbstverständlich für ihren Gesetzentwurf gestimmt. Die CDU/CSU konnte sich kein eigenes Meinungsbild erarbeiten und enthielt sich der Stimme. Die FDP stimmte gegen diesen Gesetzentwurf, allerdings nicht aus den Gründen, aus denen wir heute darüber diskutieren, sondern aufgrund von datenschutzrechtlichen Bedenken.

Auf verfassungsrechtliche Bedenken ist kein einziger Parlamentarier gekommen. Auch die Fachjuristen im Bundestag haben sich anscheinend nicht ausgiebig mit diesem Gesetz befasst; sonst hätte man bereits im Jahr 2000 darauf hinweisen müssen, dass dieses Ermächtigungsgesetz – nichts anderes war das – veranlasst, dass im Pandemiefall die Verantwortung an das Robert Koch-Institut abzutreten ist. Das RKI regiert aktuell mit der Kanzlerin diese Republik.

Meine Damen und Herren, wir erleben hier und heute live, dass das Parlament und damit die Volksvertreter in der aktuellen Coronadiktatur nichts zu melden haben. Wir müssen weiterhin zusehen, wie die „Coronadiktatoren“ – das muss man sagen – hinter verschlossenen Türen auf der Grundlage ihrer einseitigen RKI-Wissenschaft Coronaverordnungen beschließen und das Abnickparlament diese nur zur Kenntnis nehmen darf.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Regisseure dieses Pandemietheaterstücks sind die Regierenden. Die Marionetten dieses Spektakels sind die Bürger und die Kinder in unserem Land, die seelisch-moralisch und finanziell missbrauchten Opfer Ihres Versagens, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geedeon [fraktionslos])

All dies, Herr Ministerpräsident, um ein enorm riskantes Versprechen mit Blick auf den Dezember und ein gemeinsames weihnachtliches Feiern abzugeben. Was aber passiert – das frage ich Sie, Herr Ministerpräsident –, wenn das nicht gelingt?

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ihr Durchregieren per Verordnungen geschieht nicht auf einer juristischen Grundlage. Die Verwaltungsgerichte können einzelne Vorschriften in den Corona-Rechtsverordnungen von einem Tag auf den anderen kassieren, weil sie gegen den Parlamentsvorbehalt verstoßen. Und heute, aktuell, erreichen uns auch positive Nachrichten aus Österreich. Das oberste Verfassungsgericht von Österreich hat heute genau die Maßnahmen, die auch Sie beschlossenen haben und die ab kommenden Montag gelten sollen, als verfassungswidrig bezeichnet und gekippt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr gut!)

Das ist ein Hoffnungsschimmer auch für uns in Baden-Württemberg. Wenn nur die Exekutive handelt, ist der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE schüttelt den Kopf.)

(Bernd Gögel)

Meine Damen und Herren, die Folgen der katastrophalen Coronabeschlüsse durch die Hintertür – „die Zügel werden wieder angezogen und die neuen Coronamaßnahmen ab dem kommenden Montag eingeleitet“ –: Die Bürger in unserem Land sind beunruhigt, Dienstleistungen werden wieder stillgelegt. Apropos Dienstleistungen: In den letzten Monaten haben sich ausgerechnet Gastronomen und Hoteliers, Besitzer von Sportstudios, Vereine ins Zeug gelegt und haben Ihre Hygienevorschriften bis ins Detail umgesetzt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau!)

Selbst die Zahlen, die Ihr Sozialministerium darüber veröffentlicht, wo die meisten Ansteckungen passieren, zeigen: Diese passieren im häuslichen Raum, und sie passieren auf der Arbeitsstelle – 50 bis 60 % –, und ganz weit unten kommen die Organisationen, die Sie ab Montag schließen. Das ist aus unserer Sicht völlig unverhältnismäßig und unlogisch.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Weder unsere Gesellschaft noch unsere Wirtschaft werden den Zustand völliger Unsicherheit, Angst und offensichtlicher Planlosigkeit auf Dauer aushalten. Deshalb frage ich Sie, Herr Ministerpräsident: Wozu jetzt dieser nächste Lockdown? Man bezeichnet ihn jetzt vorsichtshalber als „light“ oder als „Mini-Lockdown“, um zur Rettung vor den nächsten Coronafolgen im Namen der Bürger weitere Kredite in Milliardenhöhe aufzunehmen. Auch dieser zweite Lockdown wird nichts bringen. Die Gesellschaft muss lernen, mit Risiken umzugehen und die Verantwortung für andere und für sich selbst zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Viren verhalten sich nicht rational, wie Sie eben auch selbst erwähnt haben. Deshalb: Nur eine Herdenimmunität wird dieses Virus besiegen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

es sei denn, Sie hoffen darauf, dass der Zentralrat der Viren beschließt: „Wir machen jetzt Schluss.“ Das wird aber nicht passieren.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo, Bernd!)

Wir, die AfD, haben hier im Parlament die Regierenden hinsichtlich der überzogenen Coronamaßnahmen schon häufig scharf kritisiert und auch unsere Forderungen gestellt. Ein kleiner Auszug: unser Antrag Drucksache 16/7975 – Sofortiger Exit von Corona-Maßnahmen – vom 9. April 2020; unser Gesetzentwurf Drucksache 16/8026 – Gesetz zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Corona-Krise – vom 24. April 2020. Dieser Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

Wir haben über die Presse versucht, die Öffentlichkeit zu erreichen. Ich verweise auf die Pressekonferenz vom 27. April 2020: Vorstellung der 10-Punkte-Corona-Finanzstrategie zur Bewältigung der haushalterischen Folgen der Coronapandemie in Baden-Württemberg. 13. Mai 2020: „Keine Corona-

Stigmatisierung an Schulen“; 15. Mai 2020: „Herr Kretschmann, entschuldigen Sie sich bei den Bürgern!“; 17. Mai 2020: „Wo bleibt der Exitplan aus dem Lockdown?“; 15. August 2020: „Landesregierung regiert weiter am Landtag vorbei“.

Ja, Herr Ministerpräsident, wir können nur hoffen, dass Sie Ihre Augen etwas weiter öffnen und über den Horizont der Ihnen vorgelegten Daten und Fakten hinaussehen können. Wir haben diese Themen hier schon lange angemahnt und moniert. Jetzt, Ende Oktober, schließen sich auch die Ärztevereinigungen unseren Forderungen an.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten den Appell der Fachexperten bitte alle lesen. Das Ärzdebündnis stellt sich gegen den Coronakurs der Weltretterin Frau Merkel.

Im vorgestern veröffentlichten Positionspapier fordern die ärztlichen Berufsverbände einen Strategiewechsel in der Coronapandemie und rufen zum Verzicht auf Lockdowns auf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Appell der Kassenärzte an die Bundesregierung lesen wir – ich zitiere –:

Der Rückgang der Fallzahlen ist politisch zwar eine dringende Aufgabe, aber nicht um jeden Preis.

„Nicht um jeden Preis“,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So ist es!)

meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident!

Wir erleben bereits die Unterlassung anderer dringlicher medizinischer Behandlungen, ernstzunehmende Nebenwirkungen bei Kindern und Jugendlichen durch soziale Deprivation und Brüche in Bildungs- und Berufsausbildungsgängen, den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, vieler kultureller Einrichtungen und eine zunehmende soziale Schieflage als Folge.

Wir berufen uns auf das grundlegende ... Prinzip des ärztlichen Handelns: ... erstens: nicht schaden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Die Ärzte schreiben weiter:

Dieser Grundsatz auf die momentane Situation angewendet bedeutet, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie so zu wählen, dass wir schwere Verläufe wirksam mindern, ohne neue Schäden zu verursachen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Meine Damen und Herren, die positiv Getesteten gelten für die Regierenden immer als Covid-Erkrankte – auch heute wieder,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Falsch!)

(Bernd Gögel)

Herr Ministerpräsident, auch heute wieder.

(Zurufe)

Es sind positiv Getestete. Jetzt sage ich Ihnen etwas zu diesen Tests. Wenn man auf die neuesten PCR-Testungen aus Bayern und speziell aus dem Augsburger MVZ-Labor zurückgreift, wo sich von 60 sogenannten Positivergebnissen 58 doch als negativ erwiesen haben,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So sieht es aus!)

dann darf man berechnete Zweifel hegen, ob nicht das gesamte Testsystem mehr Panik als Wahrheit vermittelt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Bravo!)

Dazu schreibt die Zeitung „Merkur“ – ich zitiere –:

Laut Bundesgesundheitsministerium wurden in den letzten Wochen mehr als 1,7 Millionen Corona-Tests durchgeführt.

(Zuruf von der AfD: Geldmaschine!)

Rund 50 Prozent der Tests werden in den 20 größten Laboren durchgeführt, zu denen auch MVZ gehört. Die Kliniken wollten sich zu der Panne nicht äußern.

Meine Damen und Herren, im offenen Brief von 40 Ärzten an die Bundeskanzlerin lesen wir weiter – ich zitiere –:

Wir bemerken Störungen im zwischenmenschlichen Miteinander, Hysterie und Aggressionen, ausgelöst durch Infektionsangst, es kommt vermehrt zu Verunglimpfungen und Denunziationen von „positiven Abstrichopfern“ –

(Zuruf von der AfD: Das ist vermutlich gezielt!)

all dies führt zu einer noch nie da gewesenen Spannung und Spaltung der Bevölkerung.

(Beifall bei der AfD)

Die Entwicklung zusätzlicher schwerer chronischer Krankheiten ist absehbar.

Dies sagten die Ärzte, nicht der Fraktionsvorsitzende der AfD.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielleicht ist es das, was der Ministerpräsident will!)

Aktuell laufen ungefähr 1,1 Millionen Tests pro Woche. Davon sind 99,3 % negativ. Die Kosten für diese Aktion belaufen sich auf ca. 83 Millionen € wöchentlich.

(Zuruf von der AfD: Genau! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir haben es doch!)

Meine Damen und Herren, die neue WHO-Coronastudie bestätigt ebenfalls – ich zitiere –:

So tödlich ist das Virus nicht.

Der Stanford-Professor John Ioannidis hat die Sterblichkeit von Covid-19-Patienten erneut untersucht. Das Ergebnis sei-

ner Metastudie: Durch die verursachte Coronakrankheit werden weniger Tote verzeichnet als bisher angenommen. Die Krankheit scheint in weniger Fällen tödlich zu verlaufen.

Meine Damen und Herren, jedes Todesopfer ist eines zu viel; jeder Mensch,

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

der an oder mit dem Coronavirus verstirbt, ist einer zu viel. Dennoch gilt es bei allen Maßnahmen abzuwägen – damit komme ich zum Eingang meiner Ausführungen zurück –, ob die Medizin am Ende nicht schädlicher ist als das Virus.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
So ist es! Es geht um die Verhältnismäßigkeit!)

Die Verhältnismäßigkeit muss gewährleistet sein.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haser?

Abg. Bernd Gögel AfD: Ja, gern.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Raimund Haser CDU: Herr Gögel, ich höre Ihnen jetzt seit ungefähr einer Viertelstunde zu, wie die meisten in diesem Saal. Ich habe noch immer keine Antwort auf folgende zwei Fragen gehört: Glauben Sie, dass man diese Pandemie eindämmen muss – ja oder nein? Und falls Sie diese Frage mit Ja beantworten: Mit welchen Maßnahmen würden Sie das tun?

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Bernd Gögel AfD: Vielen Dank, Herr Kollege Haser, für die Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube selbstverständlich, dass man die Pandemie eindämmen muss.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und wie?)

Nur die Maßnahmen halten wir für falsch.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Vorschläge! – Abg. Raimund Haser CDU: Sagen Sie uns, welche Maßnahmen richtig sind! Zitieren Sie nicht irgendeine Artikel!)

– Ich komme in meinen Ausführungen auch noch zu den Maßnahmen. Aber eine der wesentlichen Maßnahmen, die Selbstverantwortung dem Bürger zu übertragen, halte ich für einen ganz gravierenden Aspekt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gehen Sie mit Schülern in die Krankenhäuser! Lassen Sie die Schüler einmal die Intensivmedizin beobachten! Gehen Sie auch mit anderen Gruppen, gehen Sie mit diesen Partys feiernden Gruppen in die Krankenhäuser!

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist Ihr Vorschlag?)

(Bernd Gögel)

Selbstverantwortung – Selbstverantwortung! – können Sie nur mit Aufklärung erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie müssen aufklären. Sie müssen Zeitungsannoncen schalten. Sie müssen keine Talkshows im Fernsehen mit Blabla veranstalten, sondern Sie müssen Informationsveranstaltungen im TV und im Radio durchführen.

(Zuruf von der CDU)

Die Bürger sind erwachsener, als Sie annehmen. Die brauchen keine Verordnungspolitik in der Form, wie Sie sie durchführen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, anstatt auf andere Wissenschaftler und Fachärzte zu hören, hören Sie immer nur auf das RKI und Ihre Mathematiker in diesem Institut.

Der Galopp Ihrer Verordnungen ist ja gar nicht mehr nachvollziehbar. Am 14. Oktober die neue Corona-Verordnung: Alkoholkonsum in Restaurants ab 23 Uhr verboten. Ab 2. November: Lokale geschlossen. In Privaträumen nicht mehr als zehn Personen – jetzt nur noch aus zwei Haushalten. In angemieteten Räumen Veranstaltungen bis zu 25 Personen – jetzt null.

Fußballspiele – das habe ich doch ein bisschen seltsam gefunden – von Jugend- und Amateurvereinen – das betrifft den auch in Baden-Württemberg wichtigen Amateursport – werden ab Montag stillgelegt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Die Profis – das Milliardengeschäft Fußballbundesliga – bewegen sich weiter, auch nächste Woche wieder.

Wenn Sie das als ausgewogen und gerecht empfinden, dann ist das Ihre eigene Position. Wir von der AfD finden das nicht ausgewogen und gerecht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Grundschulen: Maskenpflicht, ab 16 Jahren auch während des Unterrichts.

(Zuruf von den Grünen: Das stimmt nicht!)

Jetzt: flächendeckende Maskenpflicht in Schulen.

(Zurufe von den Grünen)

Apropos Schulen: Sie behaupten, das stimmt nicht. Haben Sie schon eine Verordnung, die ab Montag gilt, gelesen? Ich noch nicht. Also, da ist es einfach, zu behaupten: „Stimmt nicht!“

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben noch keine einzige Verordnung dazu, was ab Montag gilt, gelesen.

Warum dürfen Kinder mit 20 weiteren Schülern acht Stunden in einem Klassenzimmer verbringen, während sie am Nachmittag nur noch mit einem Kind aus einem weiteren Haushalt

spielen dürfen oder vielleicht mit zwei Geschwistern aus dem weiteren Haushalt? Sonst dürfen sie ja an diesem Nachmittag keine Freunde treffen. Ist das logisch, ausgewogen?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unsozial! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Unausgegoren ist das.

(Zurufe von den Grünen)

Ich habe Ihnen eben ein Beispiel genannt, und ich werde noch weitere Beispiele nennen.

(Unruhe)

Das Beherbergungsverbot haben Sie Anfang Oktober erlassen. Dann haben die Gerichte das gekippt. Jetzt werden Sie es ab Montag de facto wiederum einführen.

Anstatt erneut Coronaverordnungen zu verabschieden, sollten Sie einmal gemeinsam – jetzt komme ich auf Ihre Frage; das haben wir schon zigfach gefordert – mit Wissenschaftlern und Ärzten aus allen Bereichen an einem Tisch sitzen und diese Thematik besprechen und sollten nicht immer nur einseitig mit dem RKI sprechen und von Mathematikern errechnete exponentielle Wachstumszahlen betrachten. Nein, sprechen Sie mit allen. Es gibt jetzt immer mehr Menschen – Ärzte, Wissenschaftler –, die anderer Meinung sind. Setzen Sie sich mit diesen zusammen. Gehen Sie weg von dem Coronawahn, und hören Sie auf, Angst in diesem Land zu verbreiten.

Was meinen Sie, was gerade passiert? Ich bin am Mittwochabend, als ich nur die Beschlussvorlage gelesen habe, an zwei, drei großen Supermärkten vorbeigekommen – es war kein Parkplatz frei, die Einkaufswagen waren voll mit Nudeln, Toilettenpapier und Konserven. Das haben Sie mit Ihrer Angst-macherei erreicht.

(Beifall bei der AfD)

Hören Sie auf, Panik und Angst in der Bevölkerung zu verbreiten. Zeigen Sie Transparenz. Informieren Sie die Bürger darüber, wie sie sich am besten selbst schützen können, wie sie ihr Immunsystem stärken,

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

und nicht, wann die Impfung erhältlich sein wird und wie viele Kanülen und Spritzen Sie schon bestellt haben oder noch besorgen werden. Und klären Sie mal bitte – das ist ganz wichtig – die Bürger darüber auf, welche nationale Kraftanstrengung Sie seit März 2020 unternommen haben, um zusätzliches Personal in die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu bringen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Udo Stein AfD: Bravo!)

Wo sind die nationalen Kraftanstrengungen für die Bürger?

Sie werden Ihr Versagen auch auf diesem Gebiet nicht durch immer neue Lockdowns kaschieren können. Hören Sie mit dieser einseitigen Denkweise auf, und hören Sie auch auf die Meinung der Andersdenkenden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

(Bernd Gögel)

Die Bürger in unserem Land sind bereit, ihren Pflichten nachzugehen. Die Bürger sind in der Lage, die Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, Abstand zu halten, die Älteren und Immunschwachen und sich selbst zu schützen. Dazu sind die Bürger in der Lage.

(Beifall bei der AfD – Abg. Udo Stein AfD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Sie brauchen auch keine freiwilligen Hilfssheriffs, die nach 84-stündiger Ausbildung bei der Polizei in die Uniform und mit Waffe durch Baden-Württemberg laufen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich ist das!)

um die soziale Distanz der Bürger zu überwachen.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Herr Innenminister – er ist im Moment leider nicht da –,

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

was für eine verzerrte Vorstellung von Sicherheit in der Pandemiezeit haben Sie?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie bewegen sich auf demselben Niveau wie der Gesundheitsexperte der SPD, Herr Lauterbach, der Artikel 13 unseres Grundgesetzes außer Kraft setzen möchte

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

und die Bürger bis in die Privatsphäre hinein überwachen will.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Der spinnt!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Verbote, wir brauchen keine Kontrolle in den Wohnungen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

wir brauchen keine Eingriffe in unser Grundgesetz. Was wir brauchen, sind vernünftige Alternativen, runde Tische mit Andersdenkenden, Studien, die die Gefahren des Maskentragens auflisten, die Kenntnisnahme von Studien, die eben keine Übersterblichkeit nachweisen. Eine solche Übersterblichkeit gab es zuletzt im Grippewinter 2017/2018.

Ihre ideologisch getriebene Politik in der Vergangenheit – siehe gescheiterte Eurorettung, gescheiterte Energiewende, gescheiterte Migrationspolitik – hat unsere Gesellschaft und Wirtschaft schon in starke Bedrängnis gebracht.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, das ist richtig! Ja!)

Aber Ihr Versagen in den letzten acht Monaten, in denen Sie die Bürger in Corona-Angst versetzten, gibt uns allen den Rest.

Ich möchte hier nicht mit Floskeln, mit einer Forderung nach einem Rücktritt oder etwas Ähnlichem abschließen. Vielmehr möchte ich hier mit einer Geste der AfD-Fraktion abschließen. Für diese gesamte Versagenspolitik zeigen wir Ihnen die Rote Karte, meine Damen und Herren.

(Die Abgeordneten der AfD-Fraktion halten jeweils eine Rote Karte hoch. – Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Wir sind beeindruckt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die meisten Schiedsrichter haben noch eine Pfeife! – Abg. Andreas Stoch SPD: Da lacht kein Erstklässler mehr! – Zuruf: Oje, oje! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

(Zuruf von der AfD: Ich sehe schwarz! – Gegenruf von der AfD: Nein, grün!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in diesen Tagen oft zu lesen: „Die Lage ist ernst.“ Das stimmt. Aber ich möchte ergänzen: Die Lage ist keineswegs aussichtslos. Wir haben nämlich jetzt die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Aber das geht nur in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung aller.

Wir in Baden-Württemberg sind bislang gut durch die Pandemie gekommen. Das liegt am entschlossenen, konsequenten Handeln der Behörden und am konsequenten Handeln unserer Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Insbesondere liegt es am überwältigenden Zusammenhalt und an der großen Solidarität der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. – Ich möchte Sie, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, an dieser Stelle ganz offen und ganz direkt ansprechen. Ich möchte mich dafür bedanken, dass so viel Solidarität und Miteinander gezeigt wurde. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Große Krisen meistern kann die Politik nie allein. Politik kann und muss Ziele definieren, politisch priorisieren und Maßnahmen ergreifen. Es bedarf immer der Akzeptanz der Menschen in unserem Land. Dies gilt umso mehr in einer Pandemie mit so weitreichenden, flächendeckenden Auswirkungen und so harten Maßnahmen, die uns alle auch ganz persönlich treffen.

Wir setzen weiter auf die Solidarität, auf die Verantwortung der Menschen und darauf, dass sich alle an die Maßgaben halten – nicht weil es Maßgaben sind, sondern weil diese Maßnahmen sinnvoll sind. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in unserem Land tut das auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich sage ganz klar, wie es ist: Wir brauchen in den nächsten Wochen die Mitarbeit und die Solidarität aller. Daher ist es der Job von uns Abgeordneten, die Menschen mitzunehmen, zu erklären und um Mithilfe zu werben – und eben nicht, Herr Gögel, die Bevölkerung zu verunsichern

(Abg. Udo Stein AfD: Das machen Sie die ganze Zeit!)

(Andreas Schwarz)

und mit Falschinformationen in die Ecke zu stellen. Das ist der falsche Weg, den Sie gehen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist doch genau Ihr Weg!)

Deswegen ist es richtig, dass es heute diese Sondersitzung des Landtags gibt. Denn der Landtag ist der Ort, an dem offen und transparent

(Abg. Emil Sänze AfD: Das habt ihr vorhin abgelehnt!)

über die Empfehlungen der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten diskutiert wird. Es ist eine Stärke unseres Parlamentarismus in Baden-Württemberg, dass wir heute zusammenkommen und das offen, breit und transparent besprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Emil Sänze AfD: Was denn?)

Bei der Bewältigung der Coronakrise ist für uns die Wissenschaft der Maßstab.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir wissen heute schon sehr viel mehr über das Virus als im Frühjahr. Wir unterstützen die Forschung. Erst in dieser Woche hatte meine Fraktion einen Austausch mit einem namhaften Unternehmen aus Baden-Württemberg. Dieser Austausch stimmt mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr zuversichtlich, da viele Firmen in Europa, in Deutschland und gerade auch bei uns in Baden-Württemberg auf Hochtouren an einem Impfstoff arbeiten

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

und diesen auch entwickeln werden. Das Land ist gut vorbereitet, diesen Impfstoff ausgeben zu können, sobald er da ist.

(Abg. Udo Stein AfD: Nehmen Sie doch den aus Russland! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Leide Abal GRÜNE: Nimm du ihn doch!)

Aber bis das so weit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis dieser Impfstoff ausgegeben werden kann, müssen wir zusammenhalten und die Solidarität nach vorn stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein.

(Oh-Rufe von der AfD)

Ich habe von der Solidarität gesprochen. Die Solidarität betrifft die gesamte Republik. Die Zeit der Sonderwege, der Flickenteppiche ist vorbei. Denn bei Sonderwegen einzelner Bundesländer, einem Flickenteppich, weiß niemand mehr, was eigentlich gerade gilt. Das führt zu Verunsicherung der Menschen.

Deswegen ist es richtig, Herr Ministerpräsident, dass sich 16 Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin auf gemeinsame Empfehlungen verständigt haben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo steht das denn in der Verfassung?)

Herr Kollege Rülke, deswegen ist der Entschließungsantrag der FDP/DVP, den Sie eingereicht haben, unverantwortlich.

Nein, wir brauchen Klarheit, liebe Kolleginnen und Kollegen;

(Zuruf: Halleluja!)

wir müssen die Gesamtzahl der Kontakte reduzieren. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Udo Stein AfD: Halten Sie sich mal an Ihre Abstandsregeln!)

Die Lage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ernst.

(Unruhe)

Die Infektionszahlen haben eine exponentielle Dynamik entwickelt, die die der ersten Welle im Frühjahr weit übersteigt.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Schaut man sich das an – –

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Aufmerksamkeit bitten. Dieser Dialog ist einfach zu laut und stört. Danke.

Herr Abg. Schwarz hat das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir müssen also von einer exponentiellen Dynamik reden. Wenn man mit Intensivmedizinerinnen und -medizinern redet, dann bezeichnen sie die Lage als absolut besorgniserregend. Die Zahlen der Krankenhauseinweisungen, der Intensivbettenbelegungen und der benötigten Beatmungsplätze steigen. Wir alle haben noch die Bilder aus New York und Bergamo vom Frühjahr vor Augen. Deswegen ist für mich und meine Fraktion ganz klar: Eine Explosion der Infektionszahlen wollen und müssen wir abwenden, und die werden wir in Baden-Württemberg auch abwenden. Das ist das oberste Ziel.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein. – Einen solchen Kollaps des Gesundheitssystems wollen wir entschieden verhindern. Wir wollen sicherstellen, dass kranke Menschen weiterhin vollumfänglich die notwendige Hilfe erhalten. Wir wollen gerade nicht, dass Ärztinnen und Ärzte darüber entscheiden müssen, wer einen Platz an einem Beatmungsgerät erhält und wer nicht.

(Zuruf von der AfD: Dazu kommt es nicht!)

(Andreas Schwarz)

Wir sind inzwischen in Baden-Württemberg besser vorbereitet. Wir haben die letzten Monate genutzt, um unsere Krankenhäuser zu stärken,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wo? Wo ist das Personal?
– Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

unsere Krankenhäuser zu wappnen. Aber wir müssen jetzt entschlossen handeln. Das Wichtigste ist doch – ich glaube, das erkennt die AfD jedes Mal –, dass sich erst gar nicht so viele Menschen anstecken und dass das Gesundheitssystem eben nicht an seine Grenzen kommt. Das steht im Vordergrund.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Kenner SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Meine Fraktion begrüßt die Empfehlungen der Runde der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten vom vergangenen Mittwoch. Wir müssen alles dafür tun, Herr Ministerpräsident, um eine nationale Gesundheitsnotlage abzuwenden. Da stimmen wir Ihnen vollkommen zu. Das ist auch der Auftrag für diesen Landtag von Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Für meine Fraktion gilt weiterhin: Der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger steht an erster Stelle. Selbstverständlich bringen wir dabei die Maßnahmen in Ausgleich mit anderen Grundrechten; denn gesund bleiben heißt auch, physisch, mental und existenziell gesund zu bleiben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sauerstoff!)

Wir haben vor dem Hintergrund der ersten Welle im Frühjahr beschlossen, dass es weiterhin die oberste Priorität bleiben muss, Kindertagesstätten und Schulen so weit wie möglich offen zu halten. Nur so können wir faire Bildungschancen garantieren und sicherstellen, dass Eltern ihrer Arbeit nachgehen können. Diese Priorität gilt weiterhin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der AfD)

Wir können und wir wollen es uns nicht erlauben, dass Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum auf elementare Bedingungen einer gesunden sozialen, emotionalen und mentalen Entwicklung verzichten müssen. Wenn wir dieses Ziel voranstellen, Kindertagesstätten und Schulen offen zu halten, wenn wir das gemeinsam wollen – vorhin gab es hierzu überwiegend Applaus von den demokratischen Fraktionen –, dann müssen wir an anderer Stelle vorübergehend harte Schritte gehen.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass auch mir diese harten Schritte wehtun. Wir alle wissen, dass an den Branchen, die nun harte Einschnitte erleben müssen, viel Herzblut hängt, dass dort vor allem starke Existenzen betroffen sind. Bund und Länder haben daher beschlossen, die Branchen, die jetzt eingeschränkt werden, durch ein substanzielles Hilfsprogramm zu unterstützen.

Wenn ich mir das anschau – und ich habe mir, Herr Kollege Stoch, Herr Kollege Reinhart, nochmals vor Augen geführt, was gestern die beiden Bundesminister Olaf Scholz und Peter Altmaier vor der Bundespressekonferenz gesagt haben –, stelle ich fest: Das ist wirklich ein substanzielles Hilfsprogramm, das da aufgelegt wird, ein weitreichendes Unterstützungsprogramm.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP meldet sich.)

– Ich lasse die Frage nachher zu, Herr Schweickert. – Soweit ich zumindest auf die letzten Jahre zurückblicke, gab es ein so weitreichendes Unterstützungsprogramm vonseiten des Staates noch nie. 75 % des entsprechenden Umsatzes des Vorjahresmonats werden ausgeglichen. Bei denjenigen, die im November 2019 keine Umsätze hatten, wird ein Durchschnittswert herangezogen. Die Details müssen die beiden Bundesminister nur noch erarbeiten.

Aber das macht deutlich: Der Staat lässt die Branchen Gastronomie, Hotellerie, Kunst und Kultur, Kinos und Freizeitanlagen, die jetzt hauptsächlich betroffen sind, nicht im Stich. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Signal, das die Politik an die Bevölkerung ausstrahlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Herr Schweickert.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schweickert, Herr Abg. Schwarz lässt die Zwischenfrage zu. Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Schwarz, vielen Dank. – Mir geht es um Ihre Ausführungen zu den Wirtschaftshilfen. In dem Beschluss der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin heißt es, „für die von den temporären Schließungen erfassten Unternehmen“ gebe es dann die Hilfen. In Ihrem Entschließungsantrag ist das ein bisschen weicher formuliert, deswegen die konkrete Frage:

Wir haben im Ernährungshandwerk ganz viele Betriebe, die die Gastronomie als Absatzkanal haben. Diese sind dann zwar nicht direkt von der Schließung betroffen, ihnen fehlt aber der Absatz. Sind sie genauso antragsberechtigt?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Schweickert, da es sich ja um ein Bundesprogramm handelt,

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

kann ich Ihnen diese Frage nicht detailliert beantworten.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber loben!)

Aber ich verstehe dieses Programm so, dass möglichst weite Teile der Branchen, die jetzt von Einschränkungen betroffen sind, von diesem Programm profitieren sollen. So habe ich gestern die beiden Bundesminister verstanden.

(Abg. Anton Baron AfD: Da sollen 10 Milliarden € reichen? Lächerlich!)

(Andreas Schwarz)

Sie haben vor der Bundespressekonferenz zugesagt, dass die Details noch erarbeitet werden. Ich denke, dass man zu Ihrer Frage in den nächsten Wochen eine ganz konkrete Antwort vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums oder des Bundesfinanzministeriums geben wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Und da sollen 10 Milliarden € reichen, Herr Schwarz? Da bin ich gespannt! –
Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Für einen Monat nur!)

Ich möchte, meine Damen und Herren, zu den Hilfen noch einen wichtigen Punkt ansprechen. Wichtig ist nämlich, die Soloselbstständigen, die Kultur und die Veranstaltungswirtschaft in diese Hilfen aufzunehmen. Sie werden jetzt wesentlich stärker berücksichtigt, als es bei den Überbrückungshilfen der Fall war. Das ist in meinen Augen sehr relevant; denn wenn der Kultur der Boden unter den Füßen weggezogen wird,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist doch schon der Fall!)

dann ist die Kultur weg, dann ist sie nicht mehr da.

Gerade Kulturschaffende in Baden-Württemberg haben hier in den letzten Jahren enorm viele Arbeitsplätze geschaffen. Sie bereichern das gesellschaftliche Leben. Sie sorgen für mehr gesellschaftliches Leben in den Städten. Sie sind Teil unserer Volkswirtschaft. Deswegen ist es wichtig, Kunst und Kultur stärker zu berücksichtigen.

Ich bin Staatssekretärin Olschowski dankbar, dass sie schon angekündigt hat, vonseiten des Landes über weitere Hilfen für diese Branche nachzudenken. Das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Mir ist noch wichtig, Folgendes zu betonen: Die Gastronomie, die Hotellerie, die Kulturbranche und auch die Sportstätten haben in den letzten Wochen hervorragend mitgearbeitet. Viele haben vernünftige Hygienekonzepte umgesetzt. Das hat für viele auch dazu geführt, dass sie leider weniger Besucher hatten.

Aber es reicht eben nicht. Obwohl man ihnen größte Anerkennung und den größten Dank dafür überbringen kann, dass sie hervorragend mitgearbeitet haben, will ich an dieser Stelle sagen: Die Maßnahmen sind dennoch notwendig. Der Ministerpräsident hat es dargelegt.

Während wir eine Zeit lang Infektionsketten noch gut auf bestimmte, auf einzelne Infektionsherde, auf einzelne Ereignisse zurückführen konnten, ist dies inzwischen oftmals nicht mehr möglich. Die Gesundheitsämter können die Infektionsketten nicht mehr in jedem Einzelfall vollständig nachvollziehen. Es gibt einen sehr großen Anteil von Infektionen, bei denen wir schlicht nicht wissen, wo sich die Menschen infiziert haben. 75 % der Ausbrüche können nicht mehr zugeordnet werden. Daher kann in meinen Augen das Motto nur lauten, Kontakte auf das absolute Minimum zu beschränken.

Damit trifft das Virus natürlich den Kern dessen, was Kunst und Kultur ausmachen. Wenn die Menschen in Restaurants gehen, ins Theater, ins Kino, nutzen sie dafür den öffentlichen

Nahverkehr, fahren sie zusammen mit dem Auto, treffen sie sich im Foyer, im Eingangsbereich vor der Kasse und nach der Veranstaltung vielleicht noch auf ein Glas Wein, oder sie treffen sich zu Hause; sie kommen ins Gespräch. Das sind ja alles höchst menschliche, ganz normale Dinge. Das ist im Grunde das Schöne, was unsere freiheitliche Gesellschaft ausmacht: diese Begegnung, das Zusammenrücken, das Verabreden, das Miteinanderreden.

Aber all das – das ist die schreckliche, die nackte, die naturwissenschaftliche Wahrheit –, all diese Begegnungen begünstigen die Ausbreitung des Virus.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Es greift genau bei dem an, woraus wir meist unsere größte Kraft schöpfen: in Geselligkeit, darin, uns nahe zu sein, im Zusammenkommen, sei es im Stadion, in der Sporthalle, im Theater, in den Restaurants oder Bars. Wenn man das so sagen will: Das, was uns als Gesellschaft ausmacht – dass wir uns nahe sind –, das ist momentan das größte Risiko. Auch ein hervorragendes Hygienekonzept kann ein solches Risiko nur minimieren, aber nicht ausschließen.

Wir sind jetzt aber leider an dem Punkt angekommen, an dem wir versuchen müssen, das Risiko nicht nur zu minimieren, sondern auszuschließen. Dies gilt umso mehr, als wir beschlossenen haben, Schulen und Kitas offen zu halten. Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir uns an anderer Stelle einschränken. Das wird nur funktionieren, wenn wir jetzt alle miteinander diesen Weg gehen und solidarisch sind.

In anderen Ländern, Herr Kollege Rülke, in denen die FDP Regierungsverantwortung hat, geht sie diesen Weg mit. Ihr neuer Generalsekretär, der Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, Herr Wissing, geht diesen Weg mit, Herr Pinkwart, der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, geht diesen Weg mit.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

Da sieht man: Dort, wo die Menschen in Verantwortung sind, zeigen sie sich solidarisch. Deswegen fordere ich Sie auf, Ihren zweiten Entschließungsantrag heute zurückzuziehen und mit uns diesen Weg des Miteinanders, der Solidarität zu gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich habe davon gesprochen, wie wichtig es ist, dass Bildungsgerechtigkeit gegeben ist, dass das Bildungswesen funktioniert. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig davon, aus welchem Elternhaus sie kommen, unabhängig davon, welche finanziellen Ressourcen dort gegeben sind oder in welchem Umfang die Eltern im Homeoffice arbeiten können, gute Bildung erhalten. Das steht für uns im Vordergrund. Die Situation darf auch weiterhin keinen Einfluss auf den Zugang zur Bildung haben.

Nur wenn wir jetzt gemeinsam handeln und uns alle einschränken, können wir diese Bildungsgerechtigkeit weiterhin ermöglichen. Nur wenn wir jetzt gemeinsam handeln, können wir dafür sorgen, dass Menschen, die Risikogruppen angehören, bestmöglich geschützt werden.

(Andreas Schwarz)

Ich muss schon sagen: Wenn dann manche kommen und sagen, man solle einfach auf das Alter abstellen, dann ist das, glaube ich, zu kurz gesprungen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das Alter einer Person ist noch recht einfach als Kriterium auszumachen, aber das genügt eben nicht. Es gibt viele Menschen mit Vorerkrankungen, die jung sind, die möglicherweise gar nichts von ihrer Vorerkrankung wissen. Wir können diese Menschen gar nicht bestimmen; das wissen wir ja gar nicht. Daher gilt es generell, vulnerable Gruppen, Risikogruppen zu schützen. Wir müssen aufpassen, dass diese Menschen nicht stärker vom Virus getroffen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden müssen, sind hart. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland beschlossen, dass solche Maßnahmen nicht allein im Erlasswege getroffen werden können, sondern dass sie in unserem Parlament debattiert werden müssen. Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen, welche dieses Gesetz durch ihre Vorarbeit und ihre Stimme ermöglicht haben, sehr dankbar.

Wir haben hier ein leuchtendes Beispiel für funktionierenden Parlamentarismus. Wir werden daher in den nächsten Wochen in den Ausschüssen im Landtag und hier in diesem Plenum umfassend über die weiteren Maßnahmen beraten und debattieren können. Hier ist der Ort, an dem wir die Öffentlichkeit informieren, an dem wir uns der Kritik stellen müssen und der Kritik stellen wollen.

Das, was sonst manchmal zäh und behäbig wirkt, die wochenlangen Debatten, das Ringen um Kompromisse – sie sind ein hohes, ein elementares Gut. Sie sind das Wesen einer Demokratie. Daher haben wir heute diese Sondersitzung des Parlaments. Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie am Mittwochnachmittag die Fraktionsvorsitzenden darüber informiert und dieses Angebot ausgesprochen haben.

Wir werden in der kommenden Woche in einer weiteren Sitzung des Landtags und in einer öffentlichen Sitzung des Ständigen Ausschusses die Verordnungen beraten. Gerade im Ständigen Ausschuss werden alle Fachministerinnen und Fachminister die konkreten, auch kritischen Fragen und die Fragen, die, Herr Kollege Stoch und Herr Kollege Dr. Rülke, von den Abgeordneten Ihrer Fraktionen gekommen sind, beantworten.

Ich schlage vor, dass wir den kommenden Mittwoch, die nächste Plenarsitzung, nutzen, um über die Rechtsverordnung, die der Ministerpräsident vorhin in den Raum gestellt und angekündigt hat, zu beraten. Ich glaube, das ist der richtige Ort, um die Meinung des Landtags zu dieser Rechtsverordnung aufzuzeigen. – Das ist also mein Vorschlag für den kommenden Mittwoch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich bleibe dabei: Mit dem Pandemiegesetz sind wir in Baden-Württemberg Vorreiter. Ich habe gelesen, dass andere Bundesländer inzwischen in ähnlicher Weise ein Pandemiegesetz diskutieren, dass sie unser Gesetz vielleicht sogar gänzlich übernehmen wollen. Wir zeigen damit, dass der Landtag, das Parlament hier einbezogen ist. Dafür stehen wir heute hier ge-

meinsam; denn nur in Gemeinsamkeit von Politik und Gesellschaft werden wir die Lage meistern können. Nur gemeinsam können wir die nationale Gesundheitsnotlage abwenden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Gefahr einer nationalen Gesundheitsnotlage besprechen wir heute. Wir haben eine Höchstzahl von Neuinfektionen. Deshalb geht es nun, wie der Regierungschef zu Recht gesagt hat, um Schnelligkeit, Entschlossenheit und Konsequenz; es geht darum, Kontrollverluste zu vermeiden.

Daher danke ich jedem Kollegen und jeder Kollegin, die heute so schnell zu dieser Sondersitzung gekommen sind. Der Landtag setzt damit ein starkes Zeichen, und wir machen deutlich: Das Parlament ist der Ort der öffentlichen, legitimierenden Debatte. Das haben wir bereits im März angeregt. Wir haben es übrigens auch mit beantragt; es war uns wichtig, dass wir hierüber debattieren können – auch wenn wir wissen, dass es hier um exekutives Handeln geht. Denn je länger die Pandemie anhält, desto stärker müssen wir auf das Gleichgewicht von Regierungshandeln und parlamentarischer Beteiligung achten. Dies haben wir immer vertreten, und darum geht es auch heute.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn damit füllen wir unser Pandemiegesetz mit Leben. Wir haben dieses Gesetz ja fraktionsübergreifend beschlossen; das ist ein Gesetz, mit dem wir die Parlamentarisierung der Coronapolitik präzise, klug und, wie ich finde, auch verfassungsfest geregelt haben. Mit diesem Gesetz zeigt sich, dass wir hier in Baden-Württemberg die demokratiepolitischen Pioniere sind. Alle anderen versuchen uns derzeit zu kopieren, oder sie beginnen erst jetzt diese Diskussion. Wir haben bereits das, worüber andere jetzt erst allmählich zu diskutieren beginnen. Darauf, finde ich, können alle vier demokratischen Fraktionen hier stolz sein – wir können stolz auf das sein, was wir damals verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir nehmen damit auch unsere Parlamentarierverantwortung in dieser ernstesten Lage wahr. Eines will ich schon hinzufügen: Herr Kollege Gögel, Sie haben vorhin gesagt, wir würden hier nach Stuttgart beordert. Ich fühle mich nicht beordert.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unser Arbeitsplatz! – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Selbstverständnis!)

Wir haben die Sitzung mit beantragt. Wir wollen, dass hier vor den Augen der Öffentlichkeit darüber offen diskutiert wird.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD: Über was denn?)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Sie sprachen vorhin auch von einem „Bild der Scheindemokratie“. Ich will Ihnen sagen: Auch die 16 Regierungschefs, die Bundesregierung, die MPK sind demokratisch legitimiert. Das sind Regierungschefs, die durch die Wahl von Parlamenten in ihr Amt gekommen sind. Das gibt es übrigens seit 1950. So zu tun, als sei das heute nur ein Schauspiel, halte ich der Ernsthaftigkeit dieser Situation gegenüber für überhaupt nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Absolut richtig! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Selbstverzweigung!)

Hier regiert auch kein RKI die Republik; im Gegenteil. Es wurde zu Recht gesagt: Die Beteiligung der Wissenschaft ist ein wichtiger Teil bei einer solchen Frage. Aber es geht auch darum, dass wir einen Rechtsstaat haben. Zu diesem Rechtsstaat gehören alle drei Gewalten:

(Zurufe von der AfD: Genau!)

die Exekutive, die Legislative und auch die Gerichte, die in dieser schwierigen Balance der Grundrechtseingriffe immer wieder beurteilen müssen, wo Ausgewogenheit, Verhältnismäßigkeit gegeben ist oder auch nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wird alles kassiert, kann ich Ihnen jetzt schon garantieren!)

Aber ich will schon hinzufügen: Wir haben hier eine klare Rechtslage. Eine Generalmächtigung in § 32 des Infektionsschutzgesetzes des Bundes gibt die Befugnis – nicht dem Landesgesetzgeber, sondern den Landesregierungen –, auf dieser Ermächtigungsgrundlage rasch handeln zu können.

(Abg. Anton Baron AfD: Aber keine Zwangsschließungen!)

Das ist auch richtig, weil für diese Schnelligkeit die Exekutive gefragt und auch gefordert ist. Wir haben ein Pandemiegesetz erlassen, das nach Zeitablauf – spätestens nach zwei Monaten – hervorruft, ob wir diese Verordnung dann aufheben oder ob sie noch verlängert werden kann oder neu bestätigt wird. Das ist eine klare Regelung.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Zwangsschließungen gehen gar nicht, Herr Reinhart!)

Es geht übrigens auch nicht, wenn Hochwasser herrscht oder eine Brandsituation herrscht, dass man sich erst in Ausschüssen trifft und wochenlang diskutiert, sondern da muss zunächst mal rasch gehandelt werden,

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es!)

und danach muss man sich auch mit der Frage der Legitimation befassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir können im Parlament immer Beschlüsse fassen!)

Insoweit halte ich fest: Wir kennen Ihre Haltung. Wir erkennen auch, dass Sie einerseits sagen, jedes Todesopfer sei eines zu viel.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das ist im Autoverkehr auch so!)

– Das sagen Sie hier, ja. – Aber im völligen Widerspruch dazu steht doch, dass Sie andererseits sagen: „Völliger Exit von den Coronamaßnahmen; alles soll gerade so laufen, wie man es machen kann; wir wollen überhaupt keine Regeln, keine Beschränkungen und keine Maßnahmen.“ Das ist unlogisch, widersprüchlich, ja zynisch.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Bernd Gögel AfD: Gebote, Herr Reinhart! Gebote statt Verbote! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ich möchte an dieser Stelle – –

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Lebhaftige Gegenrufe, u. a.: So ein blödes Geschwätz!)

Ich möchte an dieser Stelle der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten danken, dass er dem Haus die Beschlüsse von Bund und Ländern erläutert hat.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort.

(Abg. Raimund Haser CDU: Wir kriegen das hin!)

– Ja, aber der Dialog sollte beendet werden.

Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort. Danke.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Vielen Dank. – Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er die Beschlüsse von Bund und Ländern hier erläutert und begründet hat. In der Tat, es sind harte, es sind auch schmerzhaft Entscheidungen der Regierungen, die erneut viele Menschen schwer treffen und die uns einmal mehr sehr viel abverlangen. Ich glaube allen Beteiligten, dass diese Entscheidungen niemandem leichtgefallen sind. Denn diese Situation ist bedrückend, und der Kampf vieler Unternehmer und Selbstständiger, die jetzt aufs Neue am Abgrund stehen, berührt uns alle sehr. Es schmerzt, wie die Pandemie großem unternehmerischen Engagement in unserem Land teilweise den Boden wegzieht, wie das Virus Lebenswerke und auch Lebensentwürfe bedroht.

Ich gebe gern zu: Wie so viele hatte auch ich darauf gehofft, dass uns eine so massive zweite Welle erspart bleibt und dass wir erneute Einschnitte vermeiden können, dass wir andere und bessere Strategien der Eindämmung finden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich habe auch alles Verständnis für jeden, der mit den Beschränkungen hadert, der sie vielleicht als zu weitgehend, als widersinnig, als ungerecht empfindet. Deshalb muss die Zusage, dass 75 % der Umsatzauffälle erstattet werden, schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Das ist wichtig, auch für die Akzeptanz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Frage des Kollegen Schweickert kann hier im Moment wahrscheinlich niemand abschließend beantworten; denn heute hat der Bundeswirtschaftsminister an den Bundesfinanzminister und die Fraktionen im Bundestag geschrieben, dass man natürlich dazu steht, für 75 % der Umsatzausfälle von Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern aufzukommen und dass darüber hinaus noch die beihilferechtliche Genehmigung der EU eingeholt werden muss. Ich bin sicher, dass der Normzweck, der Wille, dass geholfen werden soll, damit deutlich zum Ausdruck kommt.

Viele aus dem Bereich der Gastronomie haben mir und meinen Kolleginnen und Kollegen heute gesagt – Natürlich gibt es auch Stimmen, die fragen: „Wie wäre für die Gastronomie der November geworden? Hätte man in dieser Coronasituation – mit Abständen etc. – denn einen Umsatz wie im November 2019 erzielt?“ Immerhin bezieht sich die Erstattung ja nicht auf den Gewinnausfall, sondern auf den Umsatz. Insofern, glaube ich, ist es wichtig, dass man die Antwort fair und konstruktiv gibt, damit in diesem Bereich Ängste genommen werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Jeder von uns kennt doch Gastronomen aus seinem Wahlkreis, die viel Geld und Energie in Hygienekonzepte investiert haben und die jetzt wieder schließen müssen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau!)

Herr Kollege Schwarz hat es bereits angesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Heizpilze waren eine besondere Umweltinvestition!)

– Herr Kollege Rülke, es geht darum, dass wir die Zahl der Kontakte beschränken müssen. Natürlich haben viele gute Hygienekonzepte. Die Wissenschaftler sagen: Eine Einschränkung der Kontakte um 75 % ist nötig. Wir wollen ja im Dezember sowohl die Wirtschaft als auch die Weihnachtszeit unter anderen Bedingungen erleben.

(Unruhe)

Vielleicht kennt jeder in seinem Wahlkreis ein Kino, das meinte, dieses Katastrophenjahr bisher gerade so überstanden zu haben, und bei dem jetzt schon wieder für einen Monat der Vorhang fällt. Das ist bitter, und das ist auch schwer zu akzeptieren. Aber die Wahrheit ist leider: Es ist nicht gut genug gelungen, die galoppierend ansteigenden Infektionszahlen zu bremsen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, hat gestern gesagt, die Pandemie habe sich schlimmer entwickelt als ursprünglich befürchtet. Ich glaube, das müssen wir alle an diesem Tag einräumen.

Mit den dosierten und gezielten Beschränkungen haben wir es bisher leider nicht geschafft, gegen das Virus und seine Ausbreitung Entscheidendes auszurichten. Insofern mussten wir uns von Corona einmal mehr belehren lassen.

Laut Robert Koch-Institut sind inzwischen bei 75 % der Infektionen die Ansteckungsquellen nicht mehr konkret zu ermitteln. Deshalb ist der Normzweck der Beschlussvorlage der MPK und der Landesregierungen das Mittel der Kontaktreduzierung. Das ist im Grunde genommen das Ziel, an das man jetzt mit dem Maßstab der Wissenschaft geht.

Wo sich die Menschen also wirklich anstecken, lässt sich heute nicht mehr ausreichend klären. Unter diesen Bedingungen können auch gute Hygienekonzepte nicht mehr wirken. Aus diesem Zustand müssen wir heraus, um die Infektionszahlen wieder auf ein beherrschbares Niveau zu bringen. Deshalb bleibt derzeit nur, die Gesamtzahl der Kontakte möglichst zu verringern. Das ist wirklich eine gemeinsame Kraftanstrengung in allen gesellschaftlichen Bereichen, um die Ansteckungszahlen zu reduzieren.

Es gibt nicht nur nach der Auffassung der Kanzlerin, sondern auch der 16 Regierungschefs und Landesregierungen derzeit kein besseres, milderes Mittel, das in Sicht ist.

Deshalb stehen wir heute, wie auch die Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, zu den Beschlüssen der Regierungschefs, auch wenn wir bedauern, dass sie notwendig sind. Denn jetzt ist schnelles und, ich sage auch, entschlossenes Handeln nötig, angesagt, während Zögerlichkeit, Unentschlossenheit, auch Zuwarten uns allen schaden. Niemand weiß, was genau das Richtige ist. Aber nichts zu tun – das wissen alle –, wäre das Falsche. Darum geht es momentan.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Danke, Herr Reinhart, dass Sie die Frage zulassen. – Bei Ihrer Beschreibung kommt einem unmittelbar ein Gedanke auf. Sie sagen: „Wir machen einen Monat zu. Danach geht es für alle, die geschlossen hatten, gut weiter, weil sie dann wieder öffnen dürfen. Dann kommen ja hoffentlich wieder viele Leute dort hin.“ Was macht Sie sicher, dass wir nicht einen Monat später dieselbe Situation haben, dass es nämlich wieder viele Infizierte gibt?

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wir sind dann noch im Winter. Das ganze Spiel können wir noch über weitere Monate fortsetzen. Was machen wir dann?

(Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Kollegin Reich-Gutjahr, Sie fragen: Was macht Sie sicher? Wenn es jemanden gäbe, der eine solche Frage hier mit Sicherheit beantworten könnte,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

wären wir klüger und viel weiter.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wir sind ein lernendes System und können nur anhand der Kenntnisse, die wir aktuell haben, daraus die beste Einschätzungsprärogative – so nennt man das – unter Einbeziehung der Wissenschaft vornehmen.

(Unruhe)

Eine bessere Grundlage haben wir derzeit nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Sabine Wölflé SPD meldet sich.)

Die Fakten, das, was wir wissen, hat ja der Ministerpräsident angesprochen. Wir haben eine akute nationale Gesundheitsnotlage, und er hat betont, wie sich die Entwicklung zuspitzt. Die Kanzlerin hat gestern im Bundestag von „dramatisch“ gesprochen. Wir alle kennen die Kurvenverläufe, und Statistiker sehen inzwischen eine sogenannte superexponentielle Zunahme der Infektionszahlen, weil sich das exponentielle Wachstum selbst auch in seiner Dynamik weiter steigert.

Jetzt will ich eines zugeben: Als die Kanzlerin vor zwei Wochen, glaube ich, gesagt hat, an Weihnachten drohten 19 000 Neuinfektionen pro Tag,

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Wie viele Kranke?)

haben viele von uns gedacht: Das ist Angstmacherei. Jetzt wissen wir, dass bereits heute die Zahl von 18 000 Neuinfektionen pro Tag überschritten ist.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Das heißt, eine solche Entwicklung ist sogar schneller zur Realität geworden, als wir es überhaupt nur gemutmaßt hatten.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele sind davon krank?)

Wir haben es nicht nur mit einer behaupteten Gefahr zu tun, wie manche immer noch meinen oder auch glauben machen wollen.

Gestern Abend war Professor J., Medizinischer Vorstand und Vorstandsvorsitzender des Klinikums Stuttgart, im Fernsehen. Ich finde, er hat eindrucksvoll betont, dass es jetzt wichtig ist, das Gesundheitspersonal, auch die Leistungsgrenze im Auge zu haben. Deshalb ist es unverantwortlich, wenn Verschwörungstheoretiker derzeit die Coronasituation auch noch leugnen. Das ist unverantwortlich!

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wölflé zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Sabine Wölflé SPD: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. Ich wollte sie eigentlich dem Herrn Ministerpräsidenten stellen. Aber es waren keine Zwischenfragen erlaubt.

Frau Kollegin Reich-Gutjahr hat indirekt gerade noch einmal gefragt, ob es für Sie eventuell auch klar ist, dass es immer

weitere Lockdowns gibt. Sie haben gesagt, das sei nach dem momentanen Stand des Wissens wahrscheinlich alternativlos; so ungefähr haben Sie sich gerade ausgedrückt.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Halten Sie das für eine langfristige Strategie? Wäre es nicht eher einmal eine Überlegung wert – – Natürlich müssen wir jetzt im Moment diese sogenannte Welle brechen, um unsere Gesundheitssysteme nicht zu überlasten. Das ist, glaube ich, alternativlos. Aber wir können doch nicht jedes Mal, wenn die Welle wieder hochkommt, wieder mit dem gleichen Instrumentarium reagieren.

Wäre es nicht sinnvoll, dass man tatsächlich mit den Ministerpräsidenten – auch beim nächsten Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin – eine Gesamtstrategie diskutiert, wie wir lernen, mit diesem Virus zu leben, wie wir vulnerable Gruppen schützen können? Vor allem muss dies eingebettet sein in eine gesamteuropäische Strategie. Denn wir können ja hier machen, was wir wollen; wenn alle Länder um uns herum hohe Infektionszahlen haben, werden die Infektionen immer wieder auch über die Grenze kommen.

Also, wir brauchen eine gesamteuropäische Strategie: Wie leben wir in Zukunft mit diesem Virus, ohne jedes Mal die Wirtschaft herunterzufahren? Das wäre meine Frage an Sie.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/
DVP)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Kollegin Wölflé, ich glaube, dass wir da gar keinen Dissens haben. Schauen Sie sich einmal die Rede Ihrer Parteikollegin Malu Dreyer an, die sie gestern im Bundestag gehalten hat, schauen Sie sich die Rede von Frau von der Leyen an, die sie in dieser Woche als Kommissionspräsidentin gehalten hat, schauen Sie auch die Überlegungen an, die im Grunde genommen aus dem Papier der MPK folgen: Ich glaube, wir müssen mit dem Coronavirus leben – ja –, aber wir alle haben doch die Hoffnung – das hat auch der Kollege Schwarz angesprochen –, dass möglicherweise schon zum Jahreswechsel sowohl CureVac als auch BioNTech und auch andere Impfstoffe präsentieren können. Das wäre eine Hoffnung. Dann werden wir – zweitens – mit schnelleren Tests reagieren können. Kollege Teufel hat mir heute gesagt, wie die „Testen, testen, testen“-Zahlen hochgegangen sind.

Das Dritte ist: Man kann nur dafür werben, dass die Corona-Warn-App nicht nur von 21 Millionen, sondern von noch mehr genutzt wird.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Ja. – Man wird auch schauen müssen, dass man – da bin ich ja bei Ihnen, Frau Kollegin Wölflé – die besonders gefährdeten Risikogruppen natürlich auch besonders schützt, sie aber nicht absperrt oder aussperrt. Denn wir haben mittlerweile psychosoziale Abwägungen zu treffen; auch das gehört zur Gesamtbetrachtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Sie haben völlig zu Recht Europa angesprochen. Schauen Sie mal – der Ministerpräsident hat es angesprochen –: In Belgien können die Krankenhäuser schon keine Patienten mehr aufnehmen. Übrigens – Schweden wird ja oft zitiert –: Schweden hat eine vierfach höhere Todesrate, und die Wirtschaft ist dort noch stärker gebeutelt. In Belgien drohen schon ähnliche Szenen wie im Frühjahr in Bergamo oder in New York.

Wir alle hoffen, mit einer niedrigen Todesrate durch den Winter zu kommen. Das hat auch der Kanzleramtsminister dieser Tage unterstrichen und betont. Präsident Macron hat in dieser Woche bereits vor einer erneuten Triage in Frankreich gewarnt, und auch bei uns sind allein seit Anfang des Monats über 600 Menschen am Virus gestorben. Die Zahl der an Covid-19 erkrankten Intensivpatienten hat sich im gleichen Zeitraum fast verfünffacht. In 14 Tagen kommen selbst die großen Behandlungszentren unter maximale Belastung, sagt der Präsident der Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin voraus.

Das können wir nicht einfach abwarten. Das kann man doch auch nicht aussitzen.

Und um hier auch einmal der Mythenbildung zur Übersterblichkeit entgegenzutreten: Dieser Tage hat Eurostat die neuesten Zahlen für den Zeitraum März bis Juni veröffentlicht: europaweit 168 000 Todesfälle mehr als in anderen Jahren. Das heißt: Die Gefahr ist real. Sie lässt sich nicht verleugnen. Sie betrifft reale Menschen und ihre Gesundheit, und sie wird leider auch nicht kleiner, nur weil sie länger anhält.

Verantwortungsvolle Politik kann das nicht ignorieren, sondern man muss dann handeln. Ich will hier nicht verhehlen: Am Sonntagabend hatten auch 16 Fraktionsvorsitzendenkollegen eine Videoschalte mit der Kanzlerin. Sie hat auf die Entwicklung der Zahlen der Intensivbetten – die teilweise doppelt belegt wären – und der Zahlen der zu Beatmenden hingewiesen. Auch bei der Nachverfolgung der Infektionsketten ist schon jetzt die Leistungsfähigkeitsgrenze erreicht.

Übrigens an dieser Stelle, Herr Kollege Gögel: Den Freiwilligen Polizeidienst da zu diskreditieren, halte ich für völlig unangebracht.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Schauen Sie mal: Wir sollten an einem solchen Tag der Bundeswehr danken, die die Gesundheitsämter verstärkt. Wir sollten an einem solchen Tag auch Polizeibeamten danken. Wir sollten an einem solchen Tag allen in der Gesundheit Tätigen danken. Denn die werden belastet, und sie sorgen dafür, dass die Infektionsketten überhaupt noch nachverfolgt werden können.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie zwei Zwischenfragen zu? Es liegen zwei Wünsche vor; zum einen hat sich Herr Abg. Baron gemeldet, und dann hat sich noch Herr Abg. Dr. Balzer gemeldet. Lassen Sie diese Zwischenfragen zu oder nicht?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Herr Reinhart, Sie hatten ja vorhin den Impfstoff erwähnt. Sie wissen, dass wir auch einen Grippeimpfstoff haben und dennoch das Grippevirus nicht ausgerottet ist. Höchstwahrscheinlich wird es ja auch so sein, dass das Coronavirus mutiert. Darüber hinaus hat der Impfstoff auch nur eine Wirksamkeit von – wenn es ein guter Impfstoff ist – ca. 75 %. Daher kann ich mich eigentlich den Ausführungen von Frau Wölflé nur anschließen: Wir werden dieses Virus nicht ausrotten können –

(Zurufe: Frage!)

vor allem dann nicht, wenn wir offene Grenzen haben.

(Unruhe)

Stimmen Sie mir dahin gehend zu, Herr Reinhart?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Baron, zwei Dinge sind zu unterscheiden: Das eine ist der Impfstoff für die Grippeimpfung. Ja, da wurden bislang 16 Millionen Dosen pro Jahr bestellt, in diesem Jahr 25 Millionen – die aber nur zeitverzögert zur Verfügung stehen.

Zweitens zur Frage der zukünftigen Impfstoffe und dazu, dass Sie schon wissen, dass eine Wirksamkeit von genau 75 % erzielt wird: Das weiß niemand. Wenn man das wüsste, wären wir ja glücklich. Alle Experten sprechen davon, dass sich die Wirksamkeit zwischen 40 und 90 % bewegen kann. Aber wir sind ja noch gar nicht so weit. Wir alle haben nur die Hoffnung, dass jetzt überhaupt in der dritten Testphase dieser Versuch gelingt und verwendbare Ergebnisse vorliegen werden, die zeigen, dass der Impfstoff Wirkung entfaltet.

Sie können sich hier bitte nicht hinstellen und sagen, wir seien nur destruktiv, wir seien gegen alles. Wir sind konstruktiv. Wir wollen handeln. Wir müssen handeln. Wir wollen Lösungen. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt noch die Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Balzer, die Sie ja auch zugelassen hatten. – Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Danke, Herr Reinhart, für das Zulassen der zweiten Frage aus der gleichen Ecke. – Ich habe Folgendes anzumerken: Sie haben ja sehr schön, sehr genau und sehr gut ausgeführt,

(Zurufe: Fragen!)

wie die Zahlen der Infizierten und die Zahlen der Tests korrelieren und demzufolge ansteigen.

Die Beobachtung der letzten Tage oder Wochen hat gezeigt, dass die Zahl der Infizierten nicht identisch ist mit der Zahl der Kranken. Im Gegenteil, es gibt eine große Disparität. Es ist nur eine kleine Anzahl Menschen, die ernsthaft erkrankt sind. Wie haben Sie denn bei diesen Vorhaben, bei den Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden, berücksichtigt, dass nur wenige Menschen wirklich krank sind?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Alle Experten und Wissenschaftler haben eine Zahl bekannt gegeben, um die Sie

(Dr. Wolfgang Reinhart)

nicht umhinkommen, dass nämlich 2 % aller Infizierten – unabhängig davon, wie intensiv der eine oder andere aus der restlichen Gruppe erkrankt ist – eine Intensivbehandlung benötigen. Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, dass man das mit Prozentrechnung belegen kann, Herr Kollege Balzer.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ja, eben!)

Wenn wir beispielsweise eine Erhöhung von 1 700 auf 18 000 bei den täglichen bundesweiten Infektionszahlen haben, dann steigt logischerweise auch das Risiko intensivmedizinischer Behandlungen um das Zehnfache.

Diese Erkenntnis kommt nicht von mir, sondern von Experten, die deshalb darauf hinweisen, dass wir erst in zwei Wochen überhaupt beurteilen können, was diese Zahlen von heute auslösen und bewirken werden. Das ist das Problem, dass wir immer nur in den Rückspiegel schauen, dass wir heute noch gar nicht wissen, wie in zwei Wochen die Wirkungen sein werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will auch eines noch sagen: Sie müssen sich nicht für das Zulassen einer Zwischenfrage bedanken

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist parlamentarisches Recht!)

– das ist parlamentarisches Recht –, und ich habe heute auch kein Problem damit; denn es ist ja freie Redezeit vereinbart worden. Die Zeit wird also nicht abgezogen, und es blinkt sozusagen nicht schon wieder rot. Insoweit haben wir damit heute kein Problem.

Weiter möchte ich schon gern noch ansprechen, dass wir natürlich – das geht genau in diese Richtung – die Gesundheit schützen wollen. Dabei werden wir tief in Freiheiten eingreifen.

(Zuruf: Ja!)

Setzen wir aber allein auf die Freiheit, riskieren wir unabsehbare gesundheitliche Folgen. Denn es ist ja immer eine Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit. Das ist immer auch die Frage der Eingriffe in die Grundrechte, die natürlich wesentlich ist.

Deshalb werden wir in diesem Zusammenhang auch immer beachten müssen: Es sind schwierige Grundrechtsabwägungen. Die Maßnahmen betreffen hochrangige Rechtsgüter. An diesem Beispiel geht es eigentlich um den Kern des liberalen Verfassungsstaats – auch mit der freiheitlichen Grundordnung. Einerseits haben wir Freiheiten – zu denen sich schon heute manche zu Wort melden – wie Gewerbe- und Berufsfreiheit, Freizügigkeit, den Gleichheitsgrundsatz. Auf der anderen Seite haben wir das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das den Staat in einer Pandemielage akut verpflichtet.

Deshalb sind Grundrechte für sich allein nicht absolut. Die meisten Freiheitsrechte stehen unter einem Gesetzesvorbehalt. Ein solches Gesetz ist das Infektionsschutzgesetz des Bundes mit der Generalklausel in § 32, die diese Regierung mit der Befugnis ausstattet, solche Verordnungen zu erlassen. Deshalb ist das, was wir hier veranstalten, keine Scheindemokratie, Herr Kollege Gögel.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Wirklich überzeugende risikofreie Alternativen hat im Moment niemand anzubieten, so sehr wir uns alle bessere, intelligentere und auch effizientere Strategien im Kampf gegen das Virus wünschen. Destruktive Kritik allein hilft erst recht nicht.

Die Beschlüsse vom Mittwoch sind im Kreis der 16 Regierungschefs und der Bundeskanzlerin einstimmig gefallen. Das ist auch ein wichtiges Signal. Denn einerseits unterstreicht das den objektiven Ernst der Lage, und andererseits widerlegt es die Rede vom föderalen Flickenteppich, worüber wir hier ja oft diskutiert und gesprochen haben.

Der Ministerpräsident hat – wie ich finde, zu Recht – eines angesprochen: Wenn es überhaupt Länder gibt, die darüber diskutieren müssten, ob man diese Regeln braucht, dann sind es teilweise die neuen Bundesländer im Norden, auch die nördlichen Länder. Wenn Sie die Deutschlandkarte anschauen, sehen Sie, dass Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen dunkelrot sind. Sie sind die hauptsächlich von Corona Betroffenen. Im Grunde genommen könnten die anderen Länder fragen: „Sind die Maßnahmen wirklich verhältnismäßig?“ Offenkundig haben sich aber alle 16 in allen Punkten zusammengeschlossen.

Da wir heute auch von der Kritik und den Anträgen der FDP/DVP gelesen haben, Kollege Rülke,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr gut!)

will ich schon sagen – es wurde nur Rheinland-Pfalz angesprochen, das gilt aber auch für Nordrhein-Westfalen –: Die FDP ist an drei Landesregierungen beteiligt. So, wie ich es sehe, sind alle drei dabei.

Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen. In dieser Lage führt das übliche Rollenverhalten – Regierung, Opposition – nicht weiter. Ich meine, es geht um eine gemeinsame Verantwortung aller politisch Handelnden. Das ist mir wichtig. Das sollten wir auch festhalten.

Deutschland ist mit seinem Vorgehen keineswegs allein. Auch unsere Nachbarn sehen sich unabhängig von Kultur und Couleur zu ganz ähnlichen Entscheidungen gezwungen. In Frankreich gibt es Ausgangssperren. Die freisinnigen Schweizer haben sich deutliche Kontaktbeschränkungen auferlegt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Die liberalen Niederländer sind in einen Teil-Lockdown gegangen, und in Polen, das Ihnen, der AfD, sonst auch immer als Vorbild dient,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Ungarn!)

herrscht eine ganz strenge Maskenpflicht. Übrigens ist dort auch die Gastronomie geschlossen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palka von der AfD zu?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ein bisschen viel! Sie könnten ihn ja mal in die Fraktion einladen!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich würde jetzt erst einmal zu Ende ausführen wollen.

Das alles zeigt: Es ist jetzt nicht die Stunde der Parteipolitik. Es ist auch nicht die Stunde der Rechthaberei, es ist nicht die Stunde der Vorwürfe oder Schuldzuweisungen. Vielmehr ist es gut und notwendig, wenn wir Argumente austauschen, das Für und Wider abwägen und wenn auch Kritik und Widerspruch den verdienten Raum bekommen.

Wir sind verantwortlich dafür, wie und mit welchen Worten wir diese Debatte führen. Es geht nicht darum, jemanden durch die Coronaregeln zu bestrafen oder zum Sündenbock zu machen. In dieser Kategorie wollen wir die Diskussion nicht führen.

Wir müssen uns immer wieder klarmachen und auch als Debattegrundlage in Erinnerung rufen: Corona ist nicht das Ergebnis von Politik. Es ist ein Naturereignis. Niemand hat diese Pandemie gewollt. Deshalb geht es auch nicht um die Frage, was der Staat in dieser Pandemie vom Einzelnen verlangt. Vielmehr geht es darum, wozu das Virus uns alle gemeinsam zwingt. Das ist ein wichtiger Unterschied, den wir alle beachten sollten.

Alle, die wir in dieser Zeit in Verantwortung stehen, wollen ja das Beste. Die Kanzlerin hat gestern gesagt: Die Pandemie ist eine gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale und auch psychische Bewährungsprobe, und viele Maßnahmen treffen uns im Kern unseres menschlichen Miteinanders. Ich finde, das trifft sehr zu.

Bundesminister Spahn, der hier in Stuttgart war – auch bei uns –, hat sehr früh gesagt – Zitat –:

Wir werden einander nach dieser Pandemie viel zu verzeihen haben.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Genau! Das war schlau!)

Diese Bereitschaft zur Nachsicht müssen wir uns erhalten. Denn wir brauchen sie, damit wir diese Prüfung achtbar und anständig bestehen.

Denn was wir nicht verlieren dürfen, sind das Vertrauen und die Akzeptanz der Menschen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns das erhalten. Das ist auch ein wichtiger Maßstab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Natürlich werden jetzt die Gerichte diese Bestimmungen überprüfen, natürlich werden sie auch zu kritischen Würdigungen kommen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz „geeignet, erforderlich, angemessen“, Herr Kollege Weinmann,

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP nickt.)

im engeren Sinn ist in den letzten Tagen vielfach zitiert worden.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Natürlich geht es um die gewaltenteilige Verfassung. Ich bin überzeugt: Auch die Gerichte werden ihre Überlegungen zur Verhältnismäßigkeit im Lichte der neuen Infektionszahlen

ständig anpassen müssen. Was eine Kammer noch vor drei Wochen verworfen hat, kann morgen schon richtig sein. Auch dort geht es um ein dynamisches Geschehen.

Auch Juristen – ob im Ministerium oder bei Gericht – arbeiten derzeit auf einem Drahtseil, ohne Netz und Sicherungsleine. Wenn eine Maßnahme vom Gericht mit knapper Abwägung gestoppt wird, ist dies somit keine Niederlage, auch kein Versagen und erst recht keine Klatsche, wie man oft liest. Vielmehr ist es Teil des gemeinsamen Ringens um das rechte Maß in einer Situation, die kein Lehrbuch und kein Kommentar bisher je vorgesehen haben.

Das zeigt: Der Rechtsstaat funktioniert; er macht seine Arbeit – auch in der Krise. Dafür sollten wir sogar dankbar sein.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP sowie auf der Regierungsbank)

Wichtig ist – der Dreh- und Angelpunkt aller Entscheidungen –: Schulen und Kindergärten bleiben offen. Schon allein deshalb ist die jetzige Situation nicht mit der im Frühjahr zu vergleichen. Im Bereich der Bildung haben die Kultusministerin und diese Landesregierung viel getan. Ich erwähne nur die 130 Millionen € für die Ausstattung der Schulen oder die Mitteilung von heute, dass auch die digitale Bildungsplattform vorankommt. Schon allein deshalb ist die Situation besser. Wir haben gesehen, wie sehr die Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen die Familien belastet hat, wie schwerwiegend auch die wirtschaftlichen Folgen waren. Deshalb sind wir uns einig: Erneute flächendeckende Schulschließungen wollen und müssen wir dringend verhindern. Das ist für uns Priorität Nummer 1.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Der Handel arbeitet ebenfalls weiter. Hier haben die Ministerpräsidenten den ursprünglichen Beschlussvorschlag sogar entschärft. In der Vorlage stand noch „25 m² pro Kunde“, daraus sind jetzt, glaube ich, 10 m² geworden.

Auch die Kirchenporten schließen nicht nochmals. Auch das ist für viele Menschen, gerade in dieser Zeit, wichtig, und es gibt Halt.

Die Industrie – wichtig für Baden-Württemberg – ist von den Beschränkungen nicht betroffen. Sie kann ihren Erholungskurs hoffentlich fortsetzen, und der Bund wird die Umsatzverluste der jetzt noch einmal von Schließungen betroffenen Unternehmen, wie wir gehört haben, zu drei Vierteln ausgleichen. Das ist ein beispielloser Akt der Solidarität und auch des Lastenausgleichs.

Ich halte es für fair und richtig: Die Gemeinschaft profitiert davon, dass bestimmte Branchen ihren Betrieb jetzt unterbrechen. Daher muss die Gemeinschaft dann auch gemeinsam dafür einstehen. Aber ich finde, 75 % Ausfallersatz sind ein sehr gutes Angebot. Wahrscheinlich hätten die meisten Unternehmen unter den derzeitigen Bedingungen im Monat November gar keine höheren Umsätze erzielen können.

Es wird sehr darauf ankommen, dass das Geld jetzt schnell und unbürokratisch ankommt. Wir brauchen einfache Anträ-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

ge, direkte Bewilligungen. Und natürlich müssen auch Betriebe Ausgleichszahlungen bekommen können, die schon aus anderen Programmen Hilfen bekommen haben.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch nach Corona Kulturland und Genießerland bleibt. Deshalb hat das Land hier auch in der Vergangenheit schon stärker als der Bund geholfen. Ich will es wiederholen: Wir haben, anders als der Bund, den Selbstständigen einen fiktiven Unternehmerlohn gezahlt, wir haben ein eigenes Notprogramm für Kunst und Kultur aufgelegt, und wir haben mit einem maßgeschneiderten Sonderprogramm das Hotel- und Gaststättengewerbe zusätzlich unterstützt. Das zeigt: Baden-Württemberg stellt sich der Verantwortung für besonders betroffene Branchen. – Wir stehen in Solidarität an Ihrer Seite; darauf ist weiter Verlass. Wir helfen euch!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die FAZ hat gestern kommentiert:

Die wirkliche Corona-Krise beginnt erst jetzt

Es geht damit um die Durchhaltungsmoral, es geht um Solidarität.

In den „Stuttgarter Nachrichten“ hat Herr Molitor heute kommentiert:

Es darf jetzt aus der Infektionskrise keine Vertrauenskrise werden.

Ich finde, das ist eine gute Conclusio. Es geht vielleicht auch darum, dem allzu menschlichen Drang zu trotzen, die Dinge einfach laufen zu lassen – und sich dem Coronafatalismus zu ergeben. Motivationspsychologisch stehen wir an einem ganz kritischen Punkt. Wir sollen Opfer bringen, ohne dass der Lohn dafür schon greifbar ist. Wir sind wie ein Radfahrer auf einem langen Anstieg bei Gegenwind:

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Man müht sich, die Kräfte lassen nach, das Ziel scheint immer ferner. In solchen Situationen geben manche auf. Aber jetzt kommt es darauf an, dass wir weitermachen, dass jeder seinen Teil beiträgt, dass wir uns gemeinsam durchkämpfen.

Die Bundeskanzlerin hat gesagt:

Der Winter wird schwer ..., aber er wird enden.

(Abg. Emil Sänze AfD: Auch Ihre Legislaturperiode!)

Mir fällt ein Gedicht ein, das lautet:

*Und dräut der Winter noch so sehr
mit trotzigem Gebärden,
und streut er Eis und Schnee umher,
es muss doch Frühling werden.*

Wir alle dürfen hoffen: Es kommen auch wieder bessere Tage. Für diese Hoffnung müssen wir jetzt die Zähne zusammenbeißen und weiter durchhalten und zusammenhalten. Dann werden wir auch diese Krise bewältigen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, Sie haben das Wort für die SPD.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungsinformation gut zugehört haben,

(Zuruf von der CDU: Das haben wir!)

dann ist klar, dass wir in unserem Land vor einer Ausnahme-situation stehen, die unser Land, unsere Gesellschaft herausfordert und die ohne Zweifel entschlossenes und umsichtiges politisches Handeln notwendig macht. Genau aus diesem Grund ist hier und heute auch der richtige Tag und der richtige Ort, um über diese Herausforderung zu debattieren und auch zu streiten.

Ich möchte ausdrücklich das Wort der Bundeskanzlerin vom gestrigen Tag aufgreifen: Wo denn, wenn nicht in unseren Parlamenten müssen wir die Argumente austauschen, um den Menschen zu zeigen, dass hier um den richtigen Weg in dieser Krise gerungen wird, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

Deswegen geht es bei den am Mittwoch von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen darum, dass wir nicht weniger Parlament und weniger parlamentarische Mitwirkung, sondern mehr parlamentarische Mitwirkung brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ging hier in dieser Debatte auch schon um die Frage, ob die Parlamente in der Vergangenheit, in den letzten Monaten angemessen beteiligt wurden. Ich erkenne hier eine Lernkurve. Das ist positiv; denn wir haben zu Beginn der Krise diese Situation eben nicht gehabt. Herr Kollege Schwarz, mich freut es, dass wir hier im Parlament eine Regelung gefunden haben, wie die Parlamente eingebunden werden. Aber es muss auch ganz deutlich gesagt werden: Es waren die Oppositionsfraktionen, die den Anstoß für diese Parlamentsbeteiligung gegeben haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt nicht! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Na ja, na ja, na ja! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die einen sehen es so, die anderen so! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das steht sogar in der FAZ! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Falsche Lorbeeren! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich möchte noch darüber hinausgehen. Bei der Frage, wie wir mit dieser Pandemie, wie wir mit dieser Coronakrise umgehen, müssen wir durchaus auch sehr grundsätzlich Fragen in Richtung der Bundesebene stellen. Denn wenn wir uns die Systematik des Infektionsschutzgesetzes einmal genauer anschauen, sehen wir, dass dieses Infektionsschutzgesetz nicht für eine über einen längeren Zeitraum andauernde nationale Krise konstruiert worden ist.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau das habe ich gesagt, und da haben Sie getobt! Das ist ja lächerlich!)

(Andreas Stoch)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verweissungssystematik – vorhin wurde § 32 des Infektionsschutzgesetzes angesprochen – nimmt natürlich auf, dass in einem Infektionsfall schnell und effektiv gehandelt werden muss. Aus meiner Sicht verstößt diese Regelung im Infektionsschutzgesetz aber gegen die verfassungsmäßige Ordnung – nämlich dort, wo nicht die Frage gestellt wird, wie stark und über welchen Zeitraum in Grundrechte eingegriffen wird.

Deswegen möchte ich all diejenigen bestärken, die sagen: Wir brauchen an dieser Stelle eine Umsetzung der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts. Hier muss ein Parlamentsvorbehalt gelten, der die wirklich einschneidenden Maßnahmen auch trägt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Mit genau diesem Gedanken haben wir, die SPD, am vergangenen Mittwoch diese Sondersitzung des Landtags von Baden-Württemberg gefordert, weil wir gesagt haben: Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir über diese Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz hier im Parlament sprechen?

Ich war sehr froh, Herr Ministerpräsident, als ich dann wahrnehmen konnte, dass es auch Ihr Interesse ist, vor das Parlament zu treten. Ich hätte es als nicht ausreichend empfunden, wenn nur die zunächst angedachte Präsidiumssitzung durchgeführt worden wäre.

Aus meiner Sicht muss jede und jeder Abgeordnete hier im Haus in der Lage sein, über dieses wichtige, zentrale Thema zu diskutieren und die Entscheidungen, die hier getroffen worden sind, auch draußen gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu vertreten. Das gehört für mich zum Kernprinzip der Demokratie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen möchte ich allen danken, die es unterstützt haben, dass wir heute über dieses Thema diskutieren können. Wir müssen heute und auch in den nächsten Tagen und Wochen darüber diskutieren, was der richtige Weg aus dieser Krise ist.

Die Herausforderung wurde, glaube ich, beschrieben: Es hilft uns allen nichts, wenn wir die Gefahren kleinreden, die Gefahren negieren wollen. Es geht in dieser Debatte, aus meiner Sicht jedenfalls, beim Großteil dieses Hauses und auch in unserer Gesellschaft also überhaupt nicht um die Frage, ob wir etwas gegen dieses Infektionsgeschehen tun müssen, sondern es geht im Kern um die Frage, wie wir das tun müssen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir in dieser Debatte und auch in der von Herrn Kollegen Schwarz für nächsten Mittwoch angekündigten Debatte genau diese Frage stellen. Wir müssen uns, weil die Politik wieder einschneidende Maßnahmen ergreift, darüber unterhalten, müssen hier diskutieren und auch streiten, welche dieser Maßnahmen die richtigen sind, denn diese Maßnahmen greifen sehr tief in das Leben, in die persönliche Freiheit der Menschen in unserer Gesellschaft ein.

Deswegen kann die Debatte – und soll es auch – ein Zeichen in unsere Gesellschaft hinein sein, ein Zeichen dafür, dass demokratische Prozesse auch in der Krise funktionieren.

Ich glaube, dass ein ganz wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Akzeptanz – Kollege Reinhart hat gerade von der Bedeutung und Wichtigkeit der Akzeptanz gesprochen – damit zu tun hat, dass wir diesen Diskurs in der Gesellschaft und gerade auch in diesem Parlament führen, und zwar bevor Entscheidungen getroffen werden und bevor Verordnungen erlassen werden. Wir müssen hier im Landtag die entscheidenden Diskussionen führen. Wer denn sonst, meine lieben Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir können es uns auch nicht einfach machen, denn die Maßnahmen, die vorhin vom Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen worden sind, werden – nach all den Einbußen dieses Jahres – auch wieder Menschen – Unternehmerinnen und Unternehmer, Soloselbstständige, Künstlerinnen und Künstler – in ihrer Existenz bedrohen, weil man ihnen ihre Erwerbsmöglichkeiten verbietet.

In einer Demokratie muss es aus meiner Sicht möglich sein, über solche Maßnahmen zu diskutieren, sich darüber zu beraten und auszutauschen. Auch dafür gibt es keinen Ersatz. Demokratie lässt sich nicht durch Pandemie ersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns zurückerinnern: Corona hat uns im Frühjahr kalt erwischt. Niemand auf der Welt kannte die Ausmaße, die Auswirkungen. Wir alle haben erschrocken, schnell und durchgreifend reagiert. Wir haben in vielen Bereichen politische Entscheidungen zu treffen gehabt, die mit sehr vielen Fragezeichen verbunden waren. Aber wir können konstatieren: Wir haben in Deutschland sowohl auf der Ebene der Bundesregierung als auch auf der Ebene der Landesregierungen nicht alles falsch, sondern auch vieles richtig gemacht. Sonst wären wir heute nicht an dieser Stelle, an der wir in Deutschland sind, was das Infektionsgeschehen angeht und was die wirtschaftlichen Auswirkungen angeht. Aber wir dürfen uns auf diesen Erfolgen keineswegs ausruhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir alle erinnern uns: Im Frühjahr schloss man schnell die Schulen und Kitas und brachte damit Zigtausende Familien in große Nöte. Wer das damals kritisierte, war ein Nörgler von der Opposition. Ich glaube, jetzt wissen es alle besser; das habe ich heute in dieser Debatte auch wahrgenommen.

Im Frühjahr hieß es auch noch, gerade die SPD in der Bundesregierung werfe Geld aus dem Fenster, der Bund übernehme sich mit den Hilfen. Jetzt wissen wir es besser angesichts der Konjunkturzahlen, beim Blick auf den Arbeitsmarkt und beim Blick auf die Nachbarländer.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Grundlage für all das, was wir tun, ein handlungsfähiger, vor allem finanziell handlungsfähiger Staat und ein Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der hier nicht verzagt, sondern diese Maßnahmen mit Mut in Angriff nimmt.

(Beifall bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Zur Wahrheit gehört auch: Im Bund gehört auch die CDU in der Regierung dazu; dazu gehört hier im Land auch – Kollege Schwarz hat es vorhin angesprochen –, dass diese Entscheidungen auch von der Landesregierung hier in Baden-Württemberg – in seinem Fall von der grünen Fraktion – begrüßt werden.

Seit dem Frühjahr haben wir auch gelernt, dass der Kampf gegen die Pandemie kompliziert ist, dass wir ihn vor allem nicht durch eine unnötige Vielzahl unterschiedlicher Regelungen noch komplizierter machen dürfen. Wir haben auch in Baden-Württemberg gelernt, dass wir tatsächliche oder gefühlte Mängel im Umgang mit der föderalen Ordnung nicht unbedingt mitten in der Pandemie ausdiskutieren sollten. Ich bin sehr froh, dass auch jetzt, heute, hier von den meisten Rednern sehr deutlich gemacht wurde: Wir brauchen, um diese Pandemie auch wirklich bekämpfen zu können und um Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu haben, mehr Einheitlichkeit in den Regelungen.

Deswegen war das, was am Mittwoch entschieden wurde, jenseits der Inhalte ein sehr, sehr wichtiges Signal, das auch die Solidarität mancher Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aufnahm, dass wir diese Kraftanstrengung in Deutschland gemeinsam bewältigen müssen und dass wir nicht in Kleinstaaterei zurückfallen dürfen. Diese Aufgabe ist eine, die weit über nationale Grenzen hinausgeht. Deswegen dürfen wir keinen künstlichen Regelungswirrwarr in Deutschland produzieren. Wir brauchen mehr Einheitlichkeit für den Erfolg der Pandemiebekämpfung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Und – das gehört auch zur Wahrheit – genauso wie die Medizin hat auch die Politik in den letzten Monaten dazugelernt. Aber wir sind längst noch nicht fertig und müssen noch viel mehr lernen. Deswegen sind wir in diesem Parlament, im Landtag von Baden-Württemberg gefragt. Wir müssen hier beraten, wie wir die notwendigen Schritte gegen die Pandemie sinnvoll und wirksam umsetzen. Kein seriöses Mitglied dieses Hauses wird bestreiten, dass die Politik handeln muss, dass Schritte nötig sind, um die Pandemie deutlich und nachhaltig zu bremsen. Wer diese Lage bestreitet, der hat den Boden faktenbasierter Entscheidungen verlassen, der betreibt nicht Politik, sondern Fantasy, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Wir wissen, dass wir das Infektionsgeschehen bremsen müssen. Die entscheidende Frage ist das Wie. Wie wir es bremsen, dürfen und müssen wir diskutieren.

Ich möchte das Bild vom Kollegen Reinhart aufgreifen. Denn jetzt komme ich zur Frage, ob und in welchem Umfang ein Lockdown die richtige Maßnahme ist. Kollege Reinhart hat vorhin das Bild eines Radfahrers, der sich dem Gipfel nähert und das Gefühl hat, der Gipfel kommt ihm nicht näher, beschrieben.

Ich nehme mal das Bild eines Radlers, der schon auf dem Gipfel ist. Wenn ich einen Berg hinunterradle und mein Fahrradbremse, dann betätige ich aus eigenem Interesse meine Bremsgriffe. Wenn dies nicht gut genug funktioniert, muss ich meine Bremsen einstellen. Es ist keine Alternative, drei Mal bis

zum Ende des Berges gegen einen Baum zu fahren. Wir laufen aber im Moment Gefahr, genau das zu tun. Wir fahren gegen einen Baum, wir stürzen, wir tragen Schäden davon, wir setzen uns aber wieder aufs Rad, wir werden wieder schneller und schneller und wieder zu schnell und fahren wieder gegen einen Baum.

So kann das nicht gehen. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns fragen – Frau Kollegin Wölfle hat es vorhin mit ihrer Zwischenfrage getan –: Ist es die richtige Strategie, immer erst auf den Metern, wenn mir quasi die Fahrt zu schnell wird oder ich gar schon am Baum hänge, die entsprechenden Maßnahmen zu beschließen? Oder brauchen wir nicht – wenn wir auf das schauen, was wir aus den letzten Monaten gelernt haben – eine Strategie, die genau dies verhindert, die also verhindert, dass wir wieder gegen einen Baum fahren?

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es notwendig, unsere Maßnahmen beständig und nachhaltig zu gestalten. Jedem sollte klar sein: Corona ist kein Unwetter, das über uns hinwegfegt und morgen vorbei ist. Seit dem Frühjahr hören wir, dass wir lernen müssen, über einen längeren Zeitraum hinweg unter den Bedingungen der Pandemie zu leben. Wir müssen dringend begreifen, dass wir auf eine weltweite Pandemie nicht mit ordnungspolitischen Schnellschüssen reagieren können, wie sie unsere Verfassung für einen Seuchenfall auf einem Aussiedlerhof vorgesehen hat. Wir können dieses Land nicht einzäunen und können es nicht mit Polizisten umstellen, und wir dürfen das auch nicht.

Deswegen müssen alle Maßnahmen, die die Politik beschließt, nachvollziehbar und wohlbegründet sein. Sonst treffen diese Maßnahmen nicht auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, und sie treffen auch nicht auf Akzeptanz im Rahmen unseres Rechtsstaats. Denn wenn diese Maßnahmen, die wir beschließen, keinen Bestand vor Gericht haben, dann sind die Auswirkungen verheerend ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: ... – nein –, verheerend für die Glaubwürdigkeit der Politik, verheerend aber vor allem für den Kampf gegen die Pandemie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das müssen wir einsehen. Aber was bedeutet das? Niemand, der in diesem Land Regierungsverantwortung trägt, hat es sich mit diesem Virus leicht gemacht. Das Problem ist aber, dass wir es uns eigentlich noch viel schwerer machen müssten. Im Zentrum all unserer Bemühungen muss doch stehen, dem Infektionsgeschehen die Dynamik zu nehmen und Kontakte zu anderen Menschen, wo immer möglich, zu vermeiden. Das ist auch der Kern der Beschlüsse, die am Mittwoch gefasst wurden. Das ist das, was wir auch deutlich in die Öffentlichkeit hinein kommunizieren müssen.

Ich greife auf, was Herr Kollege Dr. Reinhart gegen Ende seiner Rede gesagt hat: die psychologische Ausgangssituation. Wir hatten im März eine Situation, in der viele Menschen verängstigt reagiert haben – aus nachvollziehbaren Gründen. Die Bilder, die aus dem Ausland zu uns kamen, haben gezeigt, wie

(Andreas Stoch)

schnell es dahin kommen kann, dass Menschen, die in Not sind, keine ordentliche gesundheitliche Versorgung bekommen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten nun ein bisschen das Gefühl gehabt, dass dieser Schrecken verloren gegangen ist und dass manche die Gefahr dieses Virus zunehmend auch nicht mehr sehen wollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht nun genau darum, die Gefahr durch dieses Virus zwar nicht zu dramatisieren, sie aber zu beschreiben, und es geht darum, deutlich zu machen, was die Folgen einer exponentiellen Entwicklung der Erkranktenzahlen für unser Gesundheitssystem sind. Darum – ich sagte gerade, wir müssen es uns schwerer machen – müssen wir die Maßnahmen auf ihre Eignung und Angemessenheit hin analysieren und müssen Maßnahmen entwickeln, die wir brauchen, um dieses Ziel zu erreichen. Treffen wir wirklich die problematischen Ereignisse, oder steckt in den Maßnahmen nicht manchmal vielmehr nur der Wille, ein politisches Signal zu setzen, um jedem die Ernsthaftigkeit vor Augen zu führen?

In dem Maß, wie teilweise Symbolpolitik betrieben wird, steigt aber auch die Gefahr, dass die Regeln in ihrer Sinnhaftigkeit angezweifelt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Wir müssen aus meiner Sicht noch viel genauer hinschauen, wenn wir Regeln für die Gastronomie beschließen. Ist es fair, das Speiserestaurant so zu behandeln wie die Szenekneipe? Ist es fair, den Landgasthof für das Infektionsgeschehen in der Großstadtbar zu bestrafen? Ich sage es Ihnen in aller Offenheit: Meine Fraktion hat mit einzelnen der zwischen den Ministerpräsidenten beschlossenen Regelungen ganz erhebliche Probleme – Probleme sowohl bezüglich der politischen Begründung als auch bezüglich des Vertrauens auf die rechtliche Haltbarkeit. Wir müssen es uns schwerer machen, und zwar auch insofern, als es darum geht, dass zwischen der Einschränkung und dem Lockdown noch eine weitere Stufe existiert: die Stufe, auf der die Einschränkung kontrolliert und deren Befolgung auch durchgesetzt wird.

Jetzt gestatten Sie mir bitte einen Blick auf die Landesregierung und ihr Handeln in den vergangenen Wochen. Im September wurde eine sogenannte Ampelregelung vorgestellt, die bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Infektionen an bestimmte Eingriffsschwellen band. Nur hat aus meiner Sicht leider kaum ein Mensch in diesem Land mitbekommen, was ab welcher Schwelle gelten soll. Das gelbe Ampellicht war für niemanden wirklich erkennbar. Sogar das Überschreiten der Warnstufe Rot hat weite Teile der Bevölkerung nicht erreicht – es hat jedenfalls nicht zu Verhaltensänderungen geführt.

Genau hier sehe ich eine grundsätzliche Gefahr: Die Landesregierung simuliert mit ihrem Konzept einer Ampel politische Handlungsfähigkeit dort, wo nach meinem Eindruck keine vorhanden war. Deswegen sehe ich in den Beschlüssen der Ministerpräsidenten nun grundsätzlich einen Fortschritt; denn es wird nun nicht mehr landesspezifisch agiert, sondern es wird endlich versucht, mit mehr Einheitlichkeit das Geschehen in den Griff zu bekommen. Gestehen wir es uns ein: Nur gemeinsam, nur dann, wenn wir in Deutschland gute Regelungen haben, die die Menschen auch verstehen, werden wir

diese Pandemie in den Griff bekommen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Deswegen müssen wir immer fragen: Ist die Symbolik, die in den politisch beschlossenen Maßnahmen enthalten ist, ausreichend dafür, die konkreten Beschränkungsmaßnahmen auch zu begründen, und zwar so zu begründen, dass sie vor Gericht standhalten?

An dieser Stelle kommen wir wieder zur Frage der Akzeptanz der Maßnahmen. In den Medien haben einige wenige Wirkköpfe in den vergangenen Monaten eine gehörige Aufmerksamkeit genossen, und man hat viel darüber nachgedacht, woher die große Unzufriedenheit kommen könnte. Ich fürchte, dass eine viel größere Unzufriedenheit entstehen könnte, und zwar bei viel mehr Menschen in diesem Land, und dies aus Gründen, die sich nicht so einfach abtun lassen. Es geht mir um diejenigen Unternehmen und Einrichtungen, die sich in den letzten Wochen und Monaten streng an Auflagen hielten, die sich mit Gästen wegen des korrekten Ausfüllens von Meldebögen gestritten haben, die Schulden machten für Plexiglas-scheiben, Vorzelte und Heizpilze, denen aber nun der Laden geschlossen wird, weil schwarze Schafe in ihrer Branche – verzeihen Sie mir den Ausdruck – sich einen Dreck um die Gesundheit ihrer Gäste gekümmert haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich fürchte die Unzufriedenheit von Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen, deren Existenz auf der Kippe steht, deren Besucher noch nie auch nur in Verdacht standen, nennenswert zum Infektionsgeschehen beizutragen, und die nun alle geschlossen werden, weil man nicht zwischen einer Oper und einer Ü-30-Party unterscheiden will. Ich fürchte, dass wir in diesem Land schon wieder an einen Baum fahren, dass wir wieder hinfallen und bluten.

Kommen wir zum wichtigen Thema Bildung. Es ist völlig richtig, dass wir – gerade in der Verantwortung gegenüber den Kindern – es uns nicht leisten können, unsere Bildungseinrichtungen nochmals über Wochen oder gar Monate zu schließen. Das haben wir in diesem Jahr gelernt. Allen, die Kinder haben oder sehen, welche Auswirkungen das auf Kinder hat, gerade auf Kinder aus den Schichten, die nicht über sehr viel Geld verfügen, ist klar, in welcher Verantwortung wir stehen.

Wir sind bei den Schulen einige Schritte weitergekommen, aber doch nicht wegen der Politik der Landesregierung. Es ist Zehntausenden engagierten Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern an Kitas zu verdanken, dass der Betrieb dort läuft.

Ja, es ist richtig, dem Präsenzunterricht Vorrang vor der Schließung von Bildungseinrichtungen zu geben. Aber alles, was man aus dem Kultusministerium zu Szenarien hört, ist, dass man dann halt im Winter bei geöffneten Fenstern unterrichten solle und offensichtlich gegen Erfrierungen im Gesicht eine Maske aufsetzen solle.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Andreas Stoch)

Wenn es um den Einsatz von Luftfiltern geht, ist Frau Eisenmann nicht einmal bereit, deren Wirksamkeit und Einsatz zu prüfen oder zumindest ab Klassenstufe 8 andere Unterrichtsformen wie z. B. ein rollierendes System, wie es unisono auch viele Schulpraktiker und Lehrerverbände fordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bildungsbereich ist für mich ein beispielhafter Bereich, wo wir zwar den hohen Anspruch formulieren, dass wir diese Einrichtungen offen halten wollen. Aber sind wir in der Lage, dieses hehre Versprechen auch zu erfüllen, wenn sich die Infektionszahlen nicht verringern, wenn dieses Infektionsgeschehen eventuell auch stärker in unsere Bildungseinrichtungen hineinschwappt, weil z. B. Lehrerinnen und Lehrer infiziert sind oder in Quarantäne müssen oder auch ältere Schülerinnen und Schüler betroffen sind? Wo sind denn die Antworten der Landesregierung? Es droht, dass wir vielleicht irgendwann wieder gegen den Baum fahren, weil wir zu lange gewartet haben, um Konzepte zu entwickeln.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haser zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Kollege Haser, gern.

Abg. Raimund Haser CDU: Herr Stoch, vielen Dank. – Ich habe eine kleine Nachfrage zu dem Thema Lüften. Ich möchte fragen, ob Sie erstens den Unterschied zwischen Stoßlüften und Unterricht bei offenem Fenster erläutern können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, das kann er! – Heiterkeit)

Zweitens: Vorhin haben Sie gesagt, dass Sie es für richtig erachteten, dass die Schulen offen bleiben und der Unterricht stattfindet. Ich möchte Sie fragen, für wie viele Tage Sie das für richtig halten und wann die SPD damit beginnen wird, wie die GEW auch, irgendwann zu sagen, dass das unverantwortbar sei, oder ob wir uns wirklich darauf verlassen können, dass Sie, wie Sie gerade gesagt haben, es für richtig erachten, die Schulen so, wie dies jetzt der Fall ist, offen zu lassen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und den Grünen)

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Kollege Haser, fangen wir einmal mit dem technischen Vorgang des Stoßlüftens an. Nach den Vorgaben, die vom Kultusministerium kamen, muss das Stoßlüften alle 20 Minuten in Form eines Querlüftens durchgeführt werden, das etwa fünf Minuten andauern soll, um einen Luftaustausch zu gewährleisten. Ich sage Ihnen hierzu, dass sich z. B. an der Schule meiner Tochter ein Lehrer weigert, Unterricht zu halten, wenn nicht alle Fenster geöffnet sind.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das liegt aber nicht am Ministerium!)

– Es mag sein, dass es nicht an Ihnen liegt, Herr Haser. Es geht nur darum, dass viele Lehrkräfte schon bei Außentemperaturen von vielleicht 8 Grad Celsius sagen: „Es wird in den Klassenzimmern nicht mehr warm.“ Auch ist es ein Fakt, dass immer mehr Kinder mit Erkältungskrankheiten zu Hause bleiben, weil sie in den Klassenzimmern in der Nähe der geöffneten Fenster sitzen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Deswegen, Herr Kollege Haser: Man sollte es sich nicht so leicht machen. Wir brauchen für die Schulen Lösungen, die über das Lüften und Tragen von Masken hinausgehen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Wenn Sie mir zugehört haben, wissen Sie auch: Ich bin dafür, dass wir Präsenzunterricht haben, solange wir das verantworten können. Ich habe aber auch gesagt: Ich kann mir auch Szenarien vorstellen, in denen das nicht möglich ist, weil das Infektionsgeschehen eine derartige Dramatik annimmt, dass z. B. Lehrkräfte in einem größeren Umfang ausfallen. Wie wollen Sie dann Unterricht machen? Vielleicht mit 60 Kindern in einer Klasse?

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie haben schon jetzt zu wenig Lehrer!)

Ich habe gesagt: Wenn vermehrt ältere Schülerinnen und Schüler von Infektionen betroffen sind, dann brauchen Sie Lösungen. Vielleicht müssen Sie – wie es manche Lehrerverbände tun oder von Schulpraktikern getan wird – dann auch über Lösungen wie ein rollierendes System nachdenken, das vielleicht die zweitbeste oder gar die fünftbeste Lösung ist. Damit wurden gute Erfahrungen gemacht, weil so der Abstand in den Klassenzimmern eingehalten werden kann. Womöglich kann die Maske, die nach sieben oder acht Stunden lästig wird, abgesetzt werden.

Wir müssen über Alternativen zum jetzigen Unterricht nachdenken, und zwar nicht erst dann, wenn eine entsprechende Situation eintritt. Das ist meine Rede. Wir dürfen nicht erst damit anfangen, wenn wir gegen den Baum fahren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Überall dort, wo wir seit dem Frühjahr nicht das allermeiste Lehrgeld gezahlt haben, gehen wieder schnelle Lösungen an den Start. Auch in den Hochschulen fallen wir wieder auf die Lösung Lockdown zurück. Für den Amateursport gilt das Gleiche. Auch hier müssen wir Fragen zulassen, z. B.: Warum sollen Sportarten im Freien und Sportarten, bei denen kein Körperkontakt stattfindet, verboten werden?

In der Schule sitzen die Kinder und Jugendlichen eng beieinander. Gemeinsames Training ist allerdings verboten. Frau Kultusministerin Eisenmann hat wohl heute erklärt, dass Schulsport natürlich möglich sei; sie gehe jedenfalls davon aus. Wenn ein Mitglied der Landesregierung erklärt, es gehe davon aus, dann habe ich ein erhebliches Problem zu glauben, dass die Landesregierung weiß, was sie aus den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz überhaupt zu machen hat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann komme ich auf ein anderes Mitglied der Landesregierung zu sprechen. Er steht leider gerade vor der Tür oder wo auch immer. In bestimmten Kreisen kursieren schon wieder bizarre Stammtischideen aus dem Frühjahr: „Das Virus ist ein Ausländer, also schließen wir die Grenzen.“ An einem dieser Stammtische scheint auch der Innenminister dieses Landes,

(Andreas Stoch)

Herr Strobl, regelmäßig zu Gast zu sein. Aus Profilierungssucht hat er am Anfang dieser Woche als Maßnahme Grenzschließungen ins Spiel gebracht und damit vor allem die Menschen in der badischen Grenzregion verunsichert. Das ist völliger Unsinn und aus meiner Sicht unverantwortlich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Deswegen sind wir wieder bei dem Punkt, wo das Problem liegt, nämlich bei der Kakophonie, der Uneinheitlichkeit der Landesregierung, was die Umsetzung der Maßnahmen angeht. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir heute über diese Maßnahmen diskutieren. Letztlich brauchen wir einen Verordnungsvorschlag, auf dessen Basis wir entscheiden können.

Herr Kollege Schwarz, wir nehmen Ihr Angebot dankend und gern an, dass wir auf der Basis der Verordnung diskutieren werden.

Wir wissen heute noch nicht konkret, was in der Verordnung steht. Wir erhalten heute viele Fragen: Was passiert eigentlich im Konkreten? Nächsten Mittwoch müssen wir im Landtag darüber sprechen.

Ich nenne Ihnen einmal Fragen, die mir ein Schulleiter zum Thema Bildung zugeschickt hat; die sind nicht ganz unmaßgeblich:

Ist Schulsport trotzdem möglich, und warum soll es damit anders sein als im Verein?

Das ist eine gute Frage.

Es ist noch nicht geklärt, ob Elterngespräche stattfinden dürfen. Können Elternbeiratssitzungen mit oft über 50 Teilnehmern unter Hygienestandards stattfinden, obwohl dringend von solchen Kontakten abgeraten wird? Dürfen Lehrkräfte der Kooperation die Kindertagesstätten weiterhin besuchen? Was ist mit den Praktika, die am Montag vor 14 Tagen zuerst abgesagt, dann zwei Tage später wieder genehmigt wurden, obwohl den Betrieben jetzt dringend Homeoffice angeraten wird? Dürfen außerschulische Organisationen weiterhin die Schulräume nutzen? Auch das wurde vor zwei Wochen zugesagt, zwei Tage später wurde es wieder abgesagt und zwei Tage später wieder zugelassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in diesem Land, die von diesen Regelungen betroffen sind, haben Fragen, die weit über die Punkte, die der Ministerpräsident heute vorgelesen hat, hinausgehen. Es ist Ihre Verantwortung als Landesregierung, diese Fragen zu beantworten, und zwar nicht erst am Sonntagabend, wenn die Regelungen am Montagfrüh gelten sollen, sondern so schnell wie möglich. Das gehört aus Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes dazu.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Noch einmal, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Wir müssen bremsen, wir müssen diese Infektionswelle brechen. Wir müssen etwas tun. Es darf in diesen Zeiten keinen Normalzustand geben. Das müssen alle in diesem Land begreifen – alle Menschen, nicht nur die Politik.

Das bedeutet eben auch Verantwortung und Rücksichtnahme statt dümmlichem Egoismus. Das bedeutet, dass es wenig Sinn macht, sich mit Maske und Abstand in einem Restaurant zu treffen und sich nach dem Essen auf dem Parkplatz ohne Maske mit Küsschen und Umarmung zu verabschieden. Das muss man den Leuten auch klarmachen. Die Vorsicht gegenüber dem Virus ist keine Arbeitsschutzmaßnahme, die man nach Feierabend und in der Freizeit getrost vergessen kann.

Ich sage das gerade vor dem kommenden Wochenende. Das Wetter soll da nämlich gut werden. Wer meint, er müsse vor dem Lockdown am Montag jetzt noch Abschiedspartys feiern und noch einmal auf die Piste gehen, hat leider überhaupt nichts verstanden. Lassen Sie das sein! Wir brauchen jetzt sofort eine Verhaltensänderung bei vielen Menschen. Wir dürfen dieses Wochenende nicht auch noch zuwarten. Bitte halten Sie sich an die Abstands- und Kontaktbeschränkungen, meine sehr geehrten Damen und Herren in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Es darf auch nicht sein, dass sich Anordnungen gegen die Pandemie nur in Appellen erschöpfen, und wenn die Wirkung ausbleibt, werden die Anordnungen und Appelle noch schärfer formuliert. Man wird manche Regeln eben auch durchsetzen müssen. Das gehört zur Frage der Akzeptanz elementar dazu.

Wenn Menschen diese Regelungen befolgen sollen, müssen sie auch das Gefühl haben, dass der Ehrliche nicht der Dumme ist. Das heißt, diejenigen, die sich nicht um diese Regelungen kümmern, müssen auch zur Verantwortung gezogen werden. Denn sie sind nicht nur für sich selbst, sondern auch für das Gemeinwohl verantwortlich. Und manchen muss man das wohl deutlicher ins Stammbuch schreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Klar ist auch, dass unser Freizeitvergnügen in diesen Zeiten der Not nicht die oberste Priorität haben kann, erst recht nicht, wenn dieses Freizeitvergnügen uns daran hindert, die Pandemie zu bremsen. All das müssen sich auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sagen lassen. Aber all die Menschen, die durch Corona nicht nur in ihrer Gesundheit, sondern eben auch in ihrer Existenz bedroht sind, haben ein Recht darauf, dass die Politik ganz genau überlegt, welche Schritte sie wo unternimmt

(Abg. Tobias Wald CDU unterhält sich mit Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU. – Glocke der Präsidentin)

– Kollege Wald hat etwas zu tun –, dass sie so genau wie möglich nachweisen kann, dass jeder dieser Schritte berechtigt ist

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– hör zu, dann kannst du etwas lernen – und tatsächlich zu einem Nachlassen des Infektionsgeschehens beiträgt. Deswegen machen meine Fraktion und ich uns Sorgen um diejenigen Betriebe, die durch die nun beschlossenen Maßnahmen in noch größere Not gebracht werden. Was ist denn die Perspektive für die Veranstaltungsbranche,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Andreas Stoch)

für Künstlerinnen und Künstler oder für die Schausteller in unserem Land? Und was gibt uns, gibt Ihnen und vor allem den Betroffenen die Sicherheit, dass die Maßnahmen Ende November wieder aufgehoben werden können? Deshalb bin ich Bundesfinanzminister Olaf Scholz und der Bundesregierung sehr dankbar, dass sie den nun betroffenen Branchen einen Ersatz ihrer Umsätze zugesagt haben. Aber wir brauchen Antworten, die über den November hinausgehen.

(Abg. Udo Stein AfD: Bei den Umsätzen! Da fängt es doch schon an!)

Hier ist auch und gerade die Landesregierung gefordert. Welche zusätzlichen Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Unternehmen und Beschäftigten sind neben den Maßnahmen des Bundes notwendig, und wie gehen wir in die nächsten Monate? Sich nur auf den Zahlungen des Bundes auszuruhen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist zu wenig. Und die Menschen haben ein Recht darauf, dass alle Schritte und Maßnahmen bestens begründet sind und einer medizinischen wie juristischen Überprüfung standhalten. Sie haben ein Recht darauf, dass wir die Pandemie so gut wie möglich bremsen, ohne dieses Land und ganze Branchen an die Wand zu fahren. Ich möchte nicht noch einmal Entscheidungen wie zum Beherrbergungsverbot oder zur Begrenzung auf 800 m² Verkaufsfläche.

(Abg. Anton Baron AfD: Sperrstunde auch!)

Die Gefahr besteht ganz konkret darin, dass durch Pauschalierungen bei den Verboten ohne einen konkreten Nachweis der Gefährlichkeit der jeweiligen Tätigkeit diese Einzelmaßnahmen vor den Verwaltungsgerichten und eventuell auch vor den Verfassungsgerichten nicht Bestand haben können.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass wir die Maßnahmen zielgenau auf das definieren, was unter Infektionsgesichtspunkten die gefährlichen Sachverhalte sind. Und wir dürfen hier nicht alles über einen Kamm scheren und das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern wir müssen es uns – so, wie ich es vorhin gesagt habe – schwerer machen, um nicht Schiffbruch zu erleiden. Denn mit den juristischen Niederlagen würde auch die Akzeptanz für diese Maßnahmen sinken, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Genau darüber müssen wir hier in der Politik auch und gerade in diesem Landtag von Baden-Württemberg beraten und diskutieren.

Uns muss klar sein, dass wir die in der Bevölkerung notwendige Akzeptanz der Maßnahmen nur dann erhalten und gewinnen können, wenn sie sinnvoll und nachvollziehbar sind, wenn sie nicht widersprüchlich sind und möglichst einheitlich gelten und wenn ihre Einhaltung kontrolliert und notfalls auch sanktioniert wird gegenüber denen, die sich unsolidarisch verhalten und damit die Eindämmung der gesundheitlichen Gefahren behindern.

Wir sind in einer äußerst schwierigen Situation, in der wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein guter Anfang, dass wir heute hier im Landtag von Baden-Württemberg darüber diskutiert haben. Lassen Sie uns unter den Gesichtspunkten der parlamentarischen Beteiligung so weitermachen, und lassen Sie uns vor allem die richtigen Entscheidungen treffen, damit wir gemeinsam diese Pandemie überwinden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Wir sind aufgrund des Pandemiegeschehens in einer ernststen Lage. Die FDP/DVP-Fraktion hat kein Verständnis dafür, dass man – so wie die AfD – im Grunde genommen so tun kann, als wäre dieses Virus völlig ungefährlich,

(Zuruf von der AfD: Das hat keiner behauptet!)

als müsste man jetzt überhaupt keine Maßnahmen ergreifen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat doch niemand gesagt!)

Dem ist nicht so. Es herrscht eine ernste Lage, und auf diese ernste Lage muss die Politik reagieren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Aber wie Kollege Stoch schon gesagt hat: Es geht nicht darum, irgendwie zu reagieren. Es geht auch nicht darum, dass die Politik eine Art Tätigkeitsnachweis ablegt: „Wir sind handlungsfähig und handeln irgendwie“, sondern es geht darum, das Richtige zu tun.

Deshalb ist es notwendig, am heutigen Tag über die einzelnen Maßnahmen zu debattieren. Gern debattieren wir auch am kommenden Mittwoch, wenn die Verordnungen dann konkret vorliegen, über diese konkreten Verordnungen.

Was es in einer solchen Lage jedoch nicht braucht, ist, wie schon angedeutet – ich zitiere das von Herrn Stoch gebrauchte Wort –, Symbolpolitik. Man kann es auch deutlicher formulieren: „Aktionismus“, nämlich Maßnahmen, die möglicherweise nicht wirken, möglicherweise sogar kontraproduktiv wirken und die nur deshalb verabschiedet werden, weil man möglicherweise ein leichtes Ziel hat und weil man seine Handlungsfähigkeit nachweisen will.

Solche aktionistischen Maßnahmen muss man identifizieren und von ihnen gegebenenfalls Abstand nehmen. Denn sonst – das ist in der Tat so – wird die Akzeptanz für das politische Handeln deutlich nachlassen, und dann wird der Kampf gegen die Pandemie aussichtslos.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund ist es, glaube ich, notwendig – die Diskussion wird ja seit einigen Tagen in der Öffentlichkeit,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

auch von den Medien, verstärkt geführt –, die Entscheidungen, wenn möglich – und am Ende immer –, in die Parlamente zu bringen. Ja, die Parlamente sind dafür gewählt, diese Entscheidungen zu treffen. Natürlich ist es richtig, dass die Exekutive gegebenenfalls schnell handlungsfähig sein muss. Und niemand, Herr Ministerpräsident, bestreitet Ihr Recht, mit anderen exekutiv Tätigen – der Kanzlerin und den anderen Ministerpräsidenten – Vorschläge zu machen. Niemand bestreitet auch Ihr Recht, auf der Basis von Parlamentsbeschlüssen einen exekutiven Handlungsspielraum für sich zu beanspruchen. Aber bei derart einschneidenden Maßnahmen, in einer so dramatischen Situation für das Land kann man doch nicht die politischen Entscheidungen allein in den exekutiven Raum verlagern und von einem Organ treffen lassen, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist: der Ministerpräsidentenkonferenz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Entscheidungen müssen am Ende vielmehr immer ins Parlament. Das Parlament muss auch die Möglichkeit haben, über diese Entscheidungen abzustimmen und sie gegebenenfalls abzulehnen.

Das ist unser Begehren am heutigen Tag. Wir wollen den Katalog, den Sie in einer Videokonferenz vereinbart und am heutigen Tag erklärt haben, auf den Prüfstand stellen.

Sollte gemäß dem Entschließungsantrag der beiden Regierungsfractionen eine Mehrheit in diesem Haus diese Maßnahmen für richtig halten und unterstützen, dann akzeptieren wir das als gute Demokraten selbstverständlich. Aber es muss doch auch das Recht einer Oppositionsfraction sein, solche Maßnahmen auf den Prüfstand zu nehmen und gegebenenfalls abzulehnen und andere Vorschläge zu machen. Genau das wollen wir am heutigen Tag.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Josef Frey GRÜNE: Welche anderen Vorschläge?)

– Andere Vorschläge? Schauen Sie auf Ihren Tisch!

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Das ist doch nichts!)

– Ja, der Meinung können Sie sein, dass das nichts ist. Wir sind der Meinung, dass das, was Sie vorschlagen, nichts ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Vielleicht haben Sie auch nur den ersten Entschließungsantrag gefunden und nicht den zweiten. Genau gucken! Vielleicht einmal eine Zweistärkenbrille anschaffen. Dann funktioniert das, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, daher hätte ich mir schon gewünscht, dass Sie es bei dieser Ministerpräsidentenkonferenz nicht allein Herrn Ramelow überlassen hätten, eine Protokollerklärung abzugeben. Ich sehe nur den linken Ministerpräsidenten von Thüringen, der einen Parlamentsvorbehalt angemeldet hat. Ich halte es für ein Armutzeugnis, dass Sie sich dem nicht angeschlossen haben, Herr Ministerpräsident Kretschmann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Um es sehr deutlich zu sagen, meine Damen und Herren: Wir halten nicht alles für falsch, was in diesem Papier steht. Selbstverständlich ist es notwendig, auf die Abstands- und Hygieneregeln hinzuweisen. Selbstverständlich ist es notwendig, die Bürger aufzufordern, in dieser Situation durch eine Reduktion von Kontakten zu reagieren – auch im Privatbereich; überhaupt keine Frage. Auch im Privatbereich ist es notwendig, die Bürger dazu anzuhalten, Kontakte zu reduzieren. Den Aufruf, sich im privaten Raum möglichst maximal mit zehn Leuten zu treffen, die aus nicht mehr als zwei Haushalten stammen, halten wir ausdrücklich für richtig.

Was wir aber nicht für richtig halten, ist, dass manche durch das Land laufen und sagen: „Da brauchen wir dann eine Begehungsmöglichkeit für kommunale Ordnungsdienste oder für die Polizei.“ Nein, für uns, die FDP/DVP, ist klar: Der private Raum hat Verfassungsrang. Der private Raum ist für die öffentliche Hand tabu.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man muss sich den tatsächlichen Infektionsherden widmen. Wenn es beispielsweise im halb öffentlichen Raum oder im öffentlichen Raum islamische Hochzeitsfeste mit Dutzenden von Teilnehmern gibt, die sich zu Superspreadern entwickeln, muss man da ansetzen. Dann hat man eine Begründung dafür.

(Zuruf des Abg. Thomas Axel Palka AfD)

Aber die Begründung – wie Herr Kollege Stoch das schon erläutert hat – muss die Politik den Menschen liefern. Man kann nicht einfach sagen: „Wir sind generell für Kontaktreduktion, und jetzt nehmen wir eine Auswahl vor, über die wir die Möglichkeit haben, manche zu treffen. Das wird dann schon zu einer Kontaktreduktion führen, ohne dass wir den Nachweis erbringen, dass von diesen Bereichen tatsächlich ein erhöhtes Infektionsgeschehen ausgeht.“ Das ist zu wenig, meine Damen und Herren. Solche Maßnahmen haben Sie aber leider in Ihrem Konzept.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was wir durchaus auch unterstützen, ist der Aufruf, auf nicht zwingend notwendige Reisen zu verzichten. In der Tat muss man in einer solchen Situation in diesem Jahr nicht zwingend in den Herbsturlaub. Wir sind an dieser Stelle aber für Aufforderungen und nicht für Verbote. Das Hygienekonzept für Unternehmen, der Aufruf zu Homeoffice: Das sind alles Maßnahmen, die auch wir unterstützen.

Wir sind dankbar, dass offenbar niemand auf die Idee gekommen ist, Schulen, Kindertagesstätten und den Handel wieder herunterzufahren, wie das im Frühjahr der Fall gewesen ist. An dieser Stelle wurde immerhin etwas gelernt. Dafür sind wir dankbar. Das Bildungsangebot und die Kinderbetreuung müssen aufrechterhalten werden, und die Menschen müssen auch einkaufen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dort, wo die Politik jemandem seine Erwerbstätigkeit verbietet, dort, wo sie jemandem den Laden oder das Lokal zumacht, ist Politik natürlich schadensersatzpflichtig. Ich glaube aber, dass die Zwischenfrage des Kollegen Schweickert deutlich gemacht hat, dass das nicht so einfach ist.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Kollege Schwarz, Sie haben hier das Konzept gelobt und gesagt, wie toll das sei, was in Berlin besprochen wurde. Die Zwischenfrage hat dann deutlich gemacht, dass Sie gar nicht genau wissen, was eigentlich beschlossen worden ist. Das ist das Problem an dieser Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Natürlich kann man sagen: „Wir machen Wirtschaftshilfe in Höhe von 75 % des Umsatzes.“ Dann wird noch, Kollege Reinhart, nahegelegt, so viel Umsatz hätten sie wahrscheinlich doch nicht gemacht, und wahrscheinlich profitieren sie noch. Das kann man dann auch als dauerhaftes Modell einführen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, natürlich. – Aber was ist mit den mittelbar Betroffenen? Diese Frage konnte bisher niemand beantworten.

Jetzt gern, Herr Kollege Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Rülke, Sie haben das Programm des Bundes kritisiert. Deswegen würde mich interessieren, ob Sie das Programm des Bundes – Ausgleich in Höhe von 75 % der Umsätze – befürworten oder nicht.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Schwarz, solange Sie mir das Programm des Bundes nicht erklären können, kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob ich es befürworte. Das ist relativ einfach.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Natürlich befürworte ich – das habe ich schon gesagt –, dass man Schadensersatz leistet, wenn man Menschen den Betrieb schließt. Aber das reicht doch nicht. Was ist mit den Zulieferern, die davon betroffen sind? Was ist mit dem stationären Innenstadthandel? Werden die Leute, denen Sie die Lokale schließen und die dann Umsatzverluste erleiden, auch entschädigt? Was ist mit den Lieferketten? Was ist mit denen, die Bestellungen für Lokale angenommen haben und denen jetzt gesagt wird: „Tut mir leid, das brauchen wir nicht“? Werden diese auch entschädigt? Das müssen Sie doch beantworten können, bevor Sie mir die Frage stellen, ob ich für dieses Konzept bin.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen argumentieren so heute auch 36 Oberbürgermeister des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: 36 von 1 100!)

– Es gibt nicht 1 100 Oberbürgermeister, meine Liebe. Es gibt deutlich weniger Oberbürgermeister im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das sind auch nicht alles Oberbürgermeister! – Weitere Zurufe)

Der Urheber ist offensichtlich Herr Palmer.

(Zuruf: Wie immer!)

Aus welcher Partei Herr Palmer ist, werden Sie wahrscheinlich noch wissen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Die haben erkannt, wo der Hase im Pfeffer liegt, dass es eben nicht so einfach geht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist ja neu, dass Sie sich auf Herrn Palmer berufen! Das hat sich hier auch schon ganz anders angehört!)

– Ja, ich berufe mich auf Herrn Palmer, wenn er etwas Richtiges sagt. Herr Nopper ist ja auch dieser Meinung. Also ist man offensichtlich parteiübergreifend dieser Meinung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der einzige FDP-Oberbürgermeister, der aus Landshut, ist jetzt aus Ihrer Partei ausgetreten!)

– Der ist aber nicht aus Baden-Württemberg. Jetzt müssen Sie also schon nach Bayern ausweichen, um von Herrn Palmer abzulenken, Herr Schwarz.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er tritt aus Ihrer Partei aus, weil er mit der Politik der FDP nicht einverstanden ist!)

Diese außerordentliche Wirtschaftshilfe ist dann richtig, wenn man Menschen ihr Geschäft verbietet. Zu der Frage, ob es gerechtfertigt ist, dieses Geschäft zu verbieten, kommen wir noch. Es gibt aber bessere Maßnahmen wie beispielsweise eine Ausweitung des Verlustrücktrags.

Herr Kollege Stoch, auch da bin ich bei Ihnen: Was uns fehlt, ist eine langfristige Strategie. Die Zeit seit dem Frühjahr wurde nicht genutzt. Es stellt sich die Frage – diese Frage haben Sie, Herr Ministerpräsident, am heutigen Tag auch nicht beantwortet –: Was machen Sie denn, wenn Ihr Konzept nicht funktioniert? Was machen Sie, wenn Sie in vier Wochen feststellen, dass sich die Zahl der Infektionen weiter erhöht hat? Was machen Sie dann? Was ist Ihre langfristige Strategie? Welche Möglichkeiten haben Sie dann noch?

(Abg. Anton Baron AfD: Deutschland ist ja keine Insel!)

Deshalb muss man sich doch wirklich die Frage stellen: Sind diese Maßnahmen zielführend? Oder sind darunter Maßnahmen, die Aktionismus sind, Symbolpolitik, weil Sie einfach leichte Ziele suchen, um Handlungsfähigkeit nachzuweisen, und dann mit der Schrotflinte schießen nach dem Motto: „Wir werden schon irgendein Ziel treffen, das zu einer Kontaktreduktion führt“?

(Abg. Anton Baron AfD: Die Gerichte werden es schon richten!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Bei der Gastronomie ist es offensichtlich – jeder, der mit offenen Augen durch Baden-Württemberg geht, kann das auch feststellen –, dass in mehr als 90 % der Fälle die Abstandsregeln eingehalten werden, dass die Leute ein Hygienekonzept haben und dass z. B. auch die Kontaktverfolgung durchgesetzt wird.

(Zuruf: 95 %! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Woher wissen Sie das?)

– Meinetwegen auch 95 %.

(Zuruf: Ja, mindestens!)

Deshalb stellt sich die Frage: Wenn das so ist, warum müssen die dann alle schließen? Oder ist das Aktionismus mit der Schrotflinte? Es geht ja kein besonderes Infektionsgeschehen von diesem Gewerbe aus. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass Gaststätten Infektionsherde sind. Im Gegenteil, es könnte nämlich Folgendes passieren: Wenn Sie den Menschen verbieten, sich an Orten zu treffen, wo der Infektionsschutz gewährleistet ist, werden sie in andere Bereiche abgedrängt, in eine Dunkelzone, wo das nicht gewährleistet ist. Dann wird das Gegenteil erreicht. Dann erreichen Sie eine Förderung des Infektionsgeschehens und keine Eindämmung. Genau das ist die Gefahr bei den Maßnahmen im gastronomischen Gewerbe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist kein Wunder, wenn die Menschen dann den Eindruck bekommen, die Politik suche Prügelknaben. Weil man selbst keine längerfristige Strategie hat, muss man jemanden suchen, den man abstrafen kann. Das sind immer mal wieder die Wirte. Dieser Eindruck entsteht, und das ist fatal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für das Beherbergungsverbot. Ich halte diese Maßnahme schon für einigermaßen dreist, nachdem nicht nur Sie, sondern auch manche anderen mit dem Beherbergungsverbot schon Schiffbruch erlitten haben. Da kam zunächst einmal Herr Söder – er hat es offensichtlich erdacht – und hat gesagt: „Mensch, tolle Idee. Da kann ich mal wieder den starken Maxe markieren, der für dieses Land der richtige Bundeskanzler wäre.“ Dann sind andere gefolgt.

Als das Ganze zur Disposition stand, ist niemand so schnell zurückgerudert wie Herr Söder. Er hat das Beherbergungsverbot einkassiert, bevor es Gerichte einkassiert haben. Sie, Herr Ministerpräsident, haben es über Wochen verteidigt. Dann haben Sie festgestellt, dass es nicht zu halten ist, und haben im Landtag von Baden-Württemberg gesagt: „Dann machen wir so einen Hybrid.“ Hybride sind ja sowieso etwas, was den Grünen gelegentlich gefällt.

(Heiterkeit der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt! Hybride!)

Der Hybrid sah für Sie so aus: Die Geschäftsreisenden dürfen übernachten und die Touristen nicht. Ein paar Minuten später hat Ihnen der Verwaltungsgerichtshof das Ding um die Ohren gehauen – und nicht nur Ihnen, sondern einer ganzen Reihe

Ihrer Kollegen. Und jetzt kommen Sie wieder mit dieser Idee, nach dem Motto: „Wir bringen das so lange, bis es der letzte Richter verstanden hat.“ So kann man auch Politik machen, meine Damen und Herren. Aber das ist Aktionismus und kein zielgerichtetes Handeln.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Weiter geht es mit dem Amateursport und dem Vereinsleben. Auch in diesem Bereich ist nicht erkennbar, dass daraus wirklich nachhaltige Infektionsherde, Superspreader-Events hervorgegangen sind. In aller Regel gibt es dort ausgefeilte Hygienekonzepte, in aller Regel sehr verantwortliches Handeln.

(Zuruf: 95 %!)

Und jetzt werden der Sport und das Vereinsleben wieder abgestraft, weil man es kann. Das ist Aktionismus, meine Damen und Herren, das ist billig. So werden Sie diese Pandemie nicht bekämpfen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Man kann weitermachen. Herr Kollege Schwarz, ich kann gern noch einmal Herrn Palmer und die anderen Oberbürgermeister zitieren, die sagen, dass man im Kulturbereich doch differenzieren müsse. Man kann nicht einfach sagen: „Wir machen den Kulturbereich insgesamt dicht.“ Da muss man doch genau hinschauen, wo wirklich ein Infektionsgeschehen nachweisbar ist und wo das nicht der Fall ist, wo man die Falschen trifft, und das nur deshalb, um aktivistisch Handlungsfähigkeit nachzuweisen. Das ist die falsche Politik; das kann man nicht mittragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb komme ich bei dem Katalog, den Sie am heutigen Tag vorgestellt haben, Herr Ministerpräsident, zu einem außerordentlich divergenten Bild.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr oberflächliche Haltung!)

Wie gesagt: Die grundsätzliche Motivation ist nachvollziehbar und notwendig. Es muss gehandelt werden. In diesem Konzept stehen richtige Maßnahmen. Wir lehnen es nicht in Bausch und Bogen ab. Aber es gibt auch sehr viel Aktionismus, es gibt sehr viel Symbolpolitik. Sie treffen an vielen Stellen die Falschen, und manches davon ist kontraproduktiv. Deshalb können wir das Konzept in seiner Gänze nicht mittragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aus diesem Grund und weil wir für die demokratische Legitimation sind, möchten wir gern über dieses Konzept abstimmen lassen, und zwar namentlich, damit deutlich wird, wer im Landtag von Baden-Württemberg hinter diesem Konzept steht und wer nicht. Natürlich können Sie unseren Entschließungsantrag ablehnen – das ist Ihr gutes demokratisches Recht –

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU beschließen – dann haben Sie sozusagen die parlamentarische Legitimation für das, was Sie dem Landtag von Baden-Württemberg am heutigen Tag vorgetragen haben. Das werden wir als gute Demokraten akzeptieren.

Zu der Frage, ob wir Alternativen haben: Ja, die haben wir Ihnen in einem zweiten Entschließungsantrag auf den Tisch gelegt. Die tragen wir Ihnen gern vor und sind auch bereit, darüber abstimmen zu lassen.

Denn was wir nicht wollen – das ist, glaube ich, aus meiner Rede deutlich hervorgegangen –, sind die aktionistischen Einzelmaßnahmen gegen das Hotel- und Gaststättengewerbe, gegen das Sport- und Vereinsleben, gegen die Kultur.

Wir wollen vor allem eine langfristig wirksame Strategie, die auch dann angewandt werden kann, wenn sich in vier Wochen möglicherweise herausstellt, dass die Maßnahmen, die Sie am heutigen Tag vorgetragen haben, nicht wirken. Wir wollen ein System der Gebote statt der Verbote. Wir wollen ein Ampelsystem, das nicht nur auf Infektionszahlen beruht, sondern auch die Zahl der Tests und die Behandlungskapazitäten in den Kliniken in Anschlag bringt. Wir wollen, dass das Land Baden-Württemberg massiv in FFP2-Masken investiert, die wirksamer sind als die sogenannten Alltagsmasken. Und wir wollen auch – das wurde am heutigen Tag auch angesprochen – Raumlüftreiner für Klassenzimmer. Für das, was die temporäre Mehrwertsteuerabsenkung kostet, könnte man eine ganze Menge FFP2-Masken und eine ganze Menge Raumlüfter für die Schulen in Baden-Württemberg kaufen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Wer war denn im Bund für die Steuerpolitik zuständig?)

Wir wollen Schnelltests für Risikogruppen – ja, wir müssen uns den vulnerablen Gruppen in besonderer Weise zuwenden. Wir wollen eine Weiterentwicklung der Corona-Warn-App, und wir wollen von der Containmentstrategie herunter zu einer Protektionsstrategie, die im Wesentlichen die vulnerablen Gruppen in den Blick nimmt.

Das alles ist in unserem Entschließungsantrag aufgeführt. Den kann man ablehnen, aber er beinhaltet die Position, die wir für besser und zielgerichteter halten als das, was Sie am heutigen Tag vorgetragen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Es gibt in Ihrem Konzept durchaus sinnvolle Einzelmaßnahmen, aber es gibt eben auch – und zwar in einem erheblichen Umfang – aktionistische Scheinmaßnahmen. Vor allem ist es keine Gesamtstrategie, was Sie uns am heutigen Tag vorgelegt haben. Sie sind die Auskunft auf die Frage schuldig geblieben, was Sie machen, wenn es nicht funktioniert.

Deshalb kommen wir in der Abwägung am Ende, unter dem Strich zu dem Ergebnis, dass wir dieses Konzept ablehnen und dies auch im Landtag von Baden-Württemberg deutlich machen wollen.

Der Landtag von Baden-Württemberg soll die Möglichkeit erhalten, sich zu diesem Konzept zu positionieren. Dies ist der Ort der demokratischen Entscheidung. Ihre Position wollen wir gern über eine namentliche Abstimmung erfahren.

Für den Fall, dass Ihr Konzept keine Mehrheit findet, legen wir gern das auf den Tisch, was wir als Alternative vortragen. Wir halten sie für den besseren Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Im Anschluss hat Herr Abg. Pfeiffer das Wort.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Die Infektionszahlen steigen. Dass die Regierung dem nicht tatenlos zusehen will, sollte für jedermann nachvollziehbar sein.

Vieles ist für mich aber nicht mehr nachvollziehbar. Eines davon ist, dass die politischen Entscheidungen außerhalb des Parlaments erfolgen. Das Parlament wird lediglich informiert, aber diese Informationen hätte man dann auch aus der Presse erfahren können. Das hat man letztlich auch. Ich finde das ungeheuerlich.

Zur aktuellen Entscheidung sagte jetzt der Verfassungsrechtler Christoph Degenhart:

Die Maßnahmen krankten daran, dass schon wieder nur die Ministerpräsidentenrunde mit der Bundeskanzlerin in eigener Machtvollkommenheit darüber entscheidet.

Aber mir ist auch klar: Das ist für die Landesregierung sehr bequem, denn offensichtlich hat sie wenig Lust, ihre Hausaufgaben zu machen. Die Antwort auf meine letzte Kleine Anfrage – Drucksache 16/8773 – hat nämlich genau das aufgezeigt. Ich empfehle Ihnen allen wirklich einmal, sich die oft mehr als dürftigen Antworten dazu anzuschauen.

Nach eigenen Angaben kennt die Landesregierung z. B. die Anzahl der Quarantänefälle im Land nicht, geschweige denn weiß sie, wann und wo Quarantänemaßnahmen wirklich sinnvoll sind. Die Landesregierung kann auch keine konkrete Bewertung der zu erwartenden Schäden ihrer Anti-Corona-Maßnahmen vorlegen. Es gibt keine konkrete Bewertung des Risikos, dass am Ende die Therapie – oder soll ich vielleicht sagen: die Rosskur? – schädlicher sein wird als die Krankheit selbst. Meine Damen und Herren, ist das wirklich unwichtig?

Vielleicht ist 2022 oder 2023/2024 dieses Virus wirklich besiegt, aber spätestens dann, fürchte ich – so fürchten übrigens viele –, stehen wir vor den Trümmern dieser Coronapolitik in Wirtschaft, Staatsfinanzen und Gesellschaft.

Diese Gleichgültigkeit kommt auch in den jetzigen Maßnahmen zum Ausdruck. Die Regelungen sind viel zu undifferenziert, weil es Sie – und ich sage jetzt einmal ganz bewusst: Sie da oben – letztlich nicht wirklich interessiert, wie es den Menschen draußen geht. Das ist doch der Punkt. Wie gesagt: Das ist bequem und macht natürlich auch weniger Arbeit.

Ich schließe mich vollumfänglich dem an, was Carsten Linemann, der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, vor rund einer Woche sagte:

Wir hören zu oft die allerschärfsten Mahnungen von der politischen Spitze, aber zu wenig Differenzierung.

(Harald Pfeiffer)

95 % der Menschen in Deutschland hielten sich an die Regeln.

Die dürfen nicht ständig unter Druck und in Angst versetzt werden. Die dürfen auch nicht bestraft werden durch drakonische und zum Teil unverhältnismäßige Vorgaben.

Dann gibt es aber immer noch diejenigen,

... die immer noch mit mehreren Hundert Familienmitgliedern Hochzeiten feiern, ...

Genau dort müssen Sie ansetzen. Dafür müssten mehr Ordnungs- und Sicherheitskräfte eingesetzt werden, auch wenn – so Linnemann weiter –

... deswegen mal für ein halbes Jahr weniger Falschparker aufgeschrieben werden.

Auch Linnemann „warnte davor, die psychosozialen und wirtschaftlichen Folgen einer immer dramatischeren Coronadebatte zu unterschätzen“.

In vielen Branchen haben sich die Unternehmen in den letzten Monaten mit großem Aufwand auf die neue Situation eingestellt, haben Hygienekonzepte umgesetzt und werden durch die neuen Regelungen jetzt kalt erwischt. Aktuell sind über 8 300 Restaurants, Gaststätten, Imbisse und Cafés in Deutschland insolvenzgefährdet – rund jeder siebte Betrieb.

Aber man sollte sich schon die Mühe machen, zwischen Betrieben, die nachweislich wirklich zum Infektionsgeschehen beitragen, und anderen zu unterscheiden. Mit der pauschalen Verbots- und Lockdown-Strategie mit oft unlogischen Maßnahmen nimmt die Politik nicht nur weitere und sehr wahrscheinlich oft unnötige Schäden in Kauf, die am Ende irreparabel sein werden, sondern sie spaltet auch. Sie verspielt die Akzeptanz immer größerer Teile der Bevölkerung und riskiert, diese zu spalten.

Wie soll es weitergehen? Vier Wochen „Lockdown light“ – und dann? Dann wieder im Januar, dann wieder im März? Mit Verlaub, ich sehe kein Konzept.

Der Freiburger Medizinstatistiker Gerd Antes bringt es auf den Punkt und wirft der Landesregierung vor, sie handle aus einer Mischung aus Inkompetenz, Ignoranz und Arroganz. Nicht wenige namhafte Experten, gerade auch aus Medizin und Wissenschaft, wandten sich gegen einen Lockdown. Das wissen Sie alle ganz genau.

Was die Landesregierung auf meine letzte Anfrage nämlich zu beantworten wusste, war, dass 98 % der Covid-19-Sterbefälle Risikogruppen zugehörig waren. Diese Experten fordern deshalb folgerichtig eine Fokussierung auf Schutzkonzepte für Risikogruppen sowie eine differenzierte Ampel, die alle relevanten Kennzahlen beinhaltet. Und sie fordern einen Politikwechsel: Gebote statt Pauschalverbote, statt oft unlogischer Pauschalmaßnahmen. Sie fordern ein Verbreiten von Hoffnung und Mut, ein Aufzeigen von Alternativen statt des Verbreitens von Angst und Panik.

Ich schließe mit einem Ausspruch des weisen Königs Salomon:

Stolz kommt vor dem Zusammenbruch, und Hochmut kommt vor dem Fall.

Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Im Anschluss hat Herr Abg. Dr. Gedeon noch das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Merkel hat gesagt, die Maßnahmen, die am Mittwoch vorgeschlagen worden sind, seien geeignet, sie seien erforderlich, und sie seien verhältnismäßig. Nichts von dem sind sie. Sie sind weder geeignet noch erforderlich noch verhältnismäßig.

Fangen wir mit der medizinischen Seite an. Hier setzt man auf einen Lockdown, das heißt, auf Quarantänisierung, und betrachtet das Ganze als ein rein quantitativ-mechanisches Problem. Wenn man den Kontakt also quantitativ um 75 % reduziert, dann reduziert man auch das Infektionsrisiko um 75 %. Das ist nicht nur unsinnig, das ist kontraproduktiv. Das ist unmedizinisch und unbiologisch. Ich will Ihnen auch sagen, warum – für risikobelastete Patienten gilt diese Weisheit voll und ganz –: Je mehr Risikofaktoren jemand hat, desto mehr muss er Kontakte vermeiden. Wenn jemand Diabetes hat, Übergewicht hat und auch noch 65 Jahre alt oder älter ist, dann muss er seine Kontakte auf ein Minimum reduzieren. Aber wenn jemand gesund ist, meine Damen und Herren, dann gilt das Gegenteil. Das kapiert nicht nur die Politik nicht, sondern auch die Medizin nicht. Insofern ist die Politik sogar entschuldigt, weil das Kapitalversagen bei der Medizin liegt. Das ist eine völlig falsche Denke. Denn die einzig wirksame Maßnahme gegen pandemische Viren ist das menschliche Immunsystem.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Ein gesundes Immunsystem von gesunden Menschen ist die entscheidende Waffe, um eine Pandemie zu besiegen. Wenn wir das gesunde Immunsystem kaltstellen durch Quarantänisierung, ist das kontraproduktiv. Dann sorgen wir dafür, dass diese Welle nie aufhört,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

dass wir im Dezember ein bisschen Ruhe haben, es im März wieder losgeht und es dann wieder losgeht, ad infinitum. Ein Schrecken ohne Ende! Das machen Sie mit Ihrer Politik hier.

Das Entscheidende ist hier: umdenken, grundsätzlich umdenken. Das muss man den Leuten sagen. Die müssen mit ihrem Arzt darüber sprechen, wie gefährdet sie sind – mancher überschätzt sich auch –, und dann kann der Betreffende sagen, er kann voll ins Geschehen reingehen, oder er muss sich zurücknehmen. Das Ganze muss – das ist das zweite Gesetz – freiwillig stattfinden. Wenn Sie das per Verordnung machen, dann bekommen Sie das gar nicht hin.

Meine Damen und Herren, wenn ein Lockdown ein so erfolgreiches Mittel wäre, dann müssten doch jetzt Frankreich, Spanien, die den Lockdown exzessiv betrieben haben – in Spanien durften die Kinder sieben Wochen nicht einmal in den Gärten gehen –, ganz toll dastehen. Und wie stehen diese Länder

(Dr. Wolfgang Gedeon)

da? Frankreich und Spanien stehen schlechter als alle anderen da. Am besten steht Schweden da.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein! Falsch!)

Da muss ich Herrn Reinhart widersprechen; die Zahlen sind ganz anders.

Meine Damen und Herren, jetzt wird China ins Feld geführt. Auf die Frage, warum China besser dasteht, heißt es, dass totalitäre Maßnahmen besonders gut helfen würden. Das stimmt so nicht. Es geht im Wesentlichen um die in Ostasien bestehende Kreuzimmunität, die dafür verantwortlich ist, dass die Todeszahlen dort sehr viel niedriger sind.

Meine Damen und Herren, ich kann hier nicht auf alles eingehen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei Dank!)

Ich habe ein Buch geschrieben, das Anfang kommender Woche herauskommt. Wenn Sie tiefer in die Materie einsteigen wollen, dann müssen Sie sich das mal antun, was ich da geschrieben habe.

Ich will jetzt noch einmal auf die moralische Dimension des Problems eingehen. Das Grundversagen der Politik ist Folgendes: Man glaubt, auf hohem Ross sitzend, den Untertanen bestimmte Verordnungen verpassen zu können. Wenn es dann mit den Maßnahmen nicht klappt, sagt man: Die Untertanen sind schuld, weil sie sich nicht genügend an unsere Anordnungen gehalten haben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Lauter!)

Diese Denke muss geändert werden. Nach nun fast einem Jahr mit all den Maßnahmen sind wir nicht weiter als zuvor. Da muss man sich einmal fragen: Waren denn die Anordnungen richtig?

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Sie leben in der falschen Zeit!)

Das Problem sind also nicht die Untertanen, die die Anordnungen nicht befolgen, sondern das Problem sind die Regierungen, sind die Regierenden, die solche Anordnungen treffen. Auch hier ist ein kolossales Umdenken erforderlich.

Schließlich noch ein Wort dazu, was die Verhältnismäßigkeit der ganzen Sache angeht: Wenn zwei Nachbarn zusammenstehen und ein Dritter hinzukommt, dann ist das Ganze inzwischen strafbewehrt. Stellen Sie sich das bitte vor! Wenn die dann in die Wohnung gehen, sagen Herr Lauterbach und Frau Merkel – sie hat es in der Pressekonferenz ebenfalls gesagt –: „Wir werden die Kontrollen entsprechend verschärfen.“ Sie haben also angedroht, auch noch in die Wohnung zu gehen. Meine Damen und Herren, das ist doch nicht mehr verhältnismäßig. Das ist ein politischer Skandal!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist totalitär. Das ist der Einstieg in den Polizeistaat. Wenn die Polizei jederzeit kontrollieren kann,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das gab es nicht mal in der DDR!)

ob da drei oder vier drinsitzen – vielleicht bei einer Geburtstagsfeier – – Da ist dann einer zu viel.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Diktatur! Polizeistaat!)

Das ist ein Polizeistaat, und das geht gar nicht. Und da muss die Politik eine Wendung um 180 Grad vornehmen. Ich glaube aber, die Politik ist hierzu nicht mehr in der Lage. Sie ist nur dann dazu in der Lage, wenn sie vom Volk dazu gezwungen wird. Deswegen rufe ich die Bevölkerung explizit auf: Wehrt euch gegen diese Coronapolitik! Wehrt euch gegen diesen Coronaterror!

(Zuruf: Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, erst wenn hier nicht 10 000, nicht 100 000, sondern Millionen auf der Straße sind, wird sich etwas ändern. Diesen Zustand brauchen wir.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wenn es den Leuten richtig schlecht geht, dann haben wir das! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Der Herr Ministerpräsident hat noch einmal das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein Wort zu Ihnen, Herr Gögel: Sie haben von „Coronadiktatur“ und von „Coronadiktatoren“ gesprochen. Andere Mitglieder Ihrer Partei haben per Zwischenruf oder in ihrem Redebeitrag Wörter in den Mund genommen wie „Untertanen“ und „Polizeistaat“.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Fühlen Sie sich angesprochen?)

Das sind natürlich abwegige Vorwürfe.

(Abg. Udo Stein AfD: Getroffene Hunde bellen!)

Aber wenn es Parlamentarier sind, die das machen, Parlamentarier, die die Möglichkeit haben, hier gesetzgeberisch tätig zu sein,

(Abg. Anton Baron AfD: Das können wir ja nicht!)

dann ist es schlichtweg Demagogie, was sie hier machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich würde Ihnen einfach empfehlen, einen Blick in die Verfassung zu werfen.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Lesen Sie die erst mal selbst!)

In Artikel 27 der Landesverfassung steht: Das Parlament ist ein gesetzgeberisches Organ,

(Abg. Emil Sänze AfD: Das spüren wir heute!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

und es überwacht die Tätigkeit der Regierung.

Der Kern ist natürlich, ob sich die Regierung an die Gesetze hält und sie richtig im Sinne des Gesetzgebers ausführt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Das ist erst mal der Tatbestand einer Demokratie mit Gewaltenteilung.

(Lebhafte Zurufe von der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Hören Sie doch bitte zu!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Deswegen ist das, was Sie hier erzählen, einfach abwegig. Die, die das beschließen und machen, sind demokratisch legitimiert.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Wir nicht? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja wie die „Muppet Show“ mit euch!)

Zur Ministerpräsidentenkonferenz möchte ich noch Folgendes sagen: In der Tat ist dies kein Verfassungsorgan,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ah! – Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

genauso wie Koalitionsausschüsse und viele andere Gremien, die heute wichtige Beschlüsse fassen, keine Verfassungsorgane sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: AfD-Flügel-Treffen!)

Aber es ist nicht so, dass dieses Gremium deswegen ohne Legitimation wäre.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich auch nicht gesagt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Das ist der Unterschied!)

– Ich will es nur noch einmal betonen: Das Gremium ist nicht ohne Legitimation. – Nach der Geschäftsordnung der Ministerpräsidentenkonferenz bedarf es der Zustimmung von mindestens 14 Ländern; sonst kann das Gremium keine Beschlüsse fassen. In aller Regel – ich habe noch nie etwas anderes erlebt – fasst sie aber nur einstimmige Beschlüsse. Das ist sozusagen eine Maßgabe, die darin begründet liegt, dass sie in der Tat kein Verfassungsorgan ist.

Man muss sehen: Wenn die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten in diesem Gremium zusammenarbeitet, dann sind diese Regierungschefs jedenfalls mit der Richtlinienkompetenz nach der Verfassung ausgestattet. Diese nehmen sie dort natürlich nicht formal wahr. Denn alles, was wir dort befinden und beschließen, hat ja keine unmittelbare Rechtswirkung. Deswegen hat ja das Kabinett gestern diese Beschlüsse gefasst: auf Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz.

(Abg. Emil Sänze AfD: Unter Beiziehung des Parlaments!)

Aber dadurch ist schon eine Legitimation gegeben, dass jedenfalls verfassungsrechtlich die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin in ihren jeweiligen Regierungen die Richt-

linienkompetenz haben, auch wenn die natürlich faktisch durch Koalitionsverträge und vieles andere eingeeignet ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Und wo bleibt unsere Beteiligung?)

Das ist keine Frage. Es war mir wichtig, das noch mal zu erwähnen.

Aber Rechtswirkung haben diese Beschlüsse erst, wenn die Kabinette das beschließen. Die Vorschläge gingen ja, wie Sie wissen, von der Bundesregierung aus. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat das Bundeskabinett am Vortag die Linie dieser Beschlüsse gutgeheißen. Dies wurde uns dann vorgetragen, und wir haben uns dann darauf geeinigt.

Ich will auch noch sagen, Herr Kollege Rülke: Ich habe noch einmal ins Pandemiegesetz geschaut. Auch das baden-württembergische Pandemiegesetz sieht keinen Parlamentsvorbehalt vor. Das steht in diesem Gesetz definitiv nicht drin. Ich weise darauf hin: Die Legitimation des Verordnungshandelns ergibt sich aus dem Infektionsschutzgesetz des Bundes. Es ergibt sich einfach aus der Konstruktion unserer föderalen Ordnung, dass die Länder in der Regel auch Bundesgesetze umsetzen. Das ist hier explizit über den Verordnungsweg geregelt. Das heißt, unsere Verordnungen, die wir hier fassen – das haben Sie auch noch einmal ins Pandemiegesetz geschrieben –, haben ihre Legitimation im Infektionsschutzgesetz des Bundes.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! Genau!)

Das ist natürlich zugegebenermaßen eine komplizierte Situation für das Landesparlament, Herr Kollege Stoch, weil wir ja nicht aufgrund der Maßgabe des Landesparlaments agieren, sondern aufgrund eines Bundesgesetzes.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber auch das Pandemiegesetz gibt uns in § 2 ausdrücklich die Ermächtigung, auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes des Bundes zu handeln, und die möglichen Grundrechtsbeschränkungen sind ausdrücklich darin benannt.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Aber einen Parlamentsvorbehalt haben Sie in dieses Gesetz nicht geschrieben,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schlechtes Gesetz! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

sondern nachlaufend kann dann das Parlament diese Beschlüsse – jedenfalls, wenn sie zu lange wirken – aufheben oder weiterführen.

Das ist die Gesetzeslage, und wir halten uns an diese Gesetzeslage. Nun haben die Fraktionen ja Entschließungsanträge gestellt, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Eine Sekunde bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: ... einerseits Entschließungsanträge, die uns unterstützen, andererseits Entschließungsanträge, die anderes wollen. Aber ich will noch einmal sagen: Wir müssten den Entschließungsanträgen nicht

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

folgen. Natürlich werden wir den Entschließungsanträgen in der Regel folgen, wenn die Regierungsfaktionen sie einbringen. Aber rein formal müssten wir es nicht machen. Es ist sozusagen nur eine Ermahnung der Regierung durch das Parlament, dem zu folgen. Das will ich noch einmal sagen, damit die Fragen zur Gewaltenteilung richtig geklärt sind.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Dr. Schweickert möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Gleich. – Selbstverständlich committe ich mich mit den Vorsitzenden der Regierungsfaktionen, bevor ich in eine solche Konferenz gehe. Ich habe vom Fraktionsvorsitzenden Schwarz eine klare Ansage bekommen, wo seiner Ansicht nach die Grenzen liegen. Das war z. B., dass wir keine Kindergärten und Schulen schließen. Ich habe das mit der Kollegin Eisenmann besprochen. Sie bespricht sich mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Ich will damit verdeutlichen, dass wir das Parlament, die die Regierung tragenden Fraktionen mit einbeziehen.

(Unruhe)

Uns ist wichtig, dass wir einen möglichst großen Konsens herstellen können. Das ist uns wichtig. Mir ist auch wichtig, dass Sie die Beschlüsse sofort mitgeteilt bekommen, nachdem sie getroffen sind, um sich vorbereiten zu können.

Ich will noch etwas zur Selbstverantwortung sagen, die Sie, Herr Kollege Gögel, angesprochen haben. Im Pandemiegesetz steht ausdrücklich, dass der Landtag Folgendes beschlossen hat:

Die Umsetzung dieser Regelungen erfolgt einerseits in Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und andererseits durch hoheitliches Handeln der zuständigen Behörden.

Selbstverständlich kann man in solch einer Lage ohne die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger nicht effektiv handeln. Wir vertrauen auf die Selbstverantwortung und setzen auf sie. Aber daneben sind selbstverständlich auch Regeln erforderlich; wenn sich Menschen während der Pandemie nicht an die Regeln halten, dann ist auch hoheitliches Handeln gefragt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD:
Den Gastronomen vertrauen Sie nicht?)

Aufgeklärt wird unentwegt, etwa im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in den Zeitungen, durch unsere Verlautbarungen. Unentwegt wird aufgeklärt. Selbstverständlich ist Aufklärung in diesen Fragen erst einmal die Grundlage, damit die Menschen überhaupt erst einmal verstehen, worum es geht, damit sie dem folgen können. Auch das wird gemacht.

Ich will Ihnen noch einmal abschließend sagen: Vernünftig mit Ihnen zu diskutieren ist ohnehin ein großes Kunststück. Man kann mit Leuten debattieren, die nicht vernünftig sind. Mit Ihnen kann man aber eigentlich fast überhaupt nicht ordentlich debattieren. Warum? Weil Sie selbst gar nicht wissen, was Sie wollen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Handelt es sich um eine Pandemie, oder ist es eine harmlose Grippe? Da müssen Sie sich einfach einmal entscheiden. Wenn Sie sich entschieden haben, wenn Sie sich darüber im Klaren sind, dann diskutieren wir auch mit Ihnen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Jetzt will ich noch einmal auf die – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf Sie noch einmal fragen, ob Herr Abg. Dr. Schweickert eine Zwischenfrage stellen darf.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich wollte seine vorherige Frage gerade beantworten.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Dr. Schweickert, Sie haben mir eine wichtige Frage gestellt, und zwar: Was ist mit den Hilfen für die indirekt Betroffenen? Die Beschlüsse zu den Hilfen für die direkt betroffenen Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten sind klar. Darüber hinausgehend ist es aufgrund beihilferechtlicher Fragen schwierig. Die Minister haben aber gesagt, dass sie das noch in dieser Woche klären.

Sie müssen sehen: Auch das, was zu den Fixkosten in dem Beschluss steht, ist eine Maßgabe der Europäischen Union. Sonst hätten wir ein Beihilfeverfahren in Gang setzen müssen, das Wochen, wenn nicht Monate gedauert hätte – deswegen die Formulierung, wie sie im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz steht.

Ich sage also noch einmal klar: für die kleinen Betriebe 75 % des Umsatzes des Vorjahresmonats. Wenn dies nicht möglich ist – z. B. weil der Betrieb neu gegründet wurde oder aus anderen Gründen –, werden andere Bezugsgrößen genommen. So ist es jedenfalls einmal angedacht. Und bei den größeren Betrieben hängt das Ganze im Einzelfall auch von beihilferechtlichen Fragen ab. Aber sagen wir einmal: Ein Korridor zwischen 60 und 70 % ist offenkundig gegeben. Es können aber auch – was weiß ich? – 58 % sein. Das kann man so genau nicht sagen.

Jedenfalls will ich Ihnen noch einmal ganz ehrlich sagen: Über diese Frage haben wir am allerlängsten verhandelt. Denn es war klar: Wir können dem, was wir beschlossen haben, nur dann zustimmen, wenn diese Zusagen des Bundes stehen, wenn die Regelungen unbürokratisch sind, wenn das Geld schnell kommt und es nicht wieder durch irgendwelche Sachen „verrutscht“.

(Abg. Anton Baron AfD: Wann soll es kommen?)

Das war uns allen sehr wichtig. Ich habe heute auch noch einmal dem Geschäftsführer des DEHOGA gesagt, dass alle 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten darauf achten, dass das auch wirklich gemacht wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Wann?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das ist die Grundlage unserer Vereinbarung. Das möchte ich noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch für die indirekt Betroffenen, die Sie angesprochen haben, wird es Regelungen geben. Wie diese allerdings im Einzelnen aussehen, konnten uns die beiden Minister noch nicht sagen. Natürlich ist klar, dass nicht jeder, der etwa ein Shampoo an ein Hotel liefert, da gleich mit berücksichtigt wird. Aber es wird schon nach Maßgaben des Anteils der Belieferung gehen.

Natürlich gibt es Unternehmen, die in großem Umfang an Gaststätten und Hotels liefern. Die werden selbstverständlich auch in einem erheblichen Umfang berücksichtigt. Ich kann Ihnen aber leider noch nicht sagen – deswegen konnte es der Kollege Schwarz erst recht nicht sagen –, wie das genau aussieht. Aber wir haben die klare Zusage, dass auch denen geholfen wird.

Herr Kollege Schweickert, so viel kann ich Ihnen sagen.

Die andere Frage, wie das im Einzelfall aussieht, müssen die Bundesminister noch genau klären.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Aber auch das war noch einmal sehr wichtig, weil es, wie gesagt, Fälle gibt, in denen Lieferanten in einem hohen Maß ausschließlich an Gaststätten oder Hotels liefern.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist aber trotzdem noch eine Nachfrage – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich will noch mal etwas zur Gerichtsfestigkeit sagen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Darf Herr Abg. Dr. Schweickert doch noch eine Nachfrage stellen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident – auch für das Beantworten der vorherigen Frage. Hoffen wir einmal, dass das bei den Absatzkanälen in der Gastronomie dann auch so kommt.

Ich wollte aber zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, eine Frage stellen. Sie haben die Konsensualität der Ministerpräsidentenkonferenz herausgestellt, dass man, wenn möglich, Entscheidungen einstimmig trifft. Deswegen meine konkrete Frage: Warum haben Sie dann als jemand, der doch immer auch die Graswurzeldemokratie hochhält, der Protokollerklärung nicht zugestimmt, einen Parlamentsvorbehalt mit aufzunehmen? Das ist das eine.

(Zurufe von den Grünen, u. a.: Das machen wir doch!)

Der zweite Punkt: Sie haben sehr klar auf die Komplexität hingewiesen. Herr Ministerpräsident, über 50 Regelungen, die im Rahmen der Pandemie getroffen worden sind, wurden von

den Verfassungsgerichten kassiert. Ich kritisiere nicht, dass da Fehler gemacht worden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Aber jedes Mal, wenn ein Verfassungsgericht eine Regelung kassiert hat, ist die Gesamtmaßnahme von einigen wieder in Misskredit gebracht worden. Deswegen meine Frage: Treibt es Sie nicht um, dass insbesondere diese Regelungen in so hoher Zahl von den Verfassungsgerichten kassiert werden?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Von den Verwaltungsgerichten.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Von den Verwaltungsgerichten, Entschuldigung.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Also, mir war klar: Ich habe aufgrund des Zeitablaufs die Chance, dass das Parlament von Baden-Württemberg sich trifft, bevor die Verordnung kommt, und sich über diese Fragen auseinandersetzen kann. Deswegen erschien mir das überhaupt nicht erforderlich. Wie gesagt, einen ausdrücklichen Parlamentsvorbehalt gibt es nicht. Den hat Kollege Ramelow aufgrund der besonderen Situation, in der die dort sind, einfach machen müssen.

(Zuruf: Keine Mehrheit!)

Andernfalls hätte er das, was er zugesagt hat, nicht zusagen können.

(Zuruf: Ja, klar!)

Die Gerichte legen nicht immer dieselben Maßstäbe an wie wir, die Exekutive. Die Gerichte legen oft den Maßstab der Verhältnismäßigkeit gegenüber dem Kläger an. Wir hingegen legen die Verhältnismäßigkeit gegenüber der Pandemie an. Da kann es eben zu unterschiedlichen Entscheidungen kommen. Das ist bisher so geschehen, und die Gerichte haben nun einmal das letzte Wort und nicht wir.

Jetzt gehen wir davon aus: Weil der Bund solch eine großzügige Entschädigungsregelung macht – und sie ist großzügig, wenn sie so gemacht wird wie versprochen –, dann ist die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen hergestellt, dann ist das unserer Ansicht nach verhältnismäßig, weil diesen Unternehmen kein nicht ertragbarer Schaden entsteht. Davon kann man ja nun wirklich ausgehen bei der Regelung, die wir haben. Deswegen sind wir eigentlich sicher, dass die Verhältnismäßigkeit hergestellt ist.

Zweitens: Wir haben eine nochmals andere Situation. Das können Sie im Beschluss nachlesen. Die Abwendung einer nationalen Gesundheitsnotlage – vor der stehen wir – ist sozusagen eine ganz andere Begründung als die, die wir bisher hatten. Denn die Dynamik der Pandemie hat eine solche Geschwindigkeit und Exponentialität angenommen, dass wir in eine solche nationale Gesundheitsnotlage geraten. Wir sind sicher, dass auch die Gerichte berücksichtigen werden, dass wir in der heftigen Exponentialität der Pandemie solche Maßnahmen ergreifen müssen, um nicht endgültig in diese Notlage zu kommen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Stellen Sie sich einfach mal vor, wir hätten 100 000 Neuinfizierte, und überlegen Sie, was das bedeuten würde. Da könnten wir nicht mehr testen, da könnten wir die Leute nicht mehr behandeln, da wären wir im Prinzip nicht mehr wirklich in der Lage, die Pandemie weiter einzudämmen, mit den ganzen Folgen, die das mit sich bringt.

Ein solches Szenario ist nicht ausgeschlossen. Deswegen müssen wir verhindern, dass wir in einen solchen Zustand kommen, und deswegen taucht hier der Begriff „nationale Gesundheitsnotlage“ auf. Das ist der Grund dafür.

Herr Kollege Rülke, wir können heute in 75 % der Fälle die Infektionsherde nicht mehr klar lokalisieren. Das, was Sie verlangen, dazu sind wir im Moment nicht mehr in der Lage – das ist einfach eine Tatsache –, und wenn man dazu nicht in der Lage ist, muss man eben Maßnahmen ergreifen, die nicht mehr so zielgenau sind, wie die Maßnahmen waren, als die Pandemie eine lineare Entwicklung hatte.

Wenn man eine exponentielle Entwicklung hat, gerät man sozusagen in einen Bereich außerhalb der Möglichkeiten. Darum ist es so wichtig, die beschlossenen Maßnahmen zu ergreifen. Ziel ist, dass wir wieder in eine Situation kommen, in der wir wirklich wieder genau wissen, wo die Infektionsherde sind, um sie sozusagen lokal bekämpfen zu können und das Virus möglicherweise auch lokal wegzubekommen.

Das ist ja in einigen Kreisen durchaus auf längere Sicht, über mehrere Tage hinweg bereits gelungen; diese Kreise hatten dann über mehrere Tage hinweg keine Neuinfektionen mehr. Wenn das der Fall ist, ist man in der Lage, das zu tun, was Sie richtigerweise fordern, nämlich gezielte Maßnahmen gegen Infektionsherde zu ergreifen. Wenn wir sie aber gar nicht mehr lokalisieren können, ist uns dieses Instrument aus der Hand genommen, und dann müssen wir einfach zu anderen Instrumenten greifen.

Glauben Sie mir, meine Damen und Herren: Das Schwierigste in der ganzen Kommunikation ist die Exponentialität von solchen Vorgängen. Das kann ich Ihnen als gelernter Biologe sagen: Der Mensch ist evolutiv überhaupt nicht ausgestattet, exponentielle Vorgänge von seinem Sinnesapparat her zu beurteilen, wahrzunehmen und darauf zu reagieren. Denn es ist nämlich evolutiv so: Wenn das vorkommt, dann putz'ts einen.

(Zuruf von der AfD)

Dann ist man nämlich gar nicht mehr da. Deswegen haben wir das nicht.

Ich sage es Ihnen einmal an einem Beispiel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank! Ich möchte es nämlich auch verstehen!)

Die Energie einer bewegten Masse ist $1/2 mv^2$.

(Zurufe)

Das heißt, wenn Sie mit dem Auto doppelt so schnell fahren, ist die Energie, die in Ihrem Wagen steckt, vierfach so hoch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gilt das auch bei Elektroautos?)

– Das gilt auch für Elektroautos.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das können wir nur intellektuell begreifen und nicht sozusagen von unserer Wahrnehmung her. Wir haben kein Gefühl dafür, dass die doppelte Geschwindigkeit jetzt die vierfache Energie erzeugt. Das heißt, Sie schrammen sozusagen bei einem Unfall bei doppelter Geschwindigkeit so schnell, wie wenn Sie gefühlsmäßig viermal so schnell fahren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber bei einem Unfall merke ich es dann!)

Das ist das Problem. Das heißt, die ganzen Debatten, die wir mit der Bevölkerung haben, gehen immer von ihren linearen Vorstellungen aus. Wir sind aber in einer exponentiellen Lage. Darum muss man solche drastischen Maßnahmen ergreifen, damit wir in die Linearität zurückkommen.

Dann machen wir genau das, was Sie wollen, was dann auch richtig ist, nämlich genau und gezielt Infektionsketten zu orten, zu testen und einzudämmen und nicht anderen, die damit gar nichts zu tun haben, irgendetwas zu tun. Dann ist genau diese Strategie wieder gefragt. Aber jetzt, Herr Rülke – so leid es uns tut –, ist das einfach nicht möglich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lassen wir noch den Kollegen Gruber ausführen!)

Das ist natürlich ein großer Grundsatzstreit: Soll man diese Strategie des Containments so weitermachen, oder soll man eher ganz stark auf Protection gehen? Ich glaube, dass wir das nicht alternativ machen sollten.

Das kann ich jetzt nicht vertiefen. Ich will nur sagen: Das machen wir. Wir gehen jetzt bei den vulnerablen Gruppen wie Altenheimen, Pflegeheimen tatsächlich in Protection. Das heißt, die ganzen Schnelltests werden auf diese Gruppen konzentriert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig so!)

damit wir sie schützen können. Das machen wir parallel. Das bedeutet aber andererseits, da wir jetzt schon an der Kapazitätsgrenze des Testens sind – wir testen schon 100 % dessen, was wir im Moment testen können, obwohl es drastisch ausgeweitet wurde –, die Testungen wirklich darauf zu konzentrieren. Das heißt aber, dass wir dann andere, die einfach gar keine Symptome haben oder nicht in besonderer Weise gefährdet sind, nicht mehr so testen können.

Also, ich will noch einmal sagen: Wir strafen hier niemanden ab, Herr Rülke. Bitte! Ich verstehe es, wenn Sie so etwas in einer Parlamentsdebatte sagen. Aber wenn die Leute das Gefühl haben, wir strafen sie für irgendetwas ab, können sie das doch gar nicht mehr akzeptieren.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Genau so ist es!)

Wir strafen hier niemanden ab. Ich verstehe den Frust der Wirte, der Kulturschaffenden. Glauben Sie mir das. Die haben sich so angestrengt, ausgeklügelte Hygienekonzepte zu reali-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

sieren. Jetzt wird das von uns sozusagen einfach wieder weggewischt, jetzt wird das geschlossen. Ich verstehe den Frust. Aber wir machen es nicht, um sie abzustrafen. Wir machen es, weil in diesen Bereichen Kontakte intensiv gepflegt werden – das liegt einfach in der Natur der Sache –, auch vor und nach dem Gasthausbesuch und den Veranstaltungen. Deswegen machen wir es.

Weil wir darum wissen, helfen wir ihnen mit riesigen Summen. Sie müssen einmal sehen: Es geht um 10 Milliarden € für einen so schmalen Ausschnitt aus unserer Volkswirtschaft. Es ist jedem klar, dass man das für solch einen Ausschnitt noch machen kann. Das in diesem Maß für alle machen zu wollen würde den Staat aber vollkommen überfordern.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch Folgendes sagen: Es ist die Frage gestellt worden, wie die Strategie dann weitergeht. Wir haben belastbare Aussagen von Experten, dass das, was wir jetzt machen, helfen kann. Meine Damen und Herren, eine Sicherheit, dass das auch so ist, die gibt es nicht. Die kann ich Ihnen selbstverständlich nicht geben.

Das wird in starkem Maß davon abhängen, ob wir die Bevölkerung tatsächlich sehr umfänglich dafür gewinnen, sich an diese Kontaktbeschränkung und Kontaktreduktion zu halten – auch in der Familie. Ich erinnere noch einmal daran, dass in dem Beschluss beim Thema Reisen steht, dass auch Verwandtenbesuche zu vermeiden sind. Das war logischerweise sofort höchst umstritten. Wir haben dann hineingeschrieben: „nicht notwendige Verwandtenbesuche“. Das heißt, wenn die Mutter krank ist, darf sie natürlich besucht werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nicht die Schwiegermutter! – Vereinzelt Heiterkeit)

Zu einer Beerdigung muss man gehen dürfen. Man muss aber nicht unbedingt zu einem Kindergeburtstag reisen; das muss man nicht machen.

Wir wollten damit einfach sagen – deswegen haben wir uns auch mit solchen Details beschäftigt –, dass es enorm wichtig ist, dass alle verstehen, dass man auch die Mobilität im Bereich der Familie einschränken muss. Das ist einfach wichtig. Ich denke, das ist nicht einfach Symbolik. Vielmehr ist eine Botschaft all dieser Maßnahmen, dass wir nicht notwendige Kontakte einschränken. Wenn die Bevölkerung – mit Ihrer und unserer Unterstützung – das wirklich macht, dann haben wir eine gute Chance, dass diese Maßnahmen auch wirken und wir in vier Wochen wieder den Überblick und die Kontrolle über die Pandemie gewinnen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir noch über die beiden Entschließungsanträge der Fraktion der FDP/DVP und den Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen abzustimmen.

Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9158, der fordert, die Beschlüsse der Video-

konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder zur Coronapandemie vom 28. Oktober 2020 zunächst nicht umzusetzen.

Hierfür ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich gehe davon aus, dass der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete hat. – Das ist der Fall.

Jetzt treten wir in die alte Art und Weise der namentlichen Abstimmungen ein. Wer dem Antrag der FDP/DVP, Drucksache 16/9158, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, mit „Enthaltung“ zu antworten.

Herr Schriftführer Fabian Gramling wird jetzt den Namensaufruf vornehmen.

(Unruhe)

Der Namensaufruf beginnt – ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit – ausnahmsweise mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Raum, der nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Stimmergebnis festzustellen. Vielen Dank.

In der Zwischenzeit fahre ich fort. Ich stelle jetzt den Antrag der Regierungsfraktionen, Drucksache 16/9159, zur Abstimmung, der in Abschnitt I eine Feststellung des Landtags verlangt und in Abschnitt II zwei Ersuchen an die Landesregierung richtet.

(Zuruf: Frau Kurtz! – Abg. Anton Baron AfD: Namentliche Abstimmung!)

– Wie bitte? Herr Abg. Gall, möchten Sie sich vor der Abstimmung zu Wort melden?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir möchten darum bitten, dass die Abstimmung aufgeteilt wird, sowohl in die römischen als auch in die arabischen Ziffern! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist okay!)

– Okay. Das heißt, ich lasse jetzt erst einmal über Abschnitt I der Drucksache 16/9159 abstimmen. Darin geht es um eine Feststellung des Landtags. Wer stimmt Abschnitt I der Drucksache 16/9159 zu? Ich bitte um das Handzeichen. –

(Abg. Anton Baron AfD: Wir fordern eine namentliche Abstimmung! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sind jetzt in der Abstimmung, Herr Kollege!)

Wer stimmt dagegen?

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Unglaublich! Hören Sie nicht zu da vorn? – Abg. Anton Baron AfD: Entschuldigung! Das kann doch nicht sein! Wir hatten eine namentliche Abstimmung beantragt!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

– Moment einmal, bitte. Hier kann jetzt gerade einiges nicht sein. Wir waren schon in der Abstimmung – –

(Widerspruch bei der AfD – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Ich hatte schon gestreckt, da hattest du noch
gar nichts gesagt! – Unruhe)

Ich lasse jetzt weiter abstimmen. Wir waren eben bei den Jastimmen.

(Abg. Udo Stein AfD: Unglaublich! Eine Schande für das Parlament! – Abg. Andreas Stoch SPD: „Schande für das Parlament“? Der hat wohl wieder seine Medikamente nicht genommen! – Abg. Bernd Gögel AfD: Einen Ordnungsruf beantrage ich hier! Der hat die Abgeordneten als „Schande für das Parlament“ bezeichnet! – Weitere Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich wiederhole, und Sie sind jetzt bitte still, allesamt. Ich bitte um Ruhe. – Ich hatte eben schon über Abschnitt I der Drucksache 16/9159 abstimmen lassen. Die Jastimmen, wer zustimmt, hatte ich schon erhoben. Wer Abschnitt I nicht zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I mehrheitlich zugestimmt.

Ich stelle jetzt Abschnitt II der Drucksache 16/9159 zur Abstimmung. Wer stimmt Abschnitt II – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, ich hatte darum gebeten, auch die arabischen Ziffern von Abschnitt II einzeln abzustimmen!)

– Gut, das ist mir entgangen.

(Abg. Udo Stein AfD: Wie so manches!)

Ich hatte Abschnitt I und Abschnitt II verstanden, Herr Abg. Gall.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Aber er hatte sich nicht gemeldet! – Unruhe)

Wenn wir das jetzt alles in Ruhe durchbekommen wollen, dann seien Sie jetzt bitte ein bisschen ruhig und helfen mir. Wir sind bei der Drucksache 16/9159.

Dann noch einmal: Ich rufe Abschnitt II der Drucksache 16/9159 auf, und hier rufe ich jetzt die Ziffer 1 auf. Wer stimmt Abschnitt II Ziffer 1 zu? Ich bitte um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das müssen wir meiner Ansicht nach zählen. Das war von hier oben nicht eindeutig.

(Unruhe)

Noch einmal: Wir sind bei Drucksache 16/9159 Abschnitt II Ziffer 1. Wer stimmt hier zu? –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Eindeutig!)

Jetzt sieht es anders aus. Okay. Dann machen wir es umgekehrt: Wer stimmt dagegen? – Das ist eindeutig. Enthaltungen? – Damit ist dieser Ziffer mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Abschnitt II Ziffer 2. Wer stimmt zu? Ich bitte um das Handzeichen. – Danke sehr. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Abschnitt II Ziffer 2 mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich darf noch einmal um Aufmerksamkeit bitten – auch auf der Regierungsbank –, denn wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9160, der verschiedene Ersuchen an die Landesregierung enthält. Darf ich über den Antrag in Gänze abstimmen lassen? – Das ist der Fall. Wer stimmt ihm zu? – Danke sehr. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Somit haben wir Tagesordnungspunkt 1 erledigt und sind am Ende der heutigen Sitzung angekommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir treffen uns wieder am 4. November 2020 um 9:00 Uhr. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

(Unruhe – Zurufe, u. a.: Frau Kurtz! – Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung? – Abg. Udo Stein AfD: Das ist unglaublich!)

– Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung: Wie weit sind wir denn mit der Auszählung?

(Zuruf: Fertig!)

– Oh, da ist das Ergebnis. Prima, danke. Sehr gut, wenn alle mitwirken.

(Unruhe)

Moment! Wie viele haben denn teilgenommen? Ich kann das nicht lesen.

(Zuruf: 128!)

Ich darf Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 16/9158 zukommen lassen:

Teilgenommen haben 128 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt;
es gab keine Stimmenthaltungen.*

Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Uwe Wanke.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Stefan Herre, Dr. Heiner Merz.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Hans-Peter Behrens, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Fabian Gramling, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Ha-

ser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabella Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfle.

*

Nun kann ich die Sitzung schließen. Vielen Dank.

Schluss: 17:06 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Abläufe in Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes an der Weltausstellung 2020 (UsA Baden-Württemberg-Haus)“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Klein	Köbler
stellvertretendes Mitglied	Köbler	Dr. Rapp

29.10.2020

Dr. Reinhart und Fraktion